BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 11 Köln, 20. November 1957 **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein – Rudolf Pikola
Franz Rauhut – Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder – Renate Riemeck
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Prof. D. Hans Iwand, „Geistige Entscheidungen lassen sich nicht vertagen“* S. 381
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Belgrad als Schulbeispiel“* S. 387
- *Dr. Hermann Etzel, „Im Weltaspekt“* S. 391
- *Prof. Dr. Aloys Wenzl, „Technik und Ethik“* S. 398
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Dogmen und Perspektiven“* S. 400
- *Peter Nellen, MdB, „Politik vor atomarem Horizont“ (Schluß)* S. 404
- *Dr. Werner Otto von Hentig, „Wunschbild und Wahrheit“* S. 409
- *Johannes Weidenheim, „Setz den Helm auf!“* S. 412
- *Prof. Dr. Fritz Eichholtz, „Wissenschaft und Gewissen“* S. 414
- *General a. D. Dr. Franz Beyer, „Deutschland zwischen den Atommächten“* S. 418
- *O. Gasenko und A. Genin, „Medizinische Probleme der Weltraumflüge“* S. 422
- *Dr. Richard Grundler, „Zu Deutschlands Rechtslage“* S. 424

Prof. D. Hans Iwand

Geistige Entscheidungen lassen sich nicht vertagen

Es bleibt beim Nein

Als zur Überraschung und leichten Dämpfung des technischen Überlegenheitsgefühls der westlichen Welt der geglückte Start des ersten Erdsatelliten aus Moskau bekanntgegeben wurde, brachte eine angesehene Zeitung die Stellungnahme des Bundeskanzlers dazu. Sie war kurz und bündig: „Hoch ist nicht flach!“ Auf der Innenseite konnte man dann ein Interview mit dem Kommandeur der amerikanischen Mittelmeerflotte verzeichnet finden, in dem gesagt wurde, die Russen seien durchaus in der Lage, Raketengeschosse über Tausende von Kilometern hinweg zu lenken. Das dürfte nach Lage der Dinge jedem einigermaßen nachdenklichen Menschen von selbst klar sein. Aber was besagt ein solches Interview und eine solche Berichterstattung für die geistige Lage, in der wir uns befinden?

Zunächst ist der Unterschied in der Information bei uns und bei den anderen kennzeichnend. Bei uns wird man in Sicherheit gewiegt, und die gängige Parole „Hoch ist nicht flach" macht ihren Weg durch die Bundesrepublik, weil sie beruhigend wirkt, dort aber, in dem Bereich der wirklichen Macht, über die wir hier nicht verfügen, wagt man es durchaus, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen. Das könnte noch menschlich verständlich sein. Die der Gefahr am nächsten sind, läßt man um diese ihre Gefährdung am wenigsten gern wissen, meist wollen sie das auch selbst nicht. Was aber an diesem einen Beispiel, das hier an Stelle von vielen ähnlichen steht, am meisten aufregt, ist etwas anderes. Es ist die Frage, wie weit es mit dem „gebildeten" Zeitungsleser politisch gekommen ist, daß man ihm solche Flachheiten zumutet und einen so krassen Widerspruch kommentarlos nebeneinander abdruckt, und das nicht als Stellungnahme von Hinz und Kunz, sondern von zwei führenden Männern, in deren Händen in gewisser Hinsicht unser aller Schicksal liegt. Es geht mir nicht um die Frage, wer recht hat. In dieser Hinsicht wird „Hoch" und „Flach" wohl doch etwas miteinander zu tun haben. Aber der Sinn eines solchen Diktums ist ja kein sachlicher, sondern ein „psychologischer". Solche Sätze sind nie für einen bestimmten Menschen zum Zwecke seiner Unterrichtung bestimmt, sondern sie wenden sich an den Herrn Anonymus, sie sind Slogans, die die geistige Atmosphäre schaffen bzw. erhalten, in der „man" lebt, die in die öffentliche Meinung eingehen und sie formieren, jene Größe, die keinen Herrn und keinen Richter hat und die wie ein Nebelgebilde wirkt, das immer weniger durchsichtig wird, je näher eine Zeit der Katastrophe kommt. Es geht angesichts einer solchen zunehmenden Vernebelung um ein einfaches, uns selbst betreffendes Phänomen: Was ist aus uns geworden, daß wir so etwas, das tagtäglich über uns kommt, noch ertragen? Haben wir alle so viel zu „tun", sind wir so „beschäftigt", gehetzt, getrieben, sind wir von soviel vagen Hoffnungen erfüllt, von soviel Ängsten gepeinigt, daß man denkenden Menschen so etwas zumuten kann? Was denken die Setzer, die Redakteure, die Wirtschaftsherren, die der Zeitung ihren Willen aufprägen, wenn so etwas geschieht? Zu dieser Sache erfolgt kein „Eingesandt", hier regt sich kein öffentlicher Widerspruch, dazu nimmt kein Lehrer in der Klasse, kein Pfarrer auf der Kanzel Stellung — das sind die Dinge, die man hingehen läßt, angeblich, weil man dagegen doch nichts tun kann. Ich frage mich nur das eine: Kann ein intellektuell redlicher Mensch so etwas „schlukken"? Wo um alles in der Welt ist unser intellektuelles Gewissen geblieben? A ist doch immer noch nicht non-A! Hat etwa unser neu installiertes christliches Bewußtsein das intellektuelle Gewissen aufgeschluckt und ertötet? Und was ist das für ein „christliches" Bewußtsein, das das „intellektuelle" auffressen will, das dem Menschen das Denken, den schlichten Menschenverstand abgewöhnt, um sich zu behaupten? Entweder Du oder der andere! Das ist der Motor dieses neuen „christlichen" Bewußtseins im Bereiche der politischen Existenz, das war er aber schon vorher, als das öffentliche Bewußtsein noch nicht „christlich" war. Insofern hat sich nichts geändert. Das Freund-Feind-Denken als politische Maxime ist geblieben. Darum bleibt es auch bei uns beim Nein! Nein, dreimal Nein gegen diese Form des „Denkens", das als politisches Prinzip die Devise des Hasses, des unversöhnlichen Gegensatzes und damit des sich fortsetzenden Niedergangs Europas ist.

Es bleibt weiter zu fragen, wie es denn möglich ist, daß wir in einem so weitgehenden Maße das Denken verlernt haben — auf Kosten eines sogenannten Glaubens, wie ich zugestehen muß, aber eines falschen, eines pervertierten, eines allen echten Glaubensgrundsätzen total widersprechenden Glaubens. Als in England ein Premier versuchte, einen militärischen Angriff als Polizeiaktion hinzustellen, mußte er gehen. Freilich, die Sache war ernster. Aber unsere kann noch erster werden, vielleicht ernster als jene im letzten Moment aufgehaltene Aktion. Denn ein solcher Slogan möchte uns „glauben" machen, daß die Politik der Stärke, an deren Ende die Bewaffnung europäischer Streitkräfte mit Atomwaffen steht, keineswegs ihren Sinn und ihre Erfolgschancen verloren habe, an die „man", eben dieses anonyme öffentliche „man", glaubt. Dazu hat man den Glauben mißbraucht, dazu ihn von seiner wahren Wurzel, seinem tiefsten Grunde getrennt. Ist es nicht schrecklich, daß wieder einmal die Christen hierbei das leichteste Einbruchsfeld eines solchen, das Denken vernebelnden, das intellektuelle Gewissen zum Schweigen bringenden, es in seiner kritischen Funktion ausschaltenden „Glaubens" geworden sind? War das — zum mindesten im Bereiche des Protestantismus — vor 1933 nicht schon einmal so? Wo immer heute die Frage unseres politischen Weges zur Debatte

steht, meldet sich dieses anonyme „man" zu Wort, das zu wissen vorgibt, was man als Christ zu denken und was man als Christ zu glauben hat. Es ist dem eigentlichen freien Denken, der klaren Urteilsbildung, der Vernunft vorgelagert. Die Christen aber wissen, daß Wahrheit und Liebe im Innersten zusammenhängen, und daß die Vernunft blind wird, wo der Haß sie regiert.

Bei einfachen, schlichten Menschen, bei Unverbildeten, bei denen, die abseits von dem Pesthauch unseres politischen Klimas leben, bei Kindern und Unweisen gibt es oftmals mehr Vernunft als auf den versehrten und zerstörten Höhen unserer Gesellschaft. Wie sollen wir geistig noch gesund bleiben? Wie die Funktion unseres Verstandes im politischen Bereich ungetrübt erhalten? Das echte, das wirklich aus Gott geborene Gewissen wirkt ja umgekehrt als das sogenannte öffentliche Bewußtsein. Es stärkt das intellektuelle Gewissen und erhält es funktionierend. Es heilt das öffentliche Bewußtsein von innen her. Wie, so frage ich, macht man das? Die Antwort kann ganz einfach sein: Indem man Nein sagt, wenn sie uns weismachen wollen, daß A = non-A ist. Ein kräftiges, verständiges, intellektuell rechtschaffenens Nein auf der ganzen Linie ist heute von jedermann gefordert, wo man uns Dinge glauben machen will, die nicht Glaubens-, sondern Verstandessätze sind. Ohne dieses Nein kommt es nicht zum Ja. Wir müssen uns das Ja im Nein-Sagen erkämpfen, müssen unser Ja durch das Nein erringen. Ich weiß, daß dies der deutschen Intelligenz nicht gerade leicht fällt. Hier ist seit der Bismarckschen Ära ein Bruch von folgenschwerer Tiefe in unserem Geistesleben erfolgt. Die deutschen Intellektuellen haben die Kraft kritischer Auseinandersetzung mit erfolgreichen Regierungs- und Wirtschaftssystemen mehr und mehr verloren. Vielleicht liegt das an Hegel und seinem Satz: Was wirklich ist, ist auch vernünftig. Das hat sich fortgesetzt bin in unsere Tage. Damit ist die Freiheit des Geistes verloren, sie ist einem plumpen, direkten, oftmals scham- und gedankenlosen Optimismus gewichen. Um in dieser Bejahung der gegebenen Wirklichkeit nicht gestört, nicht aufgeweckt, nicht zum denkenden Urteil gebracht zu werden, zieht man sich auf den „Glauben" zurück. „Geglaubt" haben wir, als am 9. 11. 1933 die Auferstehung Deutschlands an der Feldherrnhalle mit Namensaufruf der Gefallenen symbolisch begangen wurde. Und dann kam diese mythisch-gräßliche Auferstehung! Haben wir daraus etwas gelernt? Wer hat uns damals genarrt? Natürlich haben wir alle gewußt, daß das Unsinn ist, aber da war keiner, der dies Gespenst angesprochen und mit lautem Nein aus den Bereichen des öffentlichen Bewußtseins vertrieben hätte. Haben wir unsere Fehler eingesehen? Ich fürchte: nein! Ein anderes, näherliegendes Beispiel: Wir nehmen es gläubig hin, wenn man uns sagt, die Aufrüstung und eine Wiedervereinigung in Frieden und Gerechtigkeit gingen Hand in Hand. Eins ohne das andere habe überhaupt keinen Sinn. Was das in Wahrheit heißt, was es besagt, wenn wir diesen neuen Mythos von Wiedervereinigung plus Aufrüstung realpolitisch auf die Ebene der Politik einzeichnen, das will man, das darf man sich nicht denkend klar machen. Was es bedeutet, wenn dieser Mythos realisiert werden wird — und er muß eines Tages realisiert werden! — das steht, so meint man, in Gottes Hand. In Gottes Hand hat auch der „Führer" bei seiner leider längst vergessenen Ansprache im Schloßhof zu Königsberg im März 1933 das Schicksal seiner Regierung gestellt, als er seine Ansprache mit den Worten des 127. Psalms eröffnete: „Wo der Herr nicht das Haus baut, da arbeiten umsonst, die daran bauen!" Heute schreien die Steine jenes Preußen-Schlosses uns zu, was bei solchem Glauben herauskommt, weil wir zu feige waren, diesem falschen Gott die Maske abzureißen. Sollen wir nach dem allen noch einmal die Augen schließen, wo es heißt: klar denken und frei reden? Nein — noch einmal wollen wir nicht glauben, wo es zu denken gilt. A ist nicht non-A. Krieg ist nicht Frieden. Auch der kalte Krieg ist kein Weg zum Frieden. Was wir heute tun, ist nicht die Hinwendung zu neuen Wegen, ist nicht Überwindung, sondern es ist der schier unaufhaltsame Fortgang dessen, was unter Hitler bzw. Stalin in Europa begonnen wurde. Der ideologische Gegensatz, der den zweiten Weltkrieg heraufführte, ist in unseren beiden „Deutschlands" manifest geworden. Geistig sind wir über jene Epoche, von der aus die Hitler-Ära gestartet wurde, auf beiden Seiten, in West und Ost, noch nicht hinweggekommen. Diesem Zustand gilt unser Nein, dem „kalten Krieg", der Geist und Herz in eisige Regionen seines „Entweder Du oder ich" einbeziehen möchte. Dieses Nein ist in seinem positiven Verstande der natürliche Ausdruck des Lebens selbst. In ihm wehrt sich das Leben gegen den Tod.

Das Spiegelbild

Es ist beängstigend, daß immer weniger Menschen unter dem Trugbild der Gegenwart leiden, beängstigend, wieviele sich dem Gesetz des materiellen Wohlstandes überlassen und meinen, auf ihn die Zukunft des Volkes gründen zu können. Materieller Wohlstand kann Ausdruck und Zeichen echter Gesundheit des Volkes sein, aber der Maßstab derselben war er noch nie. Unser wirtschaftlicher Wohlstand ist leider mit einer sehr hohen politischen Hypothek belastet. Wenn die Verpflichtungen, die wir übernommen haben, als wir ins westliche Lager übergingen, eines Tages fällig werden — was wird dann sein? Und sie werden fällig. Unser Wohlstand hat sich längst in politische Bindung verwandelt.

Aber darüber soll jetzt nicht weiter gesprochen werden. Uns bewegt etwas anderes. Man kann feststellen, daß die so drängend gewordene Frage nach der Atomabrüstung mit der anderen, der Furcht vor der kommunistischen Gefahr, unlösbar verflochten ist. Das ist der circulus vitiosus, in dem sich alles politische Denken bewegt. Die Angst, die uns treibt, und die Waffe, mit der wir uns selbst beruhigen, bedingen einander. Wie aber, wenn beides ein Irrtum, eine Halluzination, eine Wachträumerei wäre? Wie, wenn diese beschworene kommunistische Gefahr gar nicht bestünde — ungeachtet der Tatsache, daß alles schreit, ruft, protestiert, ob wir denn keine Augen im Kopf haben? Fragen wir uns einmal in aller Ruhe: Besteht sie wirklich? Meinen wir wirklich, daß die Völker des Ostens den Krieg wollen, daß sie uns vernichten, überrollen, uns um die staatliche Freiheit bringen möchten? Wer will das im Ernst behaupten! Es ist eine unbegründete, darum unheimliche Angst, die diese Bilder hervorzaubert. Sie haben keine Realität in den faktischen Verhältnissen, aber sie erzeugen Realität aus dieser Angst heraus, und eines Tages ist das Gefürchtete Wirklichkeit. Eines Tages ist das Grundlose Realität, obschon es sein Realwerden nur der Angst verdankt. Die Bilder einer solchen substanzlosen, aus dem Nichts erwachsenen Realität gehen hervor aus der unbewältigten Angst, und obschon sie nichtig sind, schaffen sie eine Wirklichkeit, eine entsetzliche, gespenstische, böse, zerstörerische, nihilistische Wirklichkeit, in der wir uns alle fangen wie in einem Gefängnis, in einem Wahn. So schaffen wir uns selbst die Scheinwirklichkeit, in der wir leben. Wir machen die Politik, die wir treiben, zu dem, was sie am Ende werden muß, zur konsequenten Methode der Selbstzerstörung.

Es wird ein Rätsel bleiben für künftige Historiker (o, daß sie doch heute schon da wären!), wie die Ereignisse der letzten 30 Jahre in Deutschland möglich waren. Sie sind nicht aus den klassischen Beziehungen der Staaten zueinander begreifbar zu machen. Es handelt sich bei dem Kriegsausbruch 1939 nicht um so etwas wie die üblichen nationalen Ansprüche auf angrenzende Gebiete oder um den Zusammenbruch morscher Regierungssysteme. Das alles kam hinzu, aber es war mitnichten das treibende Motiv des letzten Weltkrieges. Leider sehen das unsere, insbesondere die deutschen Historiker noch kaum. Sie gehen mit Kategorien an das Geschehen heran, die auf dessen eigentliche, seelische, von außen her unbegreifliche Struktur nicht passen! Sie behandeln die Probleme des letzten Krieges nicht anders als die des ersten Weltkrieges, und auch diese haben sie mit ihrer klassischen Methode nationalstaatlichen Denkens zu erfassen gesucht und sich damit die innere Motivation dieses Anbruchs der großen abendländischen Katastrophe gänzlich verzeichnet. Auf diese Weise leben wir alle in falschen Bildern und Begriffen von den wirklichen Ereignissen, in denen wir mitten drin stehen, und diese Wahnideen bringen ihrerseits wieder neue, schreckliche, weiterhin auflösende und zerstörende Ereignisse hervor. Die falschen Urteile und Bewertungen über den ersten Weltkrieg erzeugten in Deutschland den zweiten.

Aber das auslösende Moment der letzten Katastrophe war doch noch etwas anderes: es war die politische Aktivierung des antikommunistischen bzw. antisozialistischen Affekts als einer in der spätbürgerlichen Welt angelegten Furcht. So gelang den Nazis der entschlossene und radikale Einbezug ihres unmenschlichen Entweder-Oder in die Politik als Ganzes, außen- wie innenpolitisch. Der innenpolitische Gegner wird zum Verbündeten des Feindes von außen gestempelt. Sozialisten und Juden galten als die heimlichen Bundesgenossen des östlichen Kommunismus. Hier liegt der eigentliche Fehlansatz der deutschen Politik. Diese Ausrichtung ist bis heute nicht überwunden. Dabei steht fest, daß uns damals der Osten nie, soweit wir das heute beurteilen können, angegriffen oder überfallen hätte. Es ist sogar unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion die baltischen Staaten

überfallen und einkassiert hätte. Nicht, weil sie dazu nicht in der Lage gewesen wäre, sondern weil dies den Grundsätzen der leninistischen Außenpolitik widersprochen hätte. Es bestand de facto keine östliche Gefahr, es bestand von dieser Seite keinerlei Bedrohung Deutschlands. Es ist klar, daß wir den Krieg aus freien Stücken vom Zaune gebrochen haben. Wir haben ihn brutal erzwungen, haben ihn einfach „losgelassen" wie ein wildes Tier auf unvorbereitete, einem solchen Wahnsinn gegenüber zunächst hilflose Staaten. Die uns umgebenden Nationen, einschließlich Rußlands, haben diesen Selbstmord Deutschlands nicht für möglich gehalten. Und doch ist er geschehen. Er ist geschehen und mußte geschehen nach dem Gesetz, nach dem Deutschland unter Hitlers Führung angetreten war. Die Führer des Dritten Reiches konnten nicht anders, auch wenn sie es selbst anders gewollt hätten. Nachdem sie erst einmal mit dem Prinzip des Anti-Sozialismus das Staatsgebäude von Grund auf umgeformt und geheiligte Überlieferungen und lang innegehaltene Grundsätze der Staatsraison entgründet hatten, mußten sie den selbstzerstörerischen Weg des angstgepeitschten Wahns bis zum bitteren Ende gehen. Es war eine Art Klassenkampf mit umgekehrten Vorzeichen, den sie im deutschen Volke entfachten. Es war eine gegenstandslose Angst, die Wirklichkeit schuf, blutige, nihilistische, nur auf Untergang und Zerstörung hinauslaufende Scheinwirklichkeiten. Alle Siege waren glatter, leerer Schein! Was an ihnen echt war, war nichts als Zerstörung, Tod und Grausamkeit, die über Greis und Kind, über Menschen und Tiere kam. Wir hatten mit der Politik des Anti-Kommunismus den nüchternen Blick für die Wirklichkeit verloren, wir taumelten, nachdem man uns tagtäglich in Presse und Politik von diesem Becher zu trinken gab, wie Trunkene auf unserem unheilvollen Weg abwärts. Wir glaubten alles, wir taten alles, was man sagte. Wir meinten, strikter Gehorsam gegen die Führung sei identisch mit Selbsterhaltung, Kritik und Opposition mit Untergang. So bereiteten wir uns selbst unser Ende. Weise wurden zu Narren und priesen Gott, daß er uns einen solchen Führer geschenkt habe. In Kirchenblättern und Kanzelankündigungen wurde die Christenheit zum Dankgebet aufgerufen dafür, daß uns Gott vor Atheismus und rassischer Zersetzung errettet habe. Noch am 20. Juli 1944 konnte man in kirchenamtlichen Kundgebungen Dankgebete dieser Art lesen, die nur im Banne dieses Wahns von „kirchlichen" Bürokraten niedergeschrieben sein konnten. So entstand der Krieg als Ausdruck und Verwirklichung selbstzerstörerischer Angst, die von den Rechtsparteien in Deutschland unter Verrat an ihrem konservativen Erbe zum demagogischen Motor ihrer neuen Politik gewählt wurde. Der Wahn schuf selbst die Wirklichkeit, auf die hin er dann in grenzenloser Steigerung reagierte! Das ist das Grundgesetz jeden Wahns. Er kämpft gegen sein Spiegelbild. So muß er weiterkämpfen bis zur Selbstzerstörung. Er kann nicht anders. Er muß die ganze Wirklichkeit unter diesem Zeichen sehen. Er muß versuchen, das ihn Tag und Nacht verfolgende und ängstigende Gegenbild seines Hasses aus der Welt zu schaffen, aber er kann es nur vernichten in der Selbstvernichtung. Denn es stammt ja aus ihm selber. Es ist in Wahrheit gar nicht da. Es ist Schein, auch da, wo es waffenstrotzende Realität wird. Auch da ist es noch Schein, auch da ist es nüchtern gesehen ein sich in Einbildung auflösendes Nichts. Diese nicht vorhandene, nur durch eine unablässig betriebene Propaganda in Gang gehaltene Vorstellung einer absolut antithetischen Wirklichkeit nennt sich heute Politik. Darum ist sie so leer, so gefährlich, so menschenmörderisch. Darum ist sie aber auch so lebensfremd. Nur noch die Angst, die nihilistische Phantasie, verbindet Politik und Leben. Kann das, darf das so bleiben? Irgendwo wird die echte Wirklichkeit erfaßt, neu geglaubt und ergriffen werden müssen. Irgendwo wird sie doch noch zu fassen sein — irgendwo wird man nicht ins Leere stoßen, irgendwo wird diese Entfremdung des Menschen von der Wirklichkeit ihr Ende haben und nicht ins Unendliche treiben. Irgendwo muß der Mensch erlöst werden von dem selbstzerstörerischen Kampf mit dem Spiegelbild seiner Angst. Wo das geschieht, da wird gleichzeitig mit der Verwerfung der atomaren Selbstvernichtungsmittel, die unter dem irreführenden Namen von „Waffen" in unseren Sprachgebrauch und unsere ethische Beurteilung eingedrungen sind — während sie unter die Kategorie des Chaos, des Tohuwabohu gehören — der Antikommunismus einem neuen Verständnis weichen. Er wird und muß aufhören, den politischen Katechismus der bürgerlichen Welt zu bilden. Erst damit wird der Weg zum Frieden frei. Denn der Friede und damit eine neue, beglückende Gestaltung und Ordnung der Wirklichkeit, der Wirklichkeit Gottes und des Menschen, der Welt und der Geschichte, der Wissenschaft und der Kunst,

ist uns sehr viel näher, als wir meinen. Wir müssen nur das Spiegelbild der Angst und des Menschenhasses zertrümmern — und zwar in West und Ost —, das sich zwischen uns und diese Wirklichkeit geschoben hat. Der Friede ist heute kein Akzidenz mehr für Wissenschaft und Kunst, für Ethik und Religion, er ist ihre Substanz. Er ist die Gewähr, daß wir uns frei gemacht haben von den Wahnbildern, die den Menschen des 20. Jahrhunderts in sich selbst einschließen und ihm den Weg nach außen, den Weg in die Zukunft versperren.

Der Friede

Oberstes Ziel der Politik, auch und gerade der deutschen Politik, muß dieser Friede sein. Ich sage ausdrücklich: dieser Friede. Denn wie die beiden letzten Kriege, eben weil sie Weltkriege waren und die ganze Menschheit zum ersten Mal seit Bestehen der modernen Zivilisation in sie verwickelt wurde, eine besondere Spezies von „Krieg" gewesen sind, so muß auch der Friede, der diesem Krieg aller gegen alle ein Ende setzen soll, ein besonderer Friede sein. Es wird der Friede der nachrevolutionären Epoche sein. Es wird zu fragen sein, ob man ihn aufbauen darf auf dem Gleichgewicht der Macht, wie das heute nach klassischen, insbesondere englischen Theorien immer noch, selbst bei Begründung der Atombewaffnung, ziemlich bedenkenlos geschieht. Aber das dürften auf Grund der weltumspannenden, alle Grenzen überspringenden Technik verbrauchte Formeln sein. Wie man heute nicht mehr mit altmodischen Waffen arbeitet, so sollte man auch im geistigen Bereich das Arsenal überprüfen, mit dem sich unsere trotz ihrer beschämenden Mißerfolge immer noch unveränderte Diplomatie behilft. Diese Formen und Formeln passen nicht mehr zu der uns gestellten Aufgabe eines weltumspannenden Friedens für e i n e Menschheit. Wenn man z. B. sagt, daß die Festsetzung der Grenzen Deutschlands einem kommenden Friedensvertrag vorbehalten bleiben müsse und wir bis dahin die Pflicht hätten, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln diesen Anspruch, womöglich unter dem Titel eines gottgesetzten Rechtes auf Heimat, zu vertreten, dann ist das nichts als eine Illusion, die unter der Erwartung eines nie eintretenden Ereignisses zu bedenklichsten Folgeerscheinungen führen muß. Ein „Friedensvertrag" wie 1870 oder 1918 kommt nie! Das ist eine längst über Bord gegangene Vorstellung. Das war möglich unter den nationalstaatlichen Verhältnissen Europas im 19. Jahrhundert, aber diese Konstellation haben wir selbst mit freventlicher Hand 1939 vom Tische gefegt. Der Friede hängt zusammen mit der Stärke der UNO. Friede bedeutet heute, daß die Völker der Erde sich darüber klar werden müssen, daß der Krieg als Mittel staatlicher Auseinandersetzung sein Ende erreicht hat. Der Krieg wird nicht mehr das Charakteristikum der Geschichte von morgen sein — wenn es eine solche Geschichte noch geben wird — sondern, so schwer es auch auszudenken ist: Die Menschheit wird den „ewigen Frieden" wählen müssen, wenn sie sich selbst auf ihrer ethischen und technischen Höhe bewahren will. Die Menschheit wird den Weg der Koexistenz antagonistischer Systeme wählen müssen, wenn sie sich selbst als die eine Menschheit bewahren und erhalten will. Der Friede setzt die Begegnung und das Zusammenleben der Ungleichen voraus, und gerade als solcher wird er unerhört fruchtbar und — nicht langweilig sein! Es kann sein, daß es noch viel Mühe bereiten wird, diesen Frieden zu realisieren. Man wird immer wieder mit denen zu tun bekommen, die unter Frieden die Ausmerzung der anderen verstehen, wie es in den Konfessionskämpfen im 17. Jahrhundert der Fall war. Aber man wird in aller Zurückhaltung das eine sagen dürfen: Das kommende Jahrtausend, wenn es überhaupt Realität werden soll, darf Kriege im Ausmaß der von uns durchlebten und durchlittenen Ära nicht mehr zulassen. Wenn das nicht gelingt, bringt sich die zivilisierte Menschheit als Ganzes in genau derselben Weise um ihre Existenz, wie sich Deutschland um die seine gebracht hat, als es begann, den Kampf bis zum Ende mit dem Spiegelbild seiner Angst zu entfesseln. Das Deutschland von gestern könnte allen ein Mahnmal, es sollte in keiner auch nur denkbaren Weise irgendjemandem ein Vorbild oder Wegbereiter sein. Wenn dieser Friede kommt, dann kommt er als ein Sieg des Geistes! Die Materialisten meinen, sie müßten den Geist dämpfen. Damit handeln sie dem Frieden ebenso zuwider wie die Idealisten, die nach materieller Stärke rufen, um die Idee — in diesem Falle die der Freiheit — zu schützen. Was für ein Nonsens. Wir haben damit an den Anfang unserer Betrachtung zurückgefunden, zu denen, die sich ihr intellektuelles Gewissen rein erhalten möchten. Es ist unmöglich, Buße zu tun, ohne intellektuell neu geboren zu werden. Das Beste, was

ich je in dieser Zeitschrift gelesen habe, war das, was Leo Weismantel zum 15. September schrieb. Seine Hoffnung, mit der er endet, ist auch die meine. Es gibt noch Hoffnung. Aber es gibt sie nur dann und nur für den, der das Nein durchhält einer „Wirklichkeit" gegenüber, die durch Propaganda und ständige Belebung der Angst erzeugt, von Katastrophe zu Katastrophe taumelt. Es gibt Hoffnung für den, der Nein sagt zu dem Weg dieses europäischen Antagonismus. Eine beglückende, verheißungsvolle Wirklichkeit geht uns mit dem menschenfeindlichen Dogma des „Entweder Du oder ich" verloren. Der Verlust reicht weit über das Politische hinaus. Der Mensch selbst verliert die Stellung, die ihm unter allem Geschaffenen das Erstgeburtsrecht verbürgt. Diese Wirklichkeit des Menschen wiederzugewinnen — das heißt heute Friede! Beides werden wir nur zusammen — oder nie mehr haben. Den Frieden und die Rettung der Menschenwürde. Darum die Kraft unseres Nein zu diesen die Wirklichkeit verzeichnenden Bildern, weil das Ja der wiedergeborenen Vernunft das Spiegelbild der Angst, mit dem ein böser Geist uns narrt, hinweggefegt hat. Wer sich nach Sodom und Gomorrha umdreht, der erstarrt — wer aber die Hand an den Pflug legt, wird sehen: die Aussaat des Friedens bringt reiche Frucht.

Prof. Dr. Walter Hagemann

Belgrad als Schulbeispiel

Die Einbahnstraße

Seit Jahren hat kein außenpolitischer Schritt der Bundesregierung eine so zwiespältige Aufnahme im In- und Ausland gefunden wie der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Belgrad. Die Meinungen waren selbst in der regierungsfreundlichen Presse und im Regierungslager sehr geteilt. Die Pressestimmen aus den Natoländern ließen Überraschung, Befremden, ja entschiedene Ablehnung erkennen, während die offiziellen Instanzen immerhin „Verständnis" für die Entscheidung der Bundesregierung bekundeten. Die Initiatoren selbst haben offensichtlich lange gezögert, und der amtliche Notenaustausch läßt erkennen, daß man im Auswärtigen Amt selbst nicht recht an die Überzeugungskraft der Argumente glaubt. Aber gerade weil dieser Entschluß keine „Blitzaktion", sondern das Resultat langer Überlegungen war, verdient er als Symptom ernste Beachtung.

Der Bruch mit Belgrad ist die Folge eines Automatismus, den die deutsche Außenpolitik sich selber geschaffen und den sie als Richtschnur ihres außenpolitischen Handelns wiederholt verkündet hat. Im allgemeinen pflegen Regierungen nur im äußersten Notfalle einen Automatismus für ihre Entscheidungen festzulegen, weil sie sich nicht selber für künftige Situationen die Hände binden wollen. Die internationalen Beziehungen und Kräfteverhältnisse sind einem ständigen Wandel unterworfen, und es kann geschehen, daß eine einseitig proklamierte oder durch zwischenstaatliche Verträge geschaffene langfristige Festlegung im Ernstfalle den nationalen Interessen schweren Abbruch tut. Das war so mit den Sanktionsverpflichtungen der Völkerbundmächte gegenüber Italien, mit den Bündnisverpflichtungen Frankreichs und Englands gegenüber der Tschechoslowakei und Polen und mit den Washingtoner „Doktrinen" bezüglich Korea, China und dem Nahen Osten. Wenn sogar Großmächte durch solche selbstauferlegte Verpflichtungen in ernste Bedrängnis geraten können, so gilt das in viel höherem Grade für Staaten, deren außenpolitische Bewegungsfreiheit ohnehin durch auferlegte Verträge, freiwillige Abhängigkeiten und den Mangel einer gesamtnationalen Repräsentanz aufs äußerste beschränkt ist. Gerade in solcher Lage sollte man nie niemals sagen.

Als Bonn seine „Doktrin" verkündete, glaubte man in der Koblenzer Straße noch daran, daß im Rahmen einer Gesamtbereinigung mit der Sowjetunion auf der Machtbasis des Nato-Blocks auch die Wiedervereinigung kommen werde. Aber inzwischen ist der Anspruch der Bundesregierung, der allein legitimierte Vertreter der deutschen Interessen

in der Welt zu sein, zu einer Fiktion geworden. Beide deutschen Staaten haben sich unter der Patenschaft zweier Weltmächte konsolidiert und perfektioniert. Vierzehn Länder der Welt, die mehr als die Hälfte der Menschheit repräsentieren, haben inzwischen die DDR diplomatisch anerkannt. Die meisten anderen Länder der neutralen und sogar der westlichen Welt pflegen seit Jahren inoffizielle und handelspolitische Beziehungen zu diesem Staatswesen. In der internationalen Politik hat man selten danach gefragt, auf welchem Wege ein Staat oder eine Staatsordnung zustandegekommen sind, sofern sie in ihrem Hoheitsbereich die tatsächliche Macht ausüben. Die diplomatische Anerkennung ist dann nur noch eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit. Auch Jugoslawien hat jahrelang in Handelsbeziehungen zur DDR gestanden, und schon im Juni 1956 hat Marschall Tito das Bestehen zweier deutscher Staaten ausdrücklich festgestellt. Nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit zögerte er damals noch mit der formalen diplomatischen Anerkennung. Fünfzehn Monate später hielt Tito diese Zweckmäßigkeit mit Rücksicht auf seine Beziehungen zur Sowjetunion und zu Polen nicht mehr für gegeben und zog daraus die Konsequenzen; er fügte die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Geschenk für Gomulka hinzu. Jeden Tag kann es geschehen, daß andere Regierungen aus Zweckmäßigkeitsgründen den gleichen Entschluß fassen, sobald ihnen die westdeutsche Drohung nicht mehr als Abschreckung erscheint. Und wieder müßte die Bundesregierung ihren Automatismus spielen lassen. Wie soll damit unseren nationalen Interessen gedient sein?

Konstruktive Phantasie

Von keiner Seite konnte dies bisher in glaubwürdiger Weise begründet werden. In einem Interview mit dem Vertreter des „Spiegel" hat der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Kurt Georg Kiesinger, den Bruch mit Belgrad zu rechtfertigen versucht. Aus diesem Interview wird auch dem Wohlwollendsten deutlich, daß die Regierungspartei für die Lösung der deutschen Frage weder eine logische Begründung noch überhaupt eine Konzeption besitzt. Auch in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 29. Oktober wird kein Weg gezeigt oder auch nur angedeutet. Adenauer wiederholte nur die sattsam bekannte Doktrin von den Welteroberungszielen der Sowjets und der unverbrüchlichen Verbundenheit mit den USA und der NATO. Die Ideenlosigkeit der deutschen Außenpolitik wurde besonders deutlich in der anschließenden Bundestagsdebatte, in der der Bundeskanzler wörtlich erklärte: „Konkrete Vorschläge (zur Wiedervereinigung) aufzuzeigen, dazu gehört mehr Phantasie, als ich sie habe." Liegt hier nicht der Schlüssel für die Unfruchtbarkeit und Unselbständigkeit der deutschen Außenpolitik in den vergangenen acht Jahren? Konstruktive Phantasie ist das wichtigste Erfordernis eines erfolgreichen Staatsmannes. Damit haben Männer wie Bismarck, wie Stresemann auch schwierige außenpolitische Situationen gemeistert. Mindestens sollte der Regierungschef Mitarbeiter zur Seite haben, welche diese Phantasie besitzen und auf die ständigen überraschenden Einfälle und Vorschläge des Ostens und die wiederholt gebotenen unwiederbringlichen Chancen des Augenblicks elastisch, vorurteilslos und aktiv zu reagieren verstehen. An solchen Ratgebern fehlt es, da der Bundesaußenminister auf der Suche nach fruchtbaren Möglichkeiten längst resigniert hat und da die Vorschläge und Denkschriften aus anderen Lagern zu den Akten gelegt worden sind. Kronjuristen können die bestehenden Rechtsordnungen wahren oder neue Formeln vorbereiten, aber die Schaffung neuer, fruchtbarer Situationen ist und war stets Sache der Politiker. In Bonn ist es umgekehrt. Daraus erklärt sich die hoffnungslose Sterilität unserer Argumente und die Lebensfremdheit unserer außenpolitischen Entscheidungen. Man muß weit in der deutschen Geschichte zurückgehen, um eine Epoche zu finden, in der die deutsche Außenpolitik auf so knappe geistige Rationen gesetzt war wie heute.

Ohne Gespräche mit dem Osten werden wir unseren nationalen Zielen keinen Schritt näher kommen. Mit dem Belgrader Bruch hat sich die Bundesregierung den Weg über einen jugoslawischen Vermittler selbst versperrt, vielleicht nicht ohne Einwirkung des Weißen Hauses, wie der „Manchester Guardian" vermutet. Auch ein Gespräch mit Polen ist nicht in Gang gekommen, obwohl diese Chance sich seit dem vergangenen Oktober darbot und die Warschauer Regierung ihre Bereitschaft deutlich zum Ausdruck brachte. Man sollte diese Bereitschaft nicht als selbstverständlich betrachten, denn Polen ist viel

stärker als Jugoslawien vom Moskauer Wohlwollen abhängig, und es hat durch die deutsche Invasion von 1939 besonders schwere blutige und materielle Verluste erlitten. Deutschland hat daher gegenüber diesen Völkern manches wieder gutzumachen und wahrlich keinen Anlaß, sich auf das müde Roß der Kronjuristen zu setzen und, anstatt Gespräche zu führen, eine deutsche Restitutions-Doktrin zu verkünden. Kenner des Ostens wie der kürzlich an gebrochenem Herzen verschiedene deutsche Botschafter in Belgrad, Dr. Pfleiderer, drängten darauf, die einmalige Möglichkeit zu nutzen, um den polnischen Titoismus durch eine Annäherung an Warschau zu stärken und dadurch zugleich die Monopolstellung der DDR aufzuheben. Das offene Grenzproblem hielten die Einsichtigen auf beiden Seiten nicht für ein unübersteigbares Hindernis. Schließlich haben in der Weimarer Zeit zwischen Deutschland und Polen fruchtbare politische und wirtschaftliche Beziehungen bestanden, ohne daß in einem Ost-Locarno die Versailler Grenzziehung ausdrücklich anerkannt worden wäre. Inzwischen ist man in Bonn, nicht zuletzt wohl unter dem Druck der Ostvertriebenen-Verbände, zur intransigenten Haltung des kalten Krieges zurückgekehrt. Kein Wunder, daß sich Gomulka beeilte, sich Rückversicherungen bei anderen Mächten gegenüber etwaigen deutschen Revisions- und Revancheabsichten zu verschaffen. Um den Preis der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch Tito kam eine Achse Warschau—Belgrad zustande, nachdem man in Bonn den Brückenschlag nach Warschau abgelehnt hatte. Wenn man nun in der Koblenzer Straße teils verärgert, teils aufatmend feststellt, daß Tito und Gomulka wieder ins „Stalinistische Lager" zurückgekehrt seien, so hat dies mit einer realistischen Beurteilung der Lage nichts mehr zu tun. Es handelt sich um reine Propaganda.

Die Bonner Doktrin der Stärke läßt jedes Gespräch mit der slawischen Welt schon in den Anfängen scheitern. Es geschah ohne Zweifel im Einvernehmen mit Moskau, daß der polnische Außenminister Rapacki seinen Vorschlag eines „atomfreien Mitteleuropa" verkündete. Bei früheren Gelegenheiten war Chruschtschow noch weitergegangen. Er hatte im Sinne des Gaitskell-Planes die Räumung Mitteleuropas von fremden Besatzungstruppen als ersten möglichen Schritt einer Entspannung bezeichnet. Anstatt die Sprecher beim Wort zu nehmen und die Ernsthaftigkeit dieser Vorschläge mindestens auf diplomatischem Wege auch nur zu prüfen, wurden sie bereits Stunden später von den Sprechern Bonns als durchsichtige Propaganda mit Nachdruck, ja mit Hohn und Spott zurückgewiesen. Freilich, auf welcher Basis sollten Gespräche stattfinden? Zwar wurden diplomatische Beziehungen zu Moskau schon 1955 aufgenommen, aber es geschah nur als Gegenleistung für humanitäre Konzessionen und nicht zu dem selbstverständlichen Zweck einer politischen und wirtschaftlichen Annäherung. Die Bundesregierung entsandte bereits vor vier Monaten eine Sonderdelegation nach Moskau, aber angeblich wiederum nur aus humanitären Beweggründen, während die Handelsvertragsverhandlungen, für welche die Sowjets konkrete Vorschläge über ein 11-Milliarden-Geschäft machten, als minder wichtig bezeichnet wurden. Dabei handelte es sich um die Repatrierung von Deutschen, die zum größeren Teil erst durch einen Hoheitsakt Hitlers zu deutschen Staatsangehörigen ernannt wurden. Da die Delegation noch immer in Moskau weilt, möchten wir hoffen, daß das wirtschaftliche Gespräch doch noch Früchte tragen wird.

Fiktionen statt Wirklichkeiten

Die deutsche Außenpolitik lebt in einer Welt der Fiktionen und nicht der Wirklichkeiten. Wie anders hätte es sonst in Bonn unbeachtet bleiben können, daß sich nicht nur im Osten das Gewicht der Tatsächlichkeiten mit unerbittlicher Konsequenz durchsetzt. Auch in der westlichen Welt beginnt man die deutsche Frage immer mehr als eine Last und ein Hindernis für die Lösung weltumspannender Probleme zu betrachten. Gewiß haben die Regierungen der westlichen Siegermächte, die uns im Deutschland-Vertrag die Hände gebunden haben, auf deutsches Drängen hin wiederholt erklärt, daß sie den deutschen Rechtsanspruch auf die Wiedervereinigung und die Klärung der Oder-Neiße-Frage in einem imaginären Friedensvertrag anerkennen. Aber frühere Erfahrungen aus den zwanziger und dreißiger Jahren sollten uns darüber belehren, daß Äußerungen, wie wir sie von Princeton und aus dem Londoner Chatam-Haus vernehmen mußten, Symptome einer sich anbahnenden Wandlung der Geister sind. Haben wir schon ver-

gessen, daß den Völkern des Westens noch 1945 die Zerstückelung Deutschlands als die sicherste Garantie gegen einen neuen deutschen Imperialismus erschien? Erst im kalten Krieg hat die größere Gefahr aus dem Osten die Sorge um ein wiedererstarkendes Deutschland verdrängt. Immer zahlreicher werden von drüben die Stimmen, daß ein deutsches Volk in zwei Staaten eine geringere Gefahr für den Frieden sei als ein wiederbewaffnetes, wirtschaftlich blühendes, von Revisionsgedanken beseeltes 70-Millionen-Volk.

Leider gibt es in der Bundesrepublik Leute genug, die die Teilung Deutschlands mit Gleichmut hinnehmen, weil sie den bestehenden Zustand durchaus für erträglich — und einträglich halten. Diese Leute wünschen tatsächlich keine Experimente und sehen in der Bonner Doktrin eine Garantie dafür, daß sich am heutigen Status nichts ändern wird. Nicht verächtlicher, wohl aber gefährlicher sind jene ewig Gestrigen, die aus der Vergangenheit nichts gelernt und alles vergessen haben und nur darauf zu warten scheinen, daß von einem wiederbewaffneten Westdeutschland die gepriesene Politik der Stärke auch um den Preis des kriegerischen Risikos fortgesetzt wird. In Bonn fehlt es nicht an Leuten, welche die ihnen noch geläufigen Parolen des Dritten Reiches gegen den Weltbolschewismus ständig im Munde führen und daran glauben, daß für ein wiedererstarktes Westdeutschland Wiedervereinigung und Grenzrevisionen bequemer zu haben wären als auf dem Wege mühevoller Verhandlungen und unvermeidlicher Konzessionen. Diese Vorstellungen verdienen in einem Augenblick unsere besondere Aufmerksamkeit, wo sich eine neue Verschärfung in den Beziehungen der beiden Weltmächte und Weltblöcke abzeichnet. Die großen Raketenerfolge der Sowjets haben die Amerikaner in ihrem Sicherheitsgefühl und in ihrem Stolz tief getroffen und eine fieberhafte Aktivität im Weißen Haus und im Pentagon ausgelöst. Statt einer Gipfelkonferenz der Großen Vier wird im Dezember eine „Gipfelkonferenz" der NATO-Mächte stattfinden, und man wird dabei nach Wegen suchen, um das ernsthaft erschütterte Kräftegleichgewicht durch einen engeren militärischen Zusammenschluß und noch größere Beschleunigung der Atom- und Raketenrüstungen wiederherzustellen. Die Bundesregierung ist bereits darüber unterrichtet worden, daß man einen noch größeren Wehrbeitrag von ihr erwartet und daran denkt, die bestehenden Verbote für eine deutsche Atomaufrüstung zu beseitigen.

Deutscher Atombeitrag?

Eine wirklich realistische deutsche Außenpolitik hätte längst aus dem atomaren Remis der Weltmächte die Folgerungen gezogen, sich aus dem heillosen Wettlauf um die modernsten Vernichtungswaffen zurückzuziehen, einem Wettlauf, der für die Bundesrepublik in jedem Falle verhängnisvoll werden muß: kommt es zum atomaren Völkerschlachten, so ist die bundesrepublikanische Abschußrampe das erste Opfer; kommt es zur Rüstungsverständigung, und das scheint trotz des sowjetischen Rückzuges aus der Abrüstungskommission das Moskauer Ziel zu sein, dann wird man über die unbequemen deutschen Rechtsansprüche hinweggehen; in Existenzfragen pflegen Völker zuerst an sich selbst zu denken. Statt dessen erklärt der Bundeskanzler alle nur denkbaren Anstrengungen für notwendig, um nicht in der kriegstechnischen Entwicklung von den totalitären Mächten überholt zu werden. Soweit wir wissen, steht die Sowjetunion heute allein in diesem Wettlauf gegen den neugeschaffenen amerikanisch-englischen Atom-Pool, den man in Paris weiter ausdehnen will. Für die Sowjetunion gibt es Gründe genug, um einen Atombeitrag seiner Verbündeten nicht zu wünschen. Das ist unsere Chance. Sie sollte ergriffen werden, wenn anders nicht die Interessen fremder Völker wichtiger sind als unsere eigenen.

Natürlich dürfen die unvermeidlichen Konzessionen nicht als „Vorleistungen" dargeboten werden. Gleichgültig, wie man zur Wiederaufrüstung und zur NATO-Mitgliedschaft steht und wie hoch man noch den Wert dieser Trümpfe beurteilen mag, man darf sie nicht unbedacht auf den Tisch werfen, und man kann es auch aus Gründen der Vertragstreue nicht. Es besteht ein echtes Junktim zwischen der Wiedervereinigung, der Abrüstung und einem blockfreien, europäischen Sicherheitssystem; und die Bereitschaft der Sowjetunion, Polens und der DDR kann erst am Verhandlungstisch bewiesen oder widerlegt werden. Um aber an den Konferenztisch zu gehen, bedarf es erst einmal der

Entgiftung der Atmosphäre. Die Herren im Kreml mögen schlechte diplomatische Manieren haben, die unsrigen im Dritten Reich waren viel schlechter, und die Invektiven, mit denen heute die Sowjetunion immer wieder aus Bonn apostrophiert wird, erinnern nicht nur im Wortschatz an den Tenor des Dritten Reiches. Wie wollen wir mit einem Partner ins Gespräch kommen, dem man ständig Welteroberungsabsichten, Vertragsbrüche und Gewalttaten vorwirft, und dessen jeweiligen Exponenten wir deutlich machen, daß wir auf ihren baldigen Sturz warten. In vierzig Jahren hat sich die Stabilität nicht der jeweils herrschenden Personen, wohl aber des sowjetischen Regimes so deutlich erwiesen, daß es wahnwitzig wäre, auf seinen Sturz realistische Pläne aufzubauen. Ob es die Herren im Kreml mit ihren Vorschlägen und Versicherungen ernst meinen, muß sich am Verhandlungstisch und kann sich nur dort erweisen. Es hat sich in London, in Bonn und in Genf gezeigt, daß die westlichen Verhandlungspartner zwar zivilisierter, aber keineswegs verhandlungswilliger auftraten als ihre östlichen Gegenspieler. Das läßt sich aus den Verhandlungsprotokollen, wenn auch nicht aus den Berichten unserer Zeitungen aktenkundig machen.

Bonn hat die Belgrader Tür schallend ins Schloß geschlagen. Dieses Geräusch hat manchen in Deutschland aufhorchen lassen, der bislang das deutsche Schicksal in den Händen der Bundesregierung wohl aufgehoben glaubte. In den Kreisen der deutschen Intellektuellen verbreitet sich ein lebhaftes Befremden über die Unfruchtbarkeit und Gefährlichkeit des Bonner außenpolitischen Kurses. Das menschliche Gedächtnis ist gebrechlich, aber ganz vergessen haben wir noch nicht die schlimmen Erfahrungen der deutschen Vergangenheit. Auch ein W i l h e l m II. und ein H i t l e r haben einmal ihren Soldaten versprochen, ihnen die „besten Waffen" der Welt zu geben. Aber die Waffen der Gegner erwiesen sich als stärker und besser. Der erste Weltkrieg hat uns 2 Millionen Tote und 70 000 Quadratkilometer Land mit mehr als 7 Millionen Einwohnern gekostet. Der zweite Weltkrieg war nicht mehr so billig, er kostete 6 Millionen Deutschen das Leben, 15 Millionen die Heimat und das ganze Volk die nationale Einheit. Der dritte Weltkrieg würde der letzte, aber auch schrecklichste sein: er würde das Leben des ganzen Volkes auslöschen.

In einem würde er anders sein: wir würden diesmal nicht als Protagonisten kämpfen und unterliegen, sondern als Satellitenstaat, auf welchen zuerst die Atomfaust niederfällt.

Dr. H e r m a n n E t z e l

Im Weltaspekt

N e u e s W e l t b i l d

S o w j e t i s c h e R a k e t e n u n d E r d s a t e l l i t e n

G e s t ö r t e s m i l i t ä r i s c h e s G l e i c h g e w i c h t

Der Sturmlauf der Entwicklung beschleunigt sich. Kaum hatte das atomare Zeitalter begonnen, da brach das planetare an. Ein altes Weltbild, das fest gegründet schien, steht, wenn nicht vor seinem Einsturz, so doch vor seiner noch nicht absehbaren Ausdehnung, Ergänzung und Berichtigung. Neue Erkenntnisse, gewonnen aus den methodischen Vorstößen in das All, den Mikro- und den Makrokosmos, strömen ständig in die Scheuern des menschlichen Geistes. Die Umwälzung wird nicht geringer, wahrscheinlich größer sein als der Zusammenbruch des ptolemäischen Weltbildes und seine Ersetzung durch das der Kopernikus, Kepler, Newton. Schon längst hinausgeschleudert aus der Geborgenheit des geozentrischen Wahns, wird sich die Erdbevölkerung wiederum vor die Aufgabe gestellt sehen, das sich entfaltende neue Weltbild geistig, moralisch und politisch zu bewältigen, veraltete Vorstellungen zu überprüfen und neue Sichten, Maßstäbe und Größenordnungen zu entwickeln.

Der sensationelle Start der beiden Erdsatelliten aus dem sowjetischen Territorium kurz nach der erfolgreichen Abfeuerung eines ebenfalls sowjetischen interkontinentalen Ferngeschosses hat das Internationale Geophysikalische Jahr dramatisch eröffnet. Er ist die Frucht einer hochentwickelten, vor die angewandte Forschung gestellten, aber mit ihr planvoll verbundenen Grundlagenforschung, das Ergebnis der unbehinderten Ballung und Ausrichtung der sachlichen Hilfsmittel und der menschlichen Intelligenzkräfte auf das gesteckte Ziel hin, Zeugnis und Zeichen einer lange und oft unterschätzten mathematisch-technischen Begabung des russischen Volkes. Es ist die warnende oder verheißungsvolle Rakete eines Reiches, in dem nicht das Goldene Kalb, sondern die Wissenschaft und das wissenschaftliche Bildungswesen eine überragende, zentrale Stellung innehaben, der vom Westen skeptisch aufgegebene Fortschrittsglaube des neunzehnten Jahrhunderts ungebrochen, ja verstärkt herrscht und die Kräfte und Mittel unter Verzicht auf Annehmlichkeiten der Gegenwart für die Gestaltung der Zukunft eingesetzt werden.

Von den Menschen, ihrer Bereitschaft zu friedlichem Nebeneinander und internationaler Zusammenarbeit, von der Klugheit, dem Verantwortungsgefühl, der Mäßigung ihrer Führer und dem Druck der öffentlichen Meinung wird es abhängen, ob sich die „Roten Monde" als kündende Erscheinungen des Segens, als Sonnen des Friedens oder als Sterne des Niedergangs der menschlichen Existenz erweisen werden. Gebannt blicken im Westen Akteure und Komparsen auf das großartige Schauspiel. Ihre Erregung gilt ebensosehr der ungeheuren Schubkraft der Rakete, die den künstlichen Himmelskörper hinaufgebracht hat, wie der genauen Festlegung seiner Bahn, der fahrplanmäßigen Vorausbestimmung seiner Ankünfte und der Tatsache, daß die Sowjetunion die Epoche des Offenen Himmels eröffnet hat, von dem aus der durchdringende, ländermessende Blick auf die Erde und der lenkende Strahl auf interkontinentale Raketen gerichtet, aber auch nukleare Bomben geworfen werden können. Die Entwicklung ist von geschichtlicher Folgerichtigkeit, sie ist unaufhaltsam und schicksalhaft. Sie erfaßt alle Bereiche, das geistige Weltbild, die Waffentechnik, die militärische Strategie und Taktik, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Welt. Das militärische Gleichgewicht ist gestört, vielleicht noch nicht akut, sicher aber potentiell. Es ist fraglich, ob der mehrjährige Vorsprung des Ostens im Raketen- und Satellitenbau eingeholt werden kann; selbst dann, wenn der bislang selbstzufriedene, nun so peinlich aufgescheuchte Westen unter der Peitsche der sowjetischen Leistungen Hals über Kopf an die Entrümpelung seiner Programme geht. Es besteht der Eindruck, daß die sowjetische Grundlagenforschung der technisch-industriellen Planung und Fertigung erheblich vorausgeeilt ist, so daß in absehbarer Zeit mit neuartigen Konstruktionen größter Abmessungen zu rechnen sein dürfte. Ja, es erscheint nicht mehr utopisch, die Ersetzung der Waffentechnik durch Strahlungsenergien in Betracht zu ziehen.

Die politisch-psychologische Wirkung ist tiefgehend: Alarm, Verwirrung, Furcht, gespielter Gleichmut, Ernüchterung bei den einen, Stolz, gesteigertes Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein, Zuversicht, vielleicht auch Verhärtung bei den anderen. Moskau sieht sein Prestige in der Welt, sein Ansehen und seine Geltung vor allem auch in der afro-asiatischen Sphäre erhöht und die Geschlossenheit des sowjetischen Universums gefestigt. Im Westen ist der Glaube an die amerikanische Wissenschaft, Technik, Rüstung und Weisheit erschüttert. Zweifel über die amerikanische Fähigkeit und Entschlossenheit, im Falle des Konflikts einer östlichen Macht mit einem Staat der Nato, des Bagdad- und des Manilapaktes nuklear zurückzuschlagen, werden laut. Der Führungsanspruch Amerikas ist in einem Augenblick in Frage gestellt, in dem auch eine Minderung seiner moralischen Stellung durch seine zwielichtige Politik in der algerischen und nahöstlichen Frage und die schweren Rassenkonflikte in den US-Südstaaten eingetreten ist. Die zentrifugalen Strömungen in der Nato nehmen zu. Das mehrfache Abseits Italiens, die ewigen Schwierigkeiten Frankreichs und der schleichende Zerfall seiner Weltstellung, der Neid Englands auf die westdeutsche Wirtschaft, der lauernde Argwohn europäischer Natoländer gegenüber einem allzu starken, eine Schiedsrichterrolle erstrebenden Deutschland und das schwelende französische Mißtrauen gegenüber den Angelsachsen sprechen ungeachtet aller Integrationsbemühungen eine deutliche Sprache. Die britische Königin hat bei ihrem Staatsbesuch in Paris die Entente Cordiale gefeiert. Kurz vorher aber hatte Le Monde festgestellt, daß diese nur hinsichtlich der Suezfrage und der Nahostprobleme bestehe. „Jeder, der sich umsieht, bemerkt, daß die kommunistischen Mächte Vorteile

gewinnen, weil unter denen, die fest zusammenstehen sollten, Durcheinander, Gegeneinander, Verwirrung und Streit herrschen. Die Liste ist lang und reichhaltig. Der immer noch um den Erdball rasende russische Sputnik hat wieder einmal eine der nicht zu übersehenden Breschen in der Westfront enthüllt." So klagte die „Times" am 18. Oktober in ihrem Aufsatz „Gesprächsthemen für die Regierungschefs". Eine weitere schwere Belastungsprobe wird sich einstellen, wenn die Frage der Durchbrechung des von den Angelsachsen beanspruchten Atom-, Raketen- und Satellitenmonopols durch andere Natopartner akut aufgeworfen wird.

Eisenhower — Macmillan
Dezembertagung der Nato
Internationale Lage

Die in hastiger Betriebsamkeit zustandegebrachte erneute Begegnung Eisenhowers und Macmillans war Ausdruck der schockartigen Beunruhigung des Westens. Sie war die Reaktion auf den Stoß, den Sputnik und sowjetische, auf Nahost bezügliche Äußerungen seiner Selbstsicherheit und Selbstzufriedenheit versetzt hatten. Sie sollte der „kostspieligen und verschwenderischen Doppelarbeit auf dem Gebiete der Forschung in den Natoländern" („Sunday Times" am 22. Oktober) ein Ende machen und der angelsächsischen Zusammenarbeit innerhalb der Nato durch gemeinsame wissenschaftlich-technische Forschung, gegenseitige wissenschaftliche Information, Abstimmung der beiderseitigen Verteidigungsanstrengungen in der Rüstung und durch Herstellung eines Einvernehmens in der Nahostpolitik dienen. Es soll der nicht gerade aussichtsreiche Versuch unternommen werden, in dem erst im nächsten Jahre zusammentretenden Kongreß eine entsprechende Änderung des McMahon-Gesetzes, die die Voraussetzung für eine solche Zusammenarbeit bilden würde, durchzubringen. „Das McMahon-Gesetz ist das schwerste Hindernis für einen wirksamen Einsatz westlichen Wissens und westlicher Mittel, es ist eines der größten Hindernisse auf dem Wege der Nato und muß der Sowjetunion viel Vergnügen bereitet haben", meinte „News Chronicle" am 18. Oktober, und die „Sunday Times" warnte am 20. Oktober: „Wenn die Russen uns immer weiter vorauseilen, ist es kein Trost, zu wissen, daß wir unsere Geheimnisse erfolgreich voreinander bewahrt haben." Der Nato-Generalsekretär Spaak, der eine allgemeine Ausrüstung der Natoverbände, also auch der westdeutschen Divisionen, mit sogenannten taktischen atomaren Waffen fordert, trat bei dem Treffen in Washington ebenfalls auf die Szene. Er demonstrierte die Anwesenheit auch der Nato, die nach Dulles ein atomares Arsenal werden soll.

Das Kommuniqué ließ jedoch ersehen, daß mehr ein gemeinsames Glaubensbekenntnis als eine Arbeitsunterlage erzielt wurde. So bezeichnend die Zusammenkunft als Ausdruck der westlichen Beunruhigung war, so fragwürdig war ihr Ergebnis. Die Hauptarbeit wurde der Dezemberkonferenz der Nato in Paris überlassen, zu der Eisenhower und Regierungschefs erscheinen wollen. Sie soll den Untersuchungsbericht des Generals Norstad über die militärischen Auswirkungen der britischen Umrüstung auf die Verteidigungspläne der Nato beraten, die Schaffung eines atomaren Arsenals unter amerikanischem Oberbefehl vorbereiten, mögen die Sprengköpfe schon in Friedenszeiten an die Verbündeten ausgeliefert werden oder nicht, ferner klären, was Amerika und England unter der Zusammenarbeit in der atomaren Forschung „mit anderen befreundeten Ländern" verstehen, und anderes mehr. Nicht zuletzt würde die Konferenz auch die Folgerungen aus den sehr ernsten Urteilen zu ziehen haben, die der britische Admiral Eccles, der britische Luftmarschall Reynolds und der Chef des Natokommandos Atlantik, Admiral Wright über die diesjährigen großen Flottenmanöver der Nato gefällt haben. Sie sprachen von der Enthüllung „schwerer Mängel" und rügten, daß bei weitem nicht genügend Streitkräfte vorhanden seien und den entscheidenden waffentechnischen Entwicklungen, die seit den letzten großen Marineübungen der Nato im Jahre 1953 stattgefunden hätten, nicht Rechnung getragen sei. Die „New York Times" erwartet, daß die Pariser Konferenz die schwierige Revision der alliierten Verteidigungsplanung meistern wird, weil „im Hinblick auf die riesigen Kosten der modernen atomaren und ballistischen Waffen keine Nation es sich länger leisten kann, angemessene und getrennte Land-, See- und Luftstreitkräfte zu unterhalten, ohne ihre freie Wirtschaft zu zerstören". Die einzige Alternative erblickt das Blatt darin, daß der Westen seine „Hilfsmittel und Talente in einer echten Partnerschaft zusammenlegt".

Aber „It's a long way to Tipperary". Die Deklamation von Grundsätzen kann die Ausarbeitung jeder militärischen und politischen Einzelheit nicht ersetzen. Es wird auch nicht damit getan sein, daß Amerika, durch den sowjetischen Vorsprung gedemütigt, nun darauf brennt, ein einsatzbereites Interkontinentalgeschoß und womöglich einen dem Sputnik und seinen Nachfolgern gleichwertigen oder überlegenen Erdsatelliten zu erringen. Es wird vielmehr seine veralteten Vorstellungen von Rußlands Stärke zu untersuchen und aufzugeben haben. „Wir müssen ein für allemal den Glauben über Bord werfen, daß die Menschenmassen der sowjetischen Sphäre durch den Reichtum und die hochentwickelte Technik des Westens aufgewogen werden können" („New Statesman" am 12. Oktober). Diese Massen, durch die Entwicklung des Schulwesens in der ganzen östlichen Welt freigesetzt, liefern die robusten Gehirne, deren geistige Arbeiten und Leistungen den Westen in Zukunft mehr noch als bisher herausfordern werden. Auch der neue eindrucksvolle Rekord des sowjetischen Turbinenhubschraubers MI—6 erweist das wieder.

Die internationale Lage ist, ganz abgesehen von dem allgemeinen westöstlichen Gegensatz, voller Fallen wie ein Minenfeld. Sie ist mit Problemen und Konfliktstoffen vollgefüllt. Wo Lösungen gesucht wurden, geschah es oft nur mit Flickwerk und Teilung: Deutschland, Korea, Vietnam gespalten, Formosa den Chinesen, das portugiesische Goa den Indern, der britische Nordwesten Borneos, der portugiesische Nordosten Timors und das australische Treuhandgebiet Neuguineas den Indonesiern vorenthalten; dazu der ausweglose Konflikt zwischen Indien und Pakistan wegen Kaschmirs, Jamnus und der Wasser des Industales, die den östlichen Mittelmeerflügel der Nato verwirrende Zypernfrage und das Problem Nummer eins, der Nahostkonflikt.

USA und SU im Vorderen Orient

Fragwürdige Eisenhowerdoktrin

Islamische Problematik

Im Vorderen Orient hat sich Amerika an die Stelle Großbritanniens und Frankreichs gesetzt, die seit Suez keine diplomatischen Beziehungen mehr zu Ägypten, Syrien und Saudiarabien unterhalten. Gleichzeitig ist dort die Sowjetunion auf den Plan getreten. Die amerikanische Politik sucht ihre strategischen und wirtschaftlichen Interessen durch das Ausspielen der Bagdad- gegen die Kairogruppe, der feudal-großbürgerlichen Länder gegen die fortschrittlich-nationalen Staaten zu wahren, ohne die Fäden zu Nasser völlig abreißen zu lassen. Dazu bedient sie sich der Orange-Knüppel-Methode, des Bakschischs und der Sechsten Flotte. Das ist die Politik der Eisenhowerdoktrin. Sie möchte die sowjetische Gegenwart in diesem Raum beseitigen oder wenigstens zurückdrängen. Darum wollte sie Ägypten und Syrien isolieren und einen „diskreten" wirtschaftlichen Druck auf sie ausüben. In Syrien begann sie verschleiert sogar eine gegenrevolutionäre Einmischung. Sie bewaffnet, teils unmittelbar, teils über Natoländer sowohl den von ihr und Großbritannien geschaffenen Staat Israel wie auch arabische Länder der Bagdadgruppe, ohne eine formelle Garantie für den Bestand und die freie Durchfahrt Israels durch den Suezkanal zu übernehmen. Voller Ungereimtheiten und innerer Widersprüche, bewirkt sie das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigt, und ruft, indem sie ihre Bemühungen verstärkt, nur entsprechende verschärfte, gefahrdrohende Gegenwirkungen und Gegenmaßnahmen der Sowjetunion hervor.

„Viele britische Kritiker sind der Meinung, daß die amerikanische Politik in diesem Raume sprunghaft und verschroben ist, daß sich die Eisenhowerdoktrin als eine gefährliche Herausforderung auf ihrem eigenen Geltungsgebiet erweisen könnte und auf anderen kritischen Gebieten der Nahostpolitik, wie beispielsweise der Position Israels, das Ziel verfehlte" („Sunday Times" am 20. Oktober in ihrem Artikel „Großbritannien und Amerika"). „New Statesman" nannte am 19. Oktober die Eisenhowerdoktrin „zum Teil unklug und praktisch undurchführbar". Tatsächlich hat sie arabische Staaten auch der Bagdadgruppe zunächst in Verlegenheit gesetzt, im weiteren Verlaufe die arabischen Befürchtungen und Abneigungen gegen die amerikanische Politik vermehrt, den arabischen Nationalismus neu belebt und aufgestachelt, seine Solidarität mit Ägypten gestärkt, den Abschluß des sowjetischen Wirtschaftsabkommens mit Syrien erleichtert und es so weit gebracht, daß sich auch der von ihr umworbene König Saud gegen die amerikanische

Syrienpolitik wandte. Seit der Suezkrise sind die Araber geneigt, dem Westen alles zuzutrauen; die Nationalisten haben größere Furcht vor dem Westen, der Türkei und Israel als vor der Sowjetunion. So besteht „die Gefahr, daß die moralische und politische Stellung des Westens in Nahost immer schwächer wird", führte der ehemalige britische Botschafter in Ankara und Moskau, Kelly, am 20. Oktober („Sunday Times") in seinem Aufsatz „Die Türkei zwischen Ost und West" aus.

Es ist aussichtslos und gefährlich, gegen die neue sowjetische Anwesenheit im Vorderen Orient und im Mittelmeer anrennen zu wollen und den Ausschluß des sowjetischen Einflusses zum Hauptziel der westlichen Politik zu machen. Ein solches Beginnen übersteigt die Kräfte des Westens. Die Sowjetunion besteht darauf, an einem Abkommen über Nahost beteiligt zu sein, das die Beendigung des Wettrüstens in diesem Raum und Garantien gegen Interventionen, praktisch also die Preisgabe der Eisenhowerdoktrin vorsieht. Das ist der Preis für die Erhaltung des Friedens in Nahost und wahrscheinlich in der Welt. Wenn Chruschtschow in seinem Brief an die sozialistischen Parteien des Westens sich gegen den amerikanischen Plan wandte, über die Türkei einen Umschwung in Syrien herbeizuführen, und erklärte: „Wir stehen am Rande eines neuen und verheerenden Krieges", so wird man gut daran tun, hierin nicht nur Propaganda und Bluff zu sehen. Obschon die in der türkisch-syrischen Konfliktsdrohung zum Ausdruck gekommene jähe Zuspitzung des westöstlichen Gegensatzes Ende Oktober plötzlich abklang, ist vor der Auffassung zu warnen, daß nun alles gut sei. Die Gefahr einer über Nacht eintretenden, vielleicht nicht mehr zu lokalisierenden Hochspannung bleibt in diesem Raume vorerst bestehen. Syrien bildet heute neben Österreich und Jugoslawien eine für die Bagdadpaktorganisation, also für die südöstliche Verlängerung der Nato gefährliche Bruchstelle und Lücke. Die amerikanischen Versuche, sie durch innenpolitische Einmischung zu schließen, haben keine Aussicht auf Erfolg.

Der amerikanischen Politik und ihr zugetanen anderen Kräften geht es im Grunde vielleicht noch um weitere Zielsetzungen als um die Stellung in Nah- und Mittelost. Der Islam ist infolge der Auflösung seiner ehemaligen, von Kalifen beherrschten Staaten keine politische Weltmacht mehr. Er würde es möglicherweise wieder, wenn die arabische Welt die selbständige Verfügungsgewalt über ihr Öl erhielte und auf dieser wirtschaftlichen Grundlage eine nationale Einigung zustande käme, in die sich auch die heute beharrenden oder widerstrebenden feudaldynastischen Kräfte und Interessen einordneten. Aber es gibt auch Einflüsse anderer als unmittelbar politischer und wirtschaftlicher Rangordnung, die eine Wiederherstellung der islamischen Einheit und damit den erneuten Aufstieg des Islams zur Weltmacht mindestens ungern sähen.

Einbuße des Protestantismus

Es darf hier ein Seitenblick auf die Tatsache geworfen werden, daß auch die Weltstellung des Protestantismus in diesem Jahrhundert empfindlich beeinträchtigt worden ist. Nach dem Fortfall der landesherrlichen Kirchenregimente in Deutschland sieht er sich in Europa von Ost nach West zurückgedrängt. Die Oder-Neiße ist nicht nur eine ethnologische und politische, sondern auch eine konfessionelle Linie geworden. In seinen Erblanden ist die Position des Protestantismus heikel geworden. So ist das Selbstverständnis des deutschen Protestantismus mit sich nicht mehr überall gesichert. Da und dort sichtbar gewordene Neigungen, die Gegenreformation stückweise zunächst in Kult, Liturgie und Ritus anzunehmen, sind bemerkenswert und können kaum mehr bestritten werden. Im dogmatischen Bereich allerdings ist die feste Burg unangetastet. Angesichts des gegenwärtigen, auch konfessionellen Charakters und Status der Oder-Neiße-Linie könnte es auf nichtprotestantischer Seite Überlegungen geben, von denen aus diese Linie nicht mehr als nur so vorläufig angesehen wird, wie es von den Trägern solcher Überlegungen sonst gemeinhin beteuert wird.

Problem Israel

Der stärkste Antrieb zu der immer wieder hergestellten Solidarität der Araber und die Gefährdung des Friedens gehen von der Existenz Israels aus. Der ehemalige britische Botschafter Kelly führte in seinem erwähnten Aufsatz aus: „Seit Suez gibt es keine Sofortlösung für die allgemeine nahöstliche Krise, die auf dem Problem Israel beruht. Das Vorhandensein Israels wirkt lähmend auf die Moral Jordaniens, des Iraks und des

Libanons. Der Irak wagt nicht, eine Ölleitung durch die Türkei zu bauen." „New Statesman" gab am 19. Oktober der Meinung Ausdruck, die Labourführer hätten das Gefühl, daß in Nahost eine wirkliche Kriegsgefahr herrsche, wenn heute vielleicht auch nicht wegen Syriens, so doch morgen wegen Israels, Ägyptens oder Jordaniens. Israel ist das große Handikap der amerikanischen Politik in der arabischen Welt. Jede ihrer Bemühungen, die Verstrickung zu lösen, zwischen Scylla und Charybdis hindurchzukommen, ist zum Scheitern verurteilt; es ist die Quadratur des Kreises. Der amerikanischen Politik bleibt nur die Wahl, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden, es sei denn, daß sie sich mit der Sowjetunion über ein Nahostabkommen einigt. Hier liegt einer der neuralgischen Punkte, an denen die Hebel der östlichen Weltpolitik angesetzt sind. Ob in den von Dulles angekündigten neuen amerikanischen Vorschlägen ein Ausgangspunkt für ein derartiges Einvernehmen enthalten sein wird, ist abzuwarten. Es ist nicht einmal sicher, ob sie eine Grundlage auch nur für eine gemeinsame amerikanisch-englisch-französische Nahostpolitik bilden werden. „Wenn Großbritannien und die Vereinigten Staaten im Vorderen Orient nicht gemeinsam handeln, gehen die Westmächte einer politischen Niederlage ersten Ranges entgegen, die den Keim einer Verteidigungskatastrophe in sich trägt", rief die „Sunday Times" am 20. Oktober („Großbritannien und Amerika") in einer düsteren Prognose beschwörend aus.

Westeuropäische Sozialisten und Christdemokraten

Westeuropäische Sozialisten, besonders Labourkreise, sind der Meinung, daß die von ihnen in vielen Hinsichten mißbilligte amerikanische Globalpolitik durch die mehrfachen konservativen Regierungen in England und durch die Schlüsselstellungen der Christdemokraten in Westdeutschland, Frankreich und Italien ermöglicht wurde. Aber ihr vor einiger Zeit betriebener Plan, die Beseitigung der beherrschenden CDU-Einflüsse in Westeuropa herbeizuführen, hat sich vorerst nicht verwirklichen lassen. In der Bundesrepublik ist die Sozialdemokratie am 15. September geschlagen worden. In Frankreich und Italien haben sich die Mollet- und Saragat-Sozialisten durch ihre Beteiligung an mittel- und rechtsparteilichen Koalitionen wund- und mattgerieben. Die Union Nenni-Saragat ist nicht zustande gekommen. Die Labourpartei hofft mit Grund auf den Sieg bei den nächsten Unterhauswahlen, die spätestens 1960 fällig sind. Darum hat sie bereits ein Schattenkabinett gebildet, in dem die Stellung Bevans als des künftigen Außenministers unbestritten ist. Sein außenpolitischer Standort ist bekannt: Diplomatische Anerkennung und Zulassung Chinas zur Uno, keine Nahostpolitik ohne die Sowjetunion, Beendigung des Wettrüstens und der Interventionen in Nahost, keine Bewaffnung Deutschlands, Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutscher Ostgrenze. Es ist schwer vorauszusagen, welche tatsächlichen außenpolitischen Wirkungen von einem Laboursieg ausgehen und welche Einflüsse von ihm auf die sozialdemokratischen Parteien und ihre Zukunft in Westdeutschland, Frankreich und Italien ausstrahlen würden.

Entscheidende Jahre 1958 und 1960

Der Große Dialog zwischen USA und SU

Im Jahre 1958 werden in den Vereinigten Staaten Senats-, Parlaments- und Gouverneurwahlen, 1960 die Präsidentschaftswahlen stattfinden. Besonders diese Ereignisse dürften tiefe Einschnitte in der außenpolitischen Lage zur Folge haben. Die Erdbevölkerung leidet darunter, daß sie gefahrvoll am Rande eines Krieges leben muß. Jahrelang ist sie durch Kreuzzugs- und Befreiungsparolen und durch die hasardierende Doktrin des Außenministers Dulles, eine Politik der Stärke scharf an dem Ufer des Rubikons zu treiben, in Unruhe versetzt worden. Neuerdings sind es die gefährlichen Schlagworte vom begrenzten Krieg, dem atomaren Arsenal und den sauberen Bomben. Es ist unwahrscheinlich, daß der Osten einen Krieg will, solange er sich nicht durch Intransigenz ultimativ gestellt sieht. Er braucht ihn nicht und er kann ihn nicht gebrauchen. Er will seine wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Entfaltung nicht unterbrechen oder gefährden. Im Commonwealth und in der Uno steigt der friedenswillige Neutralismus der Mächte der Bandungkonferenz und Lateinamerikas zahlenmäßig, sachlich und politisch zu immer größerer Bedeutung.

In der Gewißheit und Sicherheit ihres Bündnisses mit der chinesischen Weltmacht und in weitgehender Übereinstimmung mit den Mächten der Bandungkonferenz will die Sowjetunion weltweite Entspannung, die Beseitigung der militärischen Blöcke und Stützpunkte, den Verzicht auf Einkreisung und Atomwaffen und die Universalität der Uno. Sie will vor allem den Großen Dialog und den Ausgleich mit den Vereinigten Staaten, der auch die Lösung der deutschen Frage umschließen könnte, und sie will ihn nun offensichtlich weniger mit Argumenten als mit der Schaffung harter, eherner Tatsachen erzwingen. Die Stunde naht, da sich die Alternative Koexistenz oder Krieg im Weltmaßstab unausweichlich und unerbittlich stellt. Der Schwebezustand des Kalten Krieges und des Wettrennens in Rüstung und Waffentechnik wird nicht mehr auf ungemessene Zeit fortbestehen können. Durch die waffentechnische Revolution schwindet überdies die Bedeutung vorgeschobener Stützpunktsysteme und Infrastrukturen. Die Territorien, auf denen sie liegen, werden militärisch und politisch uninteressanter. Die Revision der westlichen Politik ist fällig. Wollten sich die Vereinigten Staaten, die Wirklichkeit verkennend, der Verständigung mit dem Osten versagen und in der Pariser Dezemberkonferenz der Nato die Blockpolitik und den Kalten Krieg wieder und weiter vertiefen und verstärken, dann würden sie, die schon die Hauptverantwortung für die Remilitarisierung und Refaschisierung Westdeutschlands tragen, eine neue geschichtliche Schuld auf sich laden. Die hungernden, sich ständig vermehrenden Völker in Asien und Afrika dürften eines Tages auf eine solche Fortsetzung der Katastrophenpolitik, die sie um die friedlichen Früchte des wissenschaftlichen Fortschritts bringt, scharf und bedrohlich reagieren.

Aber die Große Aussprache wird kommen. Die neurotisch zwischen Herausforderung und Rückzug, Auftrotzen und Nachgeben schwankende, von ewigem Mißtrauen getriebene Ära Dulles nähert sich mit dem Amtsablauf Eisenhowers ihrem Ende. Die neue Phase wird wohl von einem anderen, vielleicht Adlai Stevenson, verantwortlich gezeichnet und in die Epoche der Verständigung mit dem Osten übergeleitet werden. Die Wellen des Bebens werden dann auch bis zum Rhein laufen und dort manche kurulische Selbstgefälligkeit, Eitelkeit und Sitzfläche in ihren Bann und in Mitleidenschaft ziehen.

Aufgabe der westdeutschen Politik

Westliche Deutschlandpolitik

In einer solchen Lage müssen die Deutschen ihren Weg suchen, geleitet allein von dem Willen zu Frieden und Verständigung. Es gibt Kräfte, die an der Aufrechterhaltung eines latent gespannten Klimas zwischen Deutschland und dem Osten ein Interesse haben. Die Bundesrepublik muß sich einer solchen Politik versagen und nunmehr darauf bedacht sein, die bisherige Ausschließlichkeit ihrer Westorientierung durch eine konstruktive Ostpolitik auszugleichen. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien war ein schlechter Auftakt dazu. In die Überprüfung der einseitigen Blockpolitik, die die Wiederherstellung der deutschen Einheit versperrt, sollte Bonn auch die bislang mit Vorliebe und Feuereifer betriebenen Integrationsprojekte eines Atompools (Euratom) und eines gemeinsamen Markts einbeziehen. Ein gemeinsamer Markt der sechs Messinamächte ohne die Verwirklichung des britischen Vorschlags einer westeuropäischen Freihandelszone wäre ein auf französische Sonderbedürfnisse zugeschnittener protektionistischer Pferch und ein weiteres Instrument der Blockpolitik. Er würde nicht nur die gesamteuropäische und die deutsche Spaltung versteinern — das tut jeder derartige Versuch, ob mit oder ohne Freihandelszone —, sondern Westeuropa selbst in zwei Lager teilen. Die Verhandlungen in der Oeec, im Gatt und im Treuhänderausschuß der Uno zeigen, wie stark die Bedenken und Widerstände gegen diese Integrationspläne in Europa und vor allem in überseeischen Ländern sind. Es ist sehr fraglich, ob zwischen der britischen Forderung, die Freihandelszone im Rahmen der Oeec zu verwirklichen, und dem französischen Vorschlag, eine Reihe völlig neuer, selbständiger Einrichtungen für sie zu schaffen, eine Einigung erzielt werden kann.

Alle Welt weiß, daß der Westen ungeachtet seiner gegenteiligen Beteuerungen die deutsche Wiedervereinigung nicht will und bereit ist, sich mit der Oder-Neiße-Linie abzufinden. Er selbst hat es oft genug zu erkennen gegeben. Er betrachtet die Teilung Deutschlands als einen „Glücksfall". Das in westlichen Verlautbarungen, so auch im Kommuniqué über die Begegnung Eisenhowers mit Macmillan, kehrreimartig wieder-

holte ceterum censeo über die Wiedervereinigung durch freie Wahlen ist eine unernste, für den westdeutschen Hausgebrauch bestimmte Redensart, die niemand mehr beeindruckt oder täuscht. Die Formel der an den Anfang zu setzenden freien Wahlen, gleichviel, ob mit einem europäischen Sicherheitssystem oder ohne ein solches, sinnt den Sowjets in dieser Frage die Kapitulation an. Sie ist utopisch. Die Leierkastenmänner wissen das. Die westdeutsche Öffentlichkeit wird die Haltung der neuerlichen alten Regierung auf dem Gebiete der Deutschland- und der Außenpolitik genau verfolgen müssen und nicht verkennen dürfen, daß auch die etwaige forschungs- oder sogar produktionsmäßige Einfügung der Bundesrepublik in das angelsächsische Raketenprogramm die Spaltung Deutschlands verhärten würde. (Abgeschlossen am 3. November 1957)

Prof. Dr. Aloys Wenzl

Technik und Ethik

Ist die Technik gut oder böse? Ist sie zugleich Ursache und Wirkung menschlichen Fortschritts oder kulturellen Verfalls? Ein Segen oder Fluch? Oft gestellte Fragen heute und meist im pessimistischen Sinn beantwortet, nachdem das Pendel zu Beginn unseres Jahrhunderts noch in der Richtung zum optimistischen Extrem ausschlug. Aber es ist eine falsche Fragestellung, für die daher keine richtige Antwort erfolgen kann. Denn Technik ist ihrem Wesen nach Ersatz menschlicher Arbeitskraft und Energie durch Kräfte und Energie in der Natur, die in den Dienst der Verwirklichung menschlicher Ziele gestellt werden. Ihr Sinn ist zunächst ein durchaus bejahenswerter: Die Lebensermöglichung der Menschheit, die heute nur mehr dank der Technik gesichert ist und die bei richtiger Verwendung der technischen Mittel auch für die Zukunft gesichert bleiben wird, so daß das alte Malthus'sche Problem der Übervölkerung gar nicht so aktuell wäre; die Ermöglichung von Freizeit, die Hilfe gegen Naturkatastrophen und in der Krankheit, die Ermöglichung der Kommunikation der Menschen durch Verkehr und Nachrichtendienst, die Hilfe aber auch im Dienste kultureller Bereiche und die geistige Kommunikation. Die Anklage gegen die Technik richtet sich an die falsche Adresse, ja, sie ist eigentlich ein Ausweichen vor den Aufgaben, vor die die Menschheit heute gestellt ist. Das, worum es sich handelt, ist die Selbstverständlichkeit, daß nicht von allen Möglichkeiten, die der Mensch hat und die sich durch die Technik so ungeheuerlich erweitert haben, Gebrauch gemacht werden muß und werden darf, daß die Ziele, in deren Dienst die Technik gestellt wird, verantwortet werden können, und das heißt aber: die Aufgabe ist eine ethische Angelegenheit.

Die Vorwürfe, die am meisten erhoben werden, sind: die Technik führe zur „Vermassung". Richtig ist, daß die Technisierung und Industrialisierung zu einer gesteigerten Spezialisierung, schließlich zur Arbeit am laufenden Band führt, daß sie die wirtschaftliche Verselbständigungsmöglichkeit reduziert und den einzelnen nicht mehr zur Herstellung eines Ganzheitswerkes kommen läßt; aber abgesehen davon, daß es falsch wäre, zu tun, als ob das „Handwerk" ausgestorben sei oder aussterbe und als ob es Unselbständigkeit und Teilarbeiten nicht auch schon in früheren Wirtschaftsformen gegeben habe, „Vermassung" heißt eigentlich, daß der einzelne auf das persönliche Denken und die persönliche Verantwortung verzichten zu können glaubt; das zu vermeiden, war aber immer und ist zugegebenermaßen erst recht heute eine Aufgabe der Erziehung und Selbsterziehung; jedenfalls bleibt der Mensch, der beten kann, der für seine Familie sorgt, seine Heimat liebt, an der Kultur teilzunehmen strebt, Person und ist nicht „Massenmensch". Der zweite Vorwurf richtet sich gegen den Mißbrauch der Freiheit, der dritte gegen die Verbreitung von Schund und Schmutz durch jene Industrie, die von der Anfälligkeit des Menschen lebt, — im Grunde lauter ethische Anliegen. Der entscheidenste Vorwurf aber ist der, daß die Technik zum Vernichtungswerkzeug werden kann im Kriege, zur totalen Vernichtung im totalen Kriege. Aus dem Einsatz der technischen Vernichtungsmöglichkeiten in den beiden Weltkriegen und aus der Angst vor einem noch furchtbareren dritten

Weltkrieg ist ja der Umschwung in der Wertung der Technik entsprungen, aber die Anklage richtet sich, wie gesagt, wieder an die falsche Adresse.

Die Aufgabe, vor die die Menschheit heute gestellt ist, ist, gegenüber der Gefahr und Vernichtung einen modus vivendi im wörtlichsten Sinn des Wortes zu finden, also alles zu tun, was möglich ist, um einen Krieg zu vermeiden, und nichts zu tun, was die Staaten wieder in einen solchen „hineinschlittern" läßt, wie man es vom ersten Weltkrieg sagte. Der Beweggrund dafür, das Bewußtsein der Gefahr zu wecken, ist wahrlich nicht der, Sensation zu machen und eine Angstpsychose zu provozieren, sondern eine unausweichliche ethische Forderung. Es sollen nicht die Kriege der Vergangenheit glorifiziert werden, auch sie brachten Tod und Elend genug, und mindestens einer der Partner oder freilich beide, mußten an dem Unheil Schuld gehabt haben, aber was heute Krieg heißt, hätte nur noch den Namen gemeinsam mit dem, was das Wort früher bedeutete. Der ehemals eindimensionale, d. h. der längs einer Frontlinie zwischen Bewaffneten sich abspielende Krieg ist zweidimensional geworden. Er spielt sich über der Fläche der kriegführenden Staaten ab, er richtet sich gegen die Wehrlosen, Kinder, Frauen, Kranke und Greise. Ein dritter Weltkrieg würde die radioaktive Verseuchung der Luft und durch den Regen der Erde und der tierischen und menschlichen Nahrung auch über die Grenzen der am Kriege beteiligten Staaten in die evtl. noch neutralen Länder tragen und über die Gegenwart hinaus durch Keimschädigungen in eine unabsehbare Zukunft, falls ein Teil der Menschheit wenigstens den Krieg selbst noch überlebte. Angesichts dieser Gefahr gilt es als sittliche Verpflichtung festzustellen: Krieg ist immer ein Gewissenskonflikt gewesen, denn er bedeutete immer die Tötung persönlich unschuldiger Menschen, er könnte als „gerechter" Krieg nur gerechtfertigt werden im Fall der Verteidigung als kollektive Notwehr, oder allenfalls als einziger Weg, um einem unzweifelhaften Recht zum Sieg zu verhelfen. Aber eine s o l c h e Rechtfertigung hat ihre Grenzen mindestens durch zwei Bedingungen: daß der Krieg nicht zu einem Schlachten von Wehrlosen wird und daß er nicht selbst ein größeres Übel ist als das, das durch ihn vermieden werden soll. Ein Krieg mit nuklearen Waffen, die heute eingesetzt würden, mit deren Einsatz jedenfalls zu rechnen ist, würde sicher die grausamste Massenvernichtung Wehrloser bedeuten und könnte die Selbstvernichtung beider Teile bedeuten, könnte, selbst wenn er nicht zum Untergang der kriegführenden Generation führt, die unverantwortlichsten Folgen für die noch nicht Geborenen haben; wenn man dafür den experimentellen Beweis abwarten wollte, könnte es zu spät sein, wäre es wahrscheinlich zu spät. Unter diesen Umständen ist sicher die erste Forderung für die Menschheit heute: alles zu tun, um dieser Gefahr vorzubeugen, und das würde zweierlei heißen: 1. die E i n s t e l l u n g j e n e r A t o m b o m b e n v e r s u c h e, die vielleicht jetzt schon, und sei es auch „nur" für einen „zufällig" von der Radioaktivität erreichten und betroffenen Bereich, eine nicht apodiktisch vorauszusehende, aber mindestens schon ernsthaft in Betracht zu ziehende Gefahr bedeuten. Es steht außer Zweifel, daß die Einstellung von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung aller Länder der Erde gefordert wird; 2. die grundsätzliche B e r e i t s c h a f t z u e i n e m V e r z i c h t auf den Einsatz nuklearer Vernichtungswaffen, damit aber in Konsequenz zu einem Verzicht auf den „zweidimensionalen" Krieg, und, damit dieser Verzicht von allen Seiten akzeptiert wird, die grundsätzliche B e r e i t s c h a f t z u e i n e r k o n t r o l l i e r b a r e n, s c h r i t t w e i s e n A b r ü s t u n g. Der Weg mag schwierig sein, aber der gute Wille dazu ist sittliches Postulat ersten Ranges für die Politiker aller Länder. Zu diesem jetzt schon unverzüglich einzuschlagenden Weg gehört jedenfalls ein Doppeltes: die grundsätzliche Bereitschaft im Falle des Scheiterns von Verhandlungen sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, das aus als unabhängig anerkannten Richtern besteht, — etwa Vertretern der Kirchen, der Wissenschaft, der Erziehung, der Parlamente und Regierungen aus „neutralen", an der Differenz unbeteiligten Ländern —; Bejahung eines solchen internationalen Schiedsgerichtshofes durch eine Magna Charta der Nationen, durch alle Organe der öffentlichen Meinung und alle Richtlinien für die Erziehung der heranwachsenden Generation; zweitens die Unterwerfung unter eine Erweiterung der vom Internationalen Roten Kreuz aufgestellten Normen: so wie immerhin das internationale Gewissen zusammen mit einem Rest der praktischen Vernunft wenigstens hinreicht, um als Bindung im Kriege die Respektierung des Lebens der Gefangenen, der Verwundeten, der Kranken anzuerkennen, so müßte unter diese Normen aufgenommen werden die Respektierung der Wehrlosen und der Ungeborenen unter Verzicht auf die Atombomben-

versuche und die damit verbundenen, schon beobachteten, aber unberechenbaren Gefahren.

Dies ist die wichtigste und dringendste Forderung von heute der Ethik nicht an die Technik, sondern an die Menschen und an die verantwortlichen Politiker aller Länder. Man sage nicht, sie sei illusionär, sie ist als Wille der überwältigenden Mehrheit der Menschheit Realität. Illusionär wäre die von militärischen Seiten verschiedener Staaten immer wieder zu hörende Forderung der Ausrüstung der Armeen ihrer Länder mit sogenannten modernsten Waffen. Schon wenn diese auch nur erprobt werden sollten in Experimenten, so würden die radioaktiven Gefahren ohne Zweifel jene Toleranzdosis weit überschreiten, auf die heute immer noch als Entschuldigung Bezug genommen wird, obwohl durch sie die wahre Gefahr schon heute nicht getroffen wird.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Dogmen und Perspektiven

Leben in einer neuen Epoche?

Der Bundeskanzler hat zum dritten Male vor einem neugewählten Parlament eine Regierungserklärung abgegeben. Wie zu erwarten war, brachte sie keinerlei Überraschungen. Einige Ministersessel sind neu verteilt worden, aber sonst ist alles beim alten geblieben. Der Bundeskanzler bestimmt laut Verfassung die Richtlinien der Politik. Und diese Politik liegt seit acht Jahren unverändert fest. Sie ruht auf dem Fundament unbeirrbarer Glaubenssätze und bedarf daher keiner Korrekturen. Was sich auch immer auf dieser Erde zutragen mag, — unser politisches Weltbild ist nicht zu erschüttern.

An jenem 29. Oktober, dem Tage der Verkündigung des Regierungsprogramms, wurde die Erde weitere sechzehnmal von dem ersten künstlichen Mond umkreist. Der Vorstoß in den Weltenraum ist gelungen, und er gelang den Russen. Wir stehen in einer Zeitenwende, die ohne Beispiel in der Geschichte ist. Sie stellt höchste Anforderungen an die Wandlungsfähigkeit des menschlichen Denk- und Vorstellungsvermögens.

Unsere bisherigen Begriffe von Zeit und Raum sind überholt; unsere politischen und militärischen Schemata passen nicht mehr. Der Abschuß des ersten Satelliten hat das Absurde der Teilung dieser kleinen, menschenbewohnten Erde in zwei feindliche Lager offenbar gemacht. Seit dem 4. Oktober leben wir im „planetarischen Zeitalter". Vor der Menschheit eröffnen sich unerhörte Perspektiven. Noch innerhalb der Legislaturperiode dieses dritten Bundestages werden wir sicherlich Zeugen von Ereignissen sein, die wir bisher in den Bereich phantastischer Spekulationen verwiesen haben.

Doch für Bonn hat sich nichts geändert. Das Bild, das der Kanzler von der politischen Weltsituation entwarf, wäre schon 1953 nicht mehr zeitgemäß gewesen. In unserer Gegenwart wirkt es vollends antiquiert. Aber wir werden uns, wenn es nach dem Willen des Bundeskanzlers geht, noch einmal vier Jahre auf den eingefahrenen Geleisen unserer Außenpolitik bewegen und die Weichenstellung aus der Ära des Koreakrieges beibehalten. Mahnend und beschwörend entwarf der greise Kanzler eine Art politisches Testament, in dem er die Sowjetunion mit allen Zügen einer modernen civitas diaboli ausstattete und einen Appell an die Völker des Westens richtete, sich noch enger zusammenzuschließen. Wir haben es in der Regierungserklärung erneut vernommen: Unser außenpolitischer Kurs war richtig, ist richtig und wird richtig sein. Nichts soll uns von unserm Weg abbringen. Weil wir ihn gehen, führt er uns mit Sicherheit zum Ziel. Und das Ziel ist nach wie vor das gleiche: Der Westen muß so stark werden, daß die Sowjets sich erschrocken zurückziehen. Die „Verpönung des Wortes von der Stärke des Westens, zu der auch wir beitragen müssen", soll endlich „verstummen", denn nur die Politik der Stärke wird die Sowjetunion „entmutigen und friedenswillig" machen, d. h. zur Kapitulation vor der westlichen Vorstellung bewegen.

Wir kennen diese These seit langem. Sie entstammt der Kreuzzugsideologie des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles und ist vor einigen Jahren in Bonn

zum politischen Dogma erhoben worden. Inzwischen ist viel geschehen, und das Dogma hat sich nicht bewahrheitet. Daß es just in dem Augenblick wieder in den Vordergrund geschoben wird, da die Sowjetunion höchst eindrucksvoll ihre technische Überlegenheit demonstriert, müßte uns in Verwunderung versetzen, hätten wir uns nicht schon längst an die hilflose Unbeweglichkeit der Bonner Außenpolitik gewöhnt. Hinter Rußland stehen 600 Millionen Chinesen. Die Sowjets vollbringen aufsehenerregende Leistungen in der Wissenschaft und Technik. Sie haben mit der Entwicklung der Interkontinentalen Rakete das militärische Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verschoben. Aber das alles paßt nicht in das „realistische Bild der außenpolitischen Lage der Bundesrepublik", das der Bundeskanzler vor den Vertretern des Volkes entworfen hat; denn mit des Kanzlers eigenen Worten ist die „westliche Welt, gemessen an ihrer Menschenzahl, ihrer geistigen Entwicklung, ihrem militärischen Potential dem ihr gegenüberstehenden Ostblock erheblich überlegen".

Das Dogma erlaubt es uns nicht, Schlüsse zu ziehen, die nicht mit ihm übereinstimmen. Wo kämen wir da hin? Wir würden in der Welt das gleiche traurige Bild der Verwirrung bieten, das wir in Amerika und in den Ländern unserer westeuropäischen Verbündeten zu sehen bekommen. Dort ist man sich nämlich schonungslos der Konsequenzen bewußt geworden, die sich aus dem Erscheinen des „roten Mondes" ergeben haben. Uns aber schützt das Dogma vor schmerzhafter Selbstkritik, vor bösen Ahnungen und bitteren Erkenntnissen. Wir halten es mit Christian Morgensterns Palmström: daß „nicht sein kann, was nicht sein darf", und so rücken wir uns die Wirklichkeit zurecht und schneiden sie auf unser Konzept zu.

Die „Sputnik-Krankheit"

In Amerika dagegen ist, wie eine große britische Sonntagszeitung mit unverhüllter Genugtuung feststellt, die „Sputnikitis" ausgebrochen. Aufgeschreckt und fassungslos starren 160 Millionen Amerikaner seit dem 4. Oktober dem sowjetischen Erdtrabanten nach. Sputnik, der russische „Weggefährte", hat sie aus dem Gleichgewicht ihrer Selbstzufriedenheit gebracht. Er hat ihnen das Gefühl der unerreichbaren Überlegenheit genommen und ihnen ihren Glauben an die Berufung zur Führung der Welt erschüttert. Der Senator Jackson nannte den erfolgreichen Start des russischen Satelliten „einen niederschmetternden Schlag gegen das wissenschaftliche, industrielle und technische Prestige der USA". In Wirklichkeit aber hat Sputnik nicht nur dem Ansehen der Vereinigten Staaten im Ausland geschadet. Er hat vor allem eine tiefgreifende Beunruhigung in der amerikanischen Öffentlichkeit ausgelöst. Man begriff jetzt plötzlich, daß man die Sowjets in unverantwortlicher Weise unterschätzt hatte. Der „rote Mond" ließ keinen Zweifel mehr daran, daß Sowjetrußland im Besitz der interkontinentalen Rakete ist und es damit für Amerika keine Sicherheit mehr gibt. Schlagartig wurde es jedermann klar: Das mit großem finanziellen Aufwand errichtete Luftstützpunktsystem in Europa, Afrika und Asien kann die USA nicht länger davor bewahren, im Kriegsfalle unmittelbar betroffen zu werden. Es galt Abschied zu nehmen von der Vorstellung, daß man bei einer militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion das eigene Land heraushalten und die kampfentscheidenden Aktionen vom Boden der Nato- und Seato-Staaten aus führen könnte. Der Ring von Atomwaffenlagern, den man um den sowjetisch-chinesischen Block gezogen hat, kann nun Amerika nicht mehr abschirmen. Die interkontinentale Rakete hat ihn entwertet.

Selten konnte es einem Europäer so deutlich werden, welche Funktion die amerikanische Öffentlichkeit den Ländern ihrer Nato-Verbündeten in einem Atomkrieg zugedacht hatte, als beim Studium der US-Presse nach Erscheinen des Sputnik. Ein weit vorgeschobener Verteidigungsgürtel der Vereinigten Staaten, Ausgangsbasis für atomare Kampfhandlungen, schlimmstenfalls auch Kriegsschauplatz — das ist der Sinn der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft von Amerika aus betrachtet. Aber seit Sputnik I das Vorhandensein weittragender Raketen in Sowjetrußland bestätigt hat, hat sich die militärische Situation grundlegend geändert. Der amerikanische Bürger begriff jetzt, daß die Vereinigten Staaten den Vorteil ihrer geographischen Lage verloren haben und daß dieser Verlust endgültig und irreparabel ist. Bisher war die Sowjetunion dank des amerikanischen Stützpunktsystems eingekreist und beim Einsatz von nuklearen Waffen — Langstreckenbombern und mittleren Atomraketen — viel verwundbarer als die USA.

Jetzt aber kann die Sowjetunion Städte wie New York, Washington, New Orleans usw. in direktem Beschuß vernichten. Selbst wenn Amerika ebenfalls interkontinentale Raketen entwickelt haben wird, kann es doch niemals mehr die geographischen Vorteile zurückgewinnen, die es so lange besessen hat. Härter als durch die Erkenntnis, daß Rußland die USA wissenschaftlich, technisch und militärisch überrundet hat, wurde der Amerikaner von der Einsicht des Verlustes seiner Sicherheit getroffen. Eisenhower sieht sich deshalb seit dem 4. Oktober heftiger Kritik ausgesetzt. Es gelang ihm nicht, die erregte Öffentlichkeit mit dem gewohnten Optimismus zu beruhigen. Man warf ihm vor, daß er sein Wahlversprechen, die „Teilung der Welt zu heilen", nicht rechtzeitig wahrgemacht und andererseits nichts unternommen habe, um die technische Überlegenheit Amerikas zu sichern. Man kritisierte die Rivalität der Waffengattungen bei der Entwicklung von Raketen und Satelliten. Man griff die Politik der Steuererleichterungen für das Großkapital an und errechnete, daß das ganze Raketenprogramm allein durch die Summe der verlorengegangenen Steuergelder zu finanzieren gewesen wäre. Aber man blieb nicht bei den Vorwürfen gegen den Präsidenten stehen. Weit schwerwiegender als diese Zweifel an der Richtigkeit der Politik Eisenhowers waren die Zweifel an der bisher als unantastbar betrachteten Gesellschaftsordnung. Ist die Demokratie westlicher Prägung im beginnenden planetarischen Zeitalter nicht einem totalitären Staat unterlegen? Braucht man nicht Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, staatliche Produktionssteuerung und planwirtschaftliche Maßnahmen, wenn man günstige Voraussetzungen für die beschleunigte Abwicklung eines Raketen- und Satellitenprogramms schaffen will? Können die Vereinigten Staaten in dem technisch-militärischen Wettlauf mit der Sowjetunion den Vorsprung der Russen überhaupt einholen, wenn sie nicht alle Kräfte konzentrieren und sich zu einer straffen Lenkung durch den Staat bekennen?

Diese und ähnliche Fragen sind seit dem 4. Oktober nicht mehr verstummt. Sie greifen die Lebenssubstanz der amerikanischen Demokratie an. Daß sie gestellt werden, läßt uns ahnen, wie stark der Sputnik-Schock gewirkt hat. Wenn man auch heute noch das politische und wirtschaftliche System der Sowjets als „Zwangsherrschaft" und „Diktatur" ablehnt, so ist doch nicht zu verkennen, daß ein staatlicher Zentralismus und eine gewisse Form der Planwirtschaft bereits vielen Amerikanern als Notwendigkeit erscheinen. Die Ernennung des „Raketen-Zars", eines mit ungewöhnlichen Machtbefugnissen ausgestatteten Koordinators für die gesamte Raketenproduktion, liegt schon ganz auf dieser Linie. Fast möchte man sagen: Nomen est omen! Daß die amerikanische Öffentlichkeit zur Bezeichnung dieses Amtes ausgerechnet auf den Titel des alten russischen Selbstherrschers verfiel, spricht für sich selbst.

Wir beginnen zu begreifen, was Pandit Nehru meinte, als er vor einigen Monaten sagte, daß die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland sich immer mehr angleichen und einander ähnlicher würden. Die Sowjetunion steht in einem Liberalisierungsprozeß. Die USA steuern auf einen zentral gelenkten Staat zu. Die Möglichkeit zum Ausgleich und zur Verständigung werden dadurch größer. In den Hauptstädten der westeuropäischen Verbündeten Amerikas spricht man offen von dem Dialog, der sich in absehbarer Zeit zwischen Rußland und den USA anbahnen könnte. Man weiß nicht, ob man ihn begrüßen oder fürchten soll. Aber man spricht wenigstens davon. Für Bonn gehört diese Möglichkeit jedoch zu den Dingen, die „nicht sein können, weil sie nicht sein dürfen". Sie sind daher tabu, und der Kanzler schließt sie einfach aus seinem Überblick zur politischen Lage aus.

Der amerikanisch-russische Dialog

In London und Paris ist man überzeugt davon, daß ein direktes Gespräch zwischen Chruschtschow und Eisenhower der wesentliche Beitrag zur Entspannung der internationalen Lage wäre. Chruschtschow hat seit zwei Jahren unablässig für dieses Gespräch geworben. Er hat bei jeder nur denkbaren Gelegenheit zu erkennen gegeben, daß er eine kriegerische Auseinandersetzung vermeiden und zur Koexistenz mit Amerika kommen möchte. Es geht ihm dabei eindeutig um die Sicherung einer gewissen Zeit gemeinsamer Weltkontrolle durch die „Großen Zwei". (In dieser Phase der Koexistenz können die beiden Wirtschaftssysteme in „friedlichen Wettbewerb" treten; denn hierin erblickt Chruschtschow die einzige reale Chance für eine Weiterentwicklung der kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, und er macht kein Hehl daraus, daß er

an ihrem endgültigen Sieg nicht zweifelt.) Sein unmittelbares diplomatisches Ziel ist daher ein Zweiertreffen, das er immer wieder vorschlägt. Warum fürchtet man in den westeuropäischen Hauptstädten diese Möglichkeit, wenn man sie gleichzeitig als sicherstes Mittel zur Entspannung beurteilt?

Bei einer russisch-amerikanischen Übereinkunft, wie sie Chruschtschow vorschwebt, würden sich die beiden Weltmächte über die Köpfe der Europäer hinweg verständigen. Das amerikanische Interesse an Westeuropa würde erheblich sinken, und die jetzigen Nato-Staaten wären politisch, militärisch und wirtschaftlich sich selber überlassen. Im Hinblick auf die französischen Sorgen in Algerien oder die britischen Probleme in den Ölländern des Nahen Ostens würde sich die Auflösung eines durch Amerika gestützten Militärblockes für diese Staaten höchst unangenehm bemerkbar machen. Bisher konnte man in der Gewißheit Politik machen, daß jeder große Angriff auf einen Verbündeten der USA von Amerika mit einem sofortigen atomaren Gegenschlag beantwortet wird. Das jedenfalls war der Sinn der These von der „massiven Vergeltung", durch die Dulles den westlichen Militärblock zusammengeschmiedet hat.

Aber jetzt hat er sie selber fallen lassen; denn seit die Sowjets die Fernrakete besitzen, können die USA nicht mehr mit der „massiven Vergeltung" drohen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, daß die Russen ihnen eine entsprechende Antwort erteilen.

Mit der Preisgabe der „Vergeltungsthese" wurde ein wesentliches Hindernis für die russisch-amerikanische Verständigung abgebaut. Das Entsetzen bei den Nato-Verbündeten war daher groß. Sie sahen schon die Amerikaner aus Europa abziehen. Und so beruhigte Präsident Eisenhower seine Alliierten, indem er ihnen versicherte, die Vereinigten Staaten würden nichts unternehmen, ohne den Nato-Rat zu verständigen.

Wie lange braucht Amerika die Nato?

Aber die Verbündeten konnten sich mit solchen Erklärungen kaum trösten lassen; denn während Sputnik I mit aufregender Regelmäßigkeit seine Bahnen um die Erde zog, begann man langsam zu begreifen, daß Amerika Westeuropa nur so lange braucht, wie es noch nicht im Besitz der interkontinentalen Rakete ist. Die USA sind gegenwärtig noch auf die Nato-Stützpunkte angewiesen, weil sie nur über Raketen mittlerer Reichweite verfügen. Bei einem Rückzug aus Europa würde sich demzufolge das militärische Kräfteverhältnis weiterhin zuungunsten Amerikas verschieben. Die Vereinigten Staaten werden sich also von der „Einigkeit des Westens" und von der „atlantischen Gemeinschaft" nicht eher trennen, bis sie in der Entwicklung der ballistischen Geschosse mit der Sowjetunion gleichgezogen haben. Und das dürfte auch der treibende politische Gedanke für die Mammut-Westblockpläne sein, die auf den nächsten atlantischen Konferenzen im Dezember und im Januar heranreifen sollen.

Und wenn Washington im Augenblick das Angebot des Kremls noch nicht annehmen kann, so liegt es nur daran, daß das Selbstbewußtsein der Amerikaner es nicht erträgt, unter ungünstigen Voraussetzungen mit den Russen zu verhandeln.

Aber daß Amerika sich nicht durch seine Verbündeten daran hindern lassen wird, zum eigenen Vorteil mit Rußland zu verhandeln, darüber ist man sich zumindest in London klargeworden. Man begriff dort auch zuerst, daß ein „Super-Yalta" zwischen Washington und Moskau alle westeuropäischen Staaten ungeachtet ihrer glorreichen, historischen Großmachtvergangenheiten zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilen würde. Und da man trotz der Sputniki und Weltraumperspektiven in Westeuropa anscheinend nur in den veralteten machtstaatlichen Begriffen des 19. Jahrhunderts denken kann, wußte man auch nur einen Weg aus diesem Dilemma: die atomare Aufrüstung der Nato-Staaten! Sie soll den Westeuropäern politisches Gewicht geben, wenn Amerika sich auf seinen Kontinent zurückziehen sollte. „Wenn die Verteidigungsanstrengungen Westeuropas in dieser Weise belebt werden, braucht man den russisch-amerikanischen Dialog nicht mehr zu fürchten", schrieb der Leitartikler der weitverbreiteten und hochangesehenen britischen Wochenzeitung „Observer".

Und die Bundesrepublik?

In London kann man sich vormachen, daß die atomare Aufrüstung oder die britisch-amerikanischen Kooperation in der Herstellung der Raketen Großbritannien den Schein der Macht verleiht, den es braucht, um sich als Mitte seines Commonwealth zu behaup-

ten. In Paris kann man vielleicht mit der atomaren Aufrüstung eine letzte, wenn auch schwache Hoffnung auf die Rückgewinnung des verlorenen Prestiges in den Kolonien verbinden. In beiden Hauptstädten gibt man wenigstens offen zu, daß man als Westeuropäer noch eine Rolle in der Welt zu spielen hofft, falls die amerikanisch-russische Verständigung Wirklichkeit wird.

Aber was sagt man in Bonn? Von den auf der bevorstehenden Pariser Nato-Konferenz zu verhandelnden Problemen der atomaren Aufrüstung deutet der Kanzler in seiner Regierungserklärung nichts an. Er gibt nur zu verstehen, der Westen müsse „eine klare konsequente gemeinsame Politik entwickeln, in die sich die waffentechnischen Fortschritte (!) einordnen lassen".

Welche guten Gründe könnten wir auch für eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr anführen? Daß Amerika und Rußland sich über Westeuropa hinwegsetzen und einigen könnten, kann bei uns nicht als Problem in die politische Diskussion eingeführt werden. Müßten nicht breite Kreise des Volkes daraus schließen, daß die Sowjets gar nicht so kriegslüstern sind? Eine solche Konsequenz aber würde der Bonner Außenpolitik die Grundlagen entziehen. Das Rußlandbild des Kanzlers verlöre seine beschwörende Kraft, die Nato-Mitgliedschaft ihre zwingende Notwendigkeit. Es bleibt daher nur das alte Mittel: die Sowjets als „militärisch aggressive Macht" zu verurteilen und daraus die Dringlichkeit „der Zusammenfassung aller Kräfte der freien Welt unter einer energischen und gleichzeitig ruhigen und weisen Führung" abzuleiten. (Daß diese Führung „nach den gegebenen Verhältnissen in den Händen der Vereinigten Staaten" liegen muß, kann man einsehen, wenn man bedenkt, wie sehr dem Kanzler daran gelegen sein muß, die Amerikaner möglichst lange in Europa festzuhalten. Daß aber die amerikanische Politik als „weise und ruhig" bezeichnet wird, dürfte in den Hauptstädten der anderen Nato-Verbündeten Erstaunen auslösen; denn dort ist John Foster Dulles wegen seiner „riskanten" und „unüberlegten" Äußerungen häufig getadelt worden.)

Vieleicht hoffte der Kanzler, mit dem Bild vom militärisch aggresiven Rußland in der Bundesrepublik den Boden für die Akzeptierung der Atomausrüstung zu bereiten. Es wird nicht mehr lange dauern, bis er uns vor diese Frage stellen wird.

Welcher Bundestagsabgeordnete könnte der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr zustimmen, wenn der Bundeskanzler die Möglichkeit der russisch-amerikanischen Verständigung in seine Betrachtung zur Weltlage eingeschlossen hätte? Wir haben kein Commonwealth, das wir zusammenhalten müssen, und kein Algerienproblem. Wir können also nicht einmal mit Scheingründen dieser Art argumentieren. Unser Problem heißt Wiedervereinigung. Und das wird durch die atomare Aufrüstung nicht gelöst.

Peter Nellen, MdB

Politik vor atomarem Horizont

(Fortsetzung und Schluß des Beitrages aus Heft 10/1957)

Man muß schon ernsthaft an sich halten und wirklich entschlossen sein, ohne gegenseitige Verketzerung und Diffamierung den atomaren Hintergrund der heutigen Weltpolitik zu betrachten, wenn man die ausgewählten Reden J. Robert Oppenheimers verständig und kritisch würdigen will. Findet man doch Sätze, so entschieden geprägt wie: „Es gibt wohl nur eine Zukunftsmöglichkeit atomarer Entladungen, der ich mit einer Spur von Begeisterung entgegenblicken kann: die ihres militärischen Nicht-Gebrauches. Da an sich fast mit Sicherheit zu erwarten ist, daß sie in jedem totalen Krieg der Art, wie wir ihn letzthin selbst durchlebt haben, zur Anwendung gelangen, ist die Hoffnung, daß es nie wieder Kriege geben möge wie den letzten, nichts weniger als bescheiden. Wie aber steht es um die Verwirklichung solcher Hoffnung?"

Nach einer solchen Verwirklichung zu fragen, bedeutet in entscheidender Weise nicht, mit vagen Wunschbildern oder mit einem rationalen (in Wirklichkeit höchst unrationalen)

Pazifismus zu spielen, sondern e i n, ja, vielleicht sogar d a s Ziel der Weltpolitik ins Auge zu fassen. Oppenheimer gibt zu, „daß auf außenpolitischem Gebiet Anwendung und Notwendigkeit der Gewalt uns nicht fremd sind". Er versteht sie hier und heute, nach seinen besonders eindrucksvollen und beispielhaften Erfahrungen als höchst wahrscheinlich atomare Gewaltanwendung. Er bewahrt sich ihnen gegenüber ein „zähes Mißtrauen". Er „glaubt zu wissen und ist davon überzeugt, daß die außenpolitischen Ziele seines Landes sich auf die Dauer niemals durch Zwangsanwendung verwirklichen lassen" und sieht die westliche Welt auf „einzigartig sinnfällige Weise vor die Notwendigkeit der Wahl gestellt: der Wahl zwischen allgemeiner Verständigung oder dem Verfolgen von Geheim- und Machtpolitik. Gewiß pflegt man bisweilen auch zu erklären, daß schon das bloße Vorhandensein unserer Macht — ganz unabhängig von ihrer Ausübung — einer offenen und friedlichen Welt den Weg bereiten helfen mag — aber wie und auf welche Weise, das hat sich klar, greifbar und halbwegs überzeugend noch nicht aufzeigen lassen. Wir haben bisher unserer Vergangenheit, möglicherweise mit Recht, die Lehre entnommen, daß eine Politik der Schwäche ein Fehlschlag war. Aber wir waren noch nicht imstande, uns von der Zukunft beweisen zu lassen, daß nur eine Politik der Stärke uns retten kann."

Hier stehen wir wieder auf eine geradezu beklemmende Weise vor dem Problem des herkömmlichen Machtdenkens. Wir sind gebannt in den Teufelskreis jener Überlegungen, die vor dem Anbruch des Atomzeitalters Aufrüstung in Waffen und Anwendung ihrer letztlich entscheidenden Macht sinnvoll erscheinen ließen, im Hinblick auf eine Friedensordnung für die Überlebenden. Gerade das aber ist unübersehbar und erschreckend unwahrscheinlich, wenn nicht sinnlos geworden. Das gleiche Dilemma, um das auch v o n W e i z s ä c k e r s Bemühungen kreisen! Um nicht mißverstanden zu werden, können wir immer nur wiederholen, daß wir die sachlichen und besonders auch die menschlichen Schwierigkeiten der Politiker gegenüber einem solchen Dilemma, für das es nichts Ähnliches gibt, uns zu würdigen bemühen. Wir müssen aber verlangen, daß die Untergangsdrohung, die in eben diesem Dilemma steckt, nicht nur von den Politikern ständig gesehen, sondern auch ihren Völkern unverkürzt, realistisch demonstriert wird. Man kann das nicht, wie die Amerikaner sagen, den „intellektuellen Eierköpfen" überlassen, um deren immense Sachkenntnis und die weder durch Zorn und Eifer noch durch politische Sophistereien wegzudiskutierende Fähigkeit, auch politisch bedeutsamen Rat zu geben, mit dem Schlagwort: „Weltfremdheit", „Stubengelehrsamkeit", „zu optimistische Einschätzung des Gegners" um so leichter abzutun.

Das durch die bisherigen geschichtlich politischen Erfahrungen scheinbar unwiderlegbare Macht- und Rüstungsdenken täuscht nur eine Sicherheit vor, die längst nicht mehr vorhanden ist, und eröffnet, konsequent zu Ende geführt, einen Weg, dessen Endstation niemand anders als der politisch so ungewöhnlich erfahrene Pius XII. in seiner bekannten Weihnachtsbotschaft mit so düsteren Farben geschildert hat, daß sie nicht mehr zu weiteren Schrecken gesteigert werden können. „Unser aller Sache ist, dafür Sorge zu tragen, daß uns jede Zukunftshoffnung nicht darum abhanden kommt, weil wir uns im Gefühl des Vorauswissens als zu sicher fühlen, zu sicher auch in der Annahme, daß es eine Hoffnung nicht gibt." Wir dürfen nicht vor der makabren Untersuchung zurückschrecken, ob nicht in den Ideologien und Praktiken, auch führender westlicher Politiker, genau dialektisch zur sogenannten Sicherheit, eine Verzweiflung und ein resignierender Nihilismus steckt, der auch den letzten unentbehrlichen Rest von „Vertrauen" als Voraussetzung aller politisch-diplomatischen Aktionen aufgegeben hat und stattdessen den immer häufiger wiederholten Schritt bis an den Rand des Abgrundes für die heute allein mögliche politische Meisterleistung hält.

„Es wäre so unverantwortlich, zu behaupten, wie unsinnig, nicht zu hoffen, daß allein schon die Furchtbarkeit der modernen Waffen dem Kriege ein Ende bereiten werden. Es ließe sich nicht einmal mit gutem Gewissen behaupten, daß um der schlimmen Gefahr willen die Abschaffung des Krieges und die Aufrechterhaltung des Friedens heute das eine, unbedingte und letzte Ziel aller politischen Entscheidungen wäre. Es gibt im menschlichen Dasein noch anderes — Freiheit und Anstand und das Gefühl für Recht und für Unrecht —, das nicht ohne weiteres einem einzigen Endzweck zuliebe unterdrückt werden kann. Was wir uns jedoch vor Augen zu halten haben, ist die Tatsache, daß der Krieg heute bereits etwas völlig anderes ist — und in noch stärkerem Maße sein wird — als das, was er vor einem Jahrhundert war. Wir müssen die neue Sachlage wirklich als neu anerkennen, müssen ihr gegenüber etwas vom Verhalten eines Wissenschaftlers bekunden,

der nach Abschluß eines bestimmten Versuchs bemerkt, daß dessen Ergebnisse durchaus nicht denen gleichen, die er erwartet hat." Was Wissenschaftler — auch in der Politik fähig und berechtigt zu unentbehrlichem Rat — „nach Abschluß des Versuches" bemerkt haben, hat Oppenheimer bei anderer Gelegenheit formuliert: „Seitdem wir die Atombomben geworfen haben, wissen wir, was Sünde ist, eine Erkenntnis, die nie mehr von unserem Weg verschwinden wird." Hier bedeutet „Sünde" die historisch konkrete Möglichkeit eines Absinkens in totale Sinnlosigkeit, in den Paroxismus der Selbstzerstörung, in das chaotische Durcheinander, dessen finsterer Herrscher — gleich verlogen und zerstörerisch in der Verführung zu überheblicher Verwegenheit wie verzweifelter Schwermut — der Diabolos, der Teufel, ist. Man mag uns erlauben, wenn wir das dem Begriff „Sünde", den Oppenheimer hier einführt, hinzufügen.

Karl Jaspers' kleine Schrift über „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen", von ihm selbst nur als Vorstufe und Skizze eines als unerläßlich angesehenen größeren Buches betrachtet, möchten wir mit jenem Respekt gelesen wissen, den das deutsche Publikum diesem großen Philosophen und Geschichtsdenker schuldig ist. Nebenbei sei bemerkt, daß seine Ausführungen zugleich befrachtet sind mit unentbehrlichen Einsichten in Naturwissenschaft und Medizin, von denen er ursprünglich kommt.

Auch er geht davon aus, daß „die Atombombe ein grundsätzlich neues Ereignis sei, weil sie die Menschheit an die Möglichkeit ihrer eigenen totalen Vernichtung führt". Die Schrecken der Bombe auf Hiroshima und ihr schauerliches Ergebnis von 160 000 Toten sind inzwischen durch Versuche übertroffen, deren Energieentfaltung sie um das 600fache übertrifft. „Wir hören von den Sachkundigen mit völliger Bestimmtheit, daß es heute möglich ist, durch die Tat des Menschen die totale Zerstörung des Lebens auf der Erde herbeizuführen." Einstein setzte 1955 seinen gewichtigen Namen unter die Prognose: „Für den Fall einer massenhaften Verwendung von Wasserstoffwaffen ist mit dem plötzlichen Tod eines kleineren Teils der Menschheit und mit qualvollen Krankheiten und schließlichem Absterben aller Lebewesen zu rechnen." Und Jaspers fügt hinzu: „Dies ist heute der erregende Tatbestand für die Zukunft der Menschheit, drohender als alles sonst. Bisher gab es wohl irreale Vorstellungen des Weltendes . . . Jetzt aber stehen wir vor der realen Möglichkeit eines solchen Endes, zwar nicht der Welt, nicht einmal des Planeten Erde, sondern des menschlichen Lebens."

Der politisch nächstliegende Gedanke ist die Abschaffung der Atomwaffen. Sie ist nur zuverlässig bei gegenseitiger Kontrolle. Ein weiterer Gedanke: „Auch wenn die Atombomben nicht abgeschafft sind, wird niemand es wagen, sie anzuwenden. Wenn eine Waffe notwendig beide Gegner vernichtend trifft, ist sie unanwendbar geworden." Der dritte Gedanke: „Weil der Atomkrieg unmöglich geworden ist, ist jeder Krieg unmöglich geworden, weil er für alle der Vernichtungskrieg würde, kann er nicht mehr entstehen. Die totale Bedrohung erzeugt die totale Rettung. Die äußerste Notsituation erzwingt die Formen politischer Daseinsgestaltung, die mit der Atombombe den Krieg überhaupt unmöglich machen."

Dagegen: „Weil die gegenseitige Kontrolle nicht zugestanden wird, findet eine fortlaufende Produktion der Atombomben statt." Selbst die sogenannten kleinen Kriege bedrohen die Großmächte durch die Gefahr des Weltkrieges: „Dieses Vorrecht der souveränen kleinen Mächte ist nur möglich, weil die Großen nicht einig sind in der Verteidigung des Rechts und der Verträge. Sie nützen vielmehr die Akte der Kleinen aus, um die eigene Machtposition gegeneinander zu erweitern oder zu behaupten. So wird die Atombombengefahr hineingezogen in die alte Politik der Schläue, der Drohung, der Düpierung. Man spricht es aus: gute Politik besteht darin, die Dinge bis an den Rand des Krieges zu treiben, ohne in ihn hineinzugeraten. Man appelliert propagandistisch an moralische Motive und versteckt in der Fülle ablenkender Argumentation den einfachen Machtwillen, der so als nicht existent behandelt wird. Kurz: Man will zwar die Atombombe nicht einsetzen, aber man hält sie als Drohung in der Hand. So ist das Ergebnis: Je mächtiger die Staaten durch die Bombe sind, desto mehr scheinen sie vorläufig gelähmt, während die Kleinen ihre Gewaltakte vollziehen. Die Großen wollen die Kleinen zum Frieden bringen, aber mit Hintergedanken . . . Sie ergreifen Partei und sind fast immer Partei gegeneinander . . . Es ist immer nur wie ein Hinausschieben des Weltkrieges, da jeder kleine Krieg verschleiert schon ein Krieg zwischen den Großmächten ist, birgt jeder in sich die Gefahr des Weltbrandes."

Als Gegensatz zu diesem innerlich ebenso widerspruchsvollen wie gefährlichen Zustand beschreibt Jaspers das Wesen einer echten, wirkungsvollen gegenseitigen Kontrolle und den Übergang vom Zustand beklagenswerter bloßer Koexistenz zum Zustand der Kooperation: Einblick in alle Verhältnisse, freiwillige Einschränkung der Souveränität, wirksame Kontrollinstanz, Unmöglichkeit der Willkür zum Vertragsbruch. Alle diese Prinzipien werden heute faktisch verworfen und pflegen ein Lächeln zu erregen. Wie weit wir von der Anerkennung dieser Prinzipien entfernt sind, sei an einem Beispiel erläutert: „Absolute Souveränität und Nichteinmischung müssen heute in der Not nur darum gelten, weil so der unfehlbare Mißbrauch der Einmischung verhindert und der Krieg verschoben wird . . . Unter rechtlichem Maßstab sind die Ansprüche absoluter Souveränität und der Nichteinmischung identisch mit dem Anspruch, selber Unrecht tun zu dürfen. Was heute von den Staatsmännern für den Frieden getan wird, ist nur der Versuch, hinauszuschieben. Was so geschieht, hat von jeher Atempausen geschaffen, kostbare Atempausen im Gang des weiterschreitenden Unheils. Jetzt steht mehr auf dem Spiel. Wenn diese Atempause nicht, statt Atempause im immerwährenden Krieg, vielmehr endgültige Atempause wird, dann ist wahrscheinlich das Leben der Menschheit verloren und die uns vorstellbare Geschichte zu Ende."

Jede Art von Beruhigung ist heute von Übel. Dagegen steht die Grunderfahrung unserer Zeit, daß wir in Gedanken vorweggenommen haben, was uns unmöglich erschien, oder wir haben das weggeschoben in eine nicht ernst genommene Zukunft. Aber gerade von dem, was wir bisher übersehen, geleugnet, als zu schrecklich, für unmöglich gehalten haben, ist vieles eingetreten. Jaspers verweist auf den ersten Weltkrieg und auf den Nationalsozialismus. Die Atomenergie, von der wir zuerst als Theorie hörten, ist heute Realität. „Wie wir auf die reale Möglichkeit durch Gedanken und Tat antworten, entscheidet über Tod und Leben der Menschheit. Die Situation erzeugt eine Verantwortung, die nur bei vollkommener Aufrichtigkeit zum Bewußtsein kommen kann." Offen gestanden, deswegen allein halten wir die Anzeige seines kleinen und gewichtigen Buches, wie auch der anderen, für notwendig. „Man muß zweifeln, ob Verträge und Institutionen ausreichen, das Unheil zu bannen. Sie werden eher zu Scheingebilden, hinter denen die Verstärkung der eigenen Machtposition und die Vorbereitung zum Äußersten stattfindet. Man arbeitet mit aller Energie an der Steigerung der Wirkungskraft der Atombomben, die das totale Sterben möglich machen . . . Der politische Weg bedarf einer anderen Führung, weil Torheit und Bosheit, die bisher begrenzte Folgen hatten, heute die ganze Menschheit ins Verderben reißen, verlangt die neue Situation eine hier entsprechende Antwort." Hier kommen wir bei Jaspers an den entscheidenden Punkt. „Die über alles Politische hinaus liegende Antwort ist längst gegeben und oft wiederholt, seitdem die Propheten des Alten Testaments sie wagten und für immer lehrten . . . Erinnern wir nun an die größere Forderung, die die Situation heute mit nicht mehr überbietbarer Dringlichkeit stellt: unsere Gesinnung und Denkungsart, unseren sittlich-politischen Willen zu verwandeln. Mit geradezu erschreckender Monotonie, aber deswegen nicht weniger wahr, eindringlich und allein rettend sind wir wiederum aufgefordert, das historisch-politische Kalkül im Rahmen der bisherigen Erfahrungen mit der Macht und dem Einsatz der Macht hinter uns zu lassen. Seine Mittel reichen schlechterdings nicht mehr aus. Wer weiter leben und handeln, taktieren und finassieren will wie bisher, muß mit der konkreten Gefahr des Untergangs rechnen. Will der Mensch weiterleben, so muß er sich wandeln, denkt er nur an das Heute, so kommt der Tag, mit dem der Atomkrieg beginnt, durch den wahrscheinlich alles ein Ende hat." Die heute wirksamen politischen Vorstellungen und Kräfte reichen nicht weit genug, „wir sehen heute noch nichts von einem Wandel der Motive". Ein sehr ernstes Wort scheint an die westliche Welt und ganz besonders an die christlichen Politiker gerichtet zu sein — zumindest dürften sie es besonders ernst nehmen: „Wenn einer das Wunder der Verwandlung des sittlichen Menschen will und doch in der Welt mit aller Intelligenz am im Grunde gedankenlosen Weitermachen mitwirkt, dann mißbraucht er eine unverbindlich gewordene Formulierung zur Verschleierung und macht das Sittliche selber verdächtig."

Um die Paradoxie auf die Spitze zu treiben, sagt Jaspers: „Politisch wurde klar: nur der Weltfriede schließt die Atombombe aus. Zu meinen, auf die Dauer Kriege führen zu können ohne Atombombe, aber mit Einschüchterung durch die Atombombe, ist ein Wahn."

Am Anfang und am Ende steht die Frage: „Wo bleibt noch Vertrauen, ist noch ein Ver-

trauen möglich, aus dem gehandelt wird?" Treiben wir notwendig und unaufhaltsam in den Abgrund? Der vernünftige Mensch weigert sich, diese Notwendigkeit zum Untergang anzuerkennen. Wir bestehen darauf, daß es letzten Endes entscheidend an uns liegt, was aus uns wird. Die heutige Situation erhebt einen geradezu schauererregenden Anspruch „an unser Vernunft oder an die Vernunft in ihrem ganzen Umfang und ihrer Tiefe, die den guten Willen einschließt. Sie ist in der Welt das einzige und letzte, worauf wir uns gründen können . . . Heute kommt es für die Abwehr des totalen Unheils allein auf unser reales Tun, auf unsere gegenwärtige Vernunft an . . . Wenn mit der in der Menschheit entgegenkommenden Vernunft nicht mit Sicherheit zu rechnen ist, geschieht doch alles Gute im Vertrauen, auf vernünftige Menschen zu treffen."

Hier sind wir an einem entscheidenden Punkt und können nur oft Gesagtes wiederholen: Keine politisch-diplomatische Aktion kann auch nur mit der geringsten Aussicht auf Erfolg geplant, begonnen oder durchgeführt werden, wenn nicht eine Vorausgabe von Vertrauen von seiten derer erfolgt — der berühmte erste Schritt, mit Entschiedenheit und Vorsicht getan — die den tödlich bedrohlichen Weltzustand entzerren wollen.

Auch Thieleckes hierauf abzielende Äußerungen auf dem Hamburger Parteitag der CDU haben das Gleiche gemeint. Wir können unser Erschrecken darüber nicht verhehlen, daß seine ernsten Worte fast ohne Diskussion verhallt sind. Wir sind, gerade durch Jaspers belehrt und aufgeschreckt, noch weit erschrockener über die Redensart: Als Philosoph und Theologe mag er blendend sein, politisch liegt er schief. — Wie mag Jaspers ankommen? Wir verbieten uns selbst die Angst, er könne ungehört und unbeachtet bleiben. Die Sorge bleibt uns.

Pacual Jordans kleine Schrift „Wir müssen den Frieden retten" können wir nur mit Erstaunen und Befremden anzeigen. Jordan erinnert an den Rausch der Begeisterung von 1933, dem keine Vernunft mehr Widerstand leisten konnte, und glaubt damit die Stimmung im Frühsommer 1957 charakterisieren zu dürfen, der wiederum „jede Vernunft, jede Sachlichkeit verdächtig und unerwünscht ist". Er nennt es himmelhohe Versprechungen des Göttinger Manifestes: „Wenn die Bundesrepublik unbewaffnet bleibt, ist sie am besten geschützt." Er spricht von himmelhoher Begeisterung und von einem ungeheuer billigen, keinerlei Anstrengungen fordernden Ausweg. Er warnt das deutsche Volk vor den Ratschlägen des „Göttinger Manifestes" und kommt zu dem Urteil, daß die Sache des Friedens durch dieses Manifest nicht gefördert, sondern im Gegenteil geschädigt worden sei.

Wir verschließen uns nicht den Überlegungen über das Problem einer beiderseitigen, echt kontrollierten Abrüstung und einer Bannung der Atomwaffen, und wir werden uns niemals weigern, auf Grund der Erfahrungen mit dem System des Kremls realistische Vorsicht walten zu lassen und immer wieder zu empfehlen. Jordans Schilderungen aber sind uns einfachhin zu sehr schwarz-weiß. Sie werden der gegenseitigen Verstrickung der beiden großen Führungsmächte in der Welt nicht gerecht. Was schlimmer ist: Wir vermögen in einer solchen Haltung keinerlei Möglichkeiten des politisch-diplomatischen Gesprächs zu erkennen. Die Ausführungen über die Gefährlichkeit der bis jetzt schon durchgeführten Atomwaffenversuche müssen wir der wissenschaftlichen Kontroverse überlassen. Man könnte eine Wolke von Zeugnissen gegen Jordans Aufstellungen zusammenballen. Die weltweiten Besorgnisse können aber nicht damit weggeblasen werden, daß man behauptet, „die in der Bundesrepublik ausgebreitete Atompanik gehört zu den Trumpfkarten der Sowjetpolitik".

Zeit und Umstände des Göttinger Manifestes erklärt Jordan mit der schlichten Unkenntnis der weltpolitischen Lage. Er geht zum Angriff über: „Für die Beurteilung ernster politischer Tagesfragen sind die Atomphysiker im Durchschnitt weniger zuständig und befähigt als der durchschnittliche demokratische Staatsbürger. Denn dieser liest immerhin aufmerksam die Zeitung, um sich über das politische Geschehen auf dem Laufenden zu halten. Dagegen kenne ich hervorragende, international berühmte Wissenschaftler, die fast niemals eine Zeitung lesen, weil ihnen ihre Zeit dafür zu kostbar ist . . . Aber wenn aus solcher unpolitischen Einstellung heraus dann auf einmal weitreichende politische Akte unternommen werden, dann ist wirklich die ganze Naivität gutgläubiger Deutscher erforderlich, um in solchen Akten höhere Weisheit zu sehen . . . Man muß zugeben, daß das Manifest nicht ein Ausdruck der Weisheit, sondern ein Ausdruck der Verwirrung ist." Soweit P. Jordan. Dazu bleibt nicht viel zu sagen übrig. Man stelle diese Ausführungen dem gegenüber, was über Weizsäcker, Oppenheimer und Karl Jaspers zu berichten war. Statt aller Kritik im einzelnen soll nur angemerkt werden, daß Jordans Ausführungen

schlechterdings nicht dem genügen, was wir die notwendige und allein hinreichende sachliche Information und die achtungsvoll geführte Diskussion existenzentscheidender Fragen nennen. Eifervolle Behauptungen sind leider noch kein Beweis darfür, daß der Verfasser über jene politische Urteilsfähigkeit verfügt, die er in Bausch und Bogen dem Göttinger Manifest und seinen Verfassern abspricht.

Die in den hier angezeigten vier Schriften ernst und zum Teil qualvoll vorgelegten Probleme dürfen und können nicht im engen Diskussionskreis der Fachgelehrten bleiben. Sie sind von brennendem öffentlichen Interesse. Am wenigsten können sie durch die Frage der Opportunität abgebogen werden. Die demokratischen Staatsbürger vom Wähler bis zum Mandatsträger und zum Inhaber eines höchsten Regierungsamtes haben das Recht bzw. die Pflicht zur Information und damit zur Diskussion. Nur so können lebenswichtige Entscheidungen gefällt bzw. anerkannt werden.

Dr. Werner Otto von Hentig

Wunschbild und Wahrheit

Lassen Sie mich mit einer wahren Geschichte beginnen. Einer meiner Freunde, ein hervorragender Kenner des Landes, das damals noch Persien hieß, vertraut mit Geschichte und Sprache, mit Wesen und Politik des persischen Volkes, schrieb in jahrelanger Arbeit ein Buch über dieses Land. Er bot sein Werk einem bekannten Verleger an; da es jedoch in keiner Weise den gewohnten, teils sentimental-phantastischen, teils propagandistisch-politischen Vorstellungen entsprach, lehnte der Lektor es in dieser Form ab. Mein Freund rächte sich; er verkehrte eine Reihe von Tatsachen in das genaue Gegenteil. Das Lektorat war begeistert. Der Verfasser überließ ihm — wie er es von vornherein beabsichtigt hatte — das Manuskript nicht.

Im vorigen Jahr kam der indonesische Staatspräsident nach Deutschland. Eingeweihte wußten, daß er ein gewaltiger Volksredner sei, natürlich nur auf Indonesisch, im übrigen aber ein verkappter Neutralist — noch deutlicher: ein Kommunist. Als der theologische Vizerektor der Universität Heidelberg ihm den Dank der christlichen Kreise für den Schutz der Christen in Indonesien aussprach, glaubte sein indonesisches Gefolge nicht recht gehört zu haben; Toleranz war ihm stets selbstverständlich. Ein offenes Staunen gab es jedoch auf deutscher Seite, als der Gast aus dem fernen, warmen Lande nun seine Gedanken vortrug: Er tat es nämlich in der dialekt- und fehlerfreien Sprache eines gebildeten Deutschen. Hinzu kam, daß alles, was er sagte, aus dem Munde eines deutschen Staatsmannes hätte erklingen können. Keine Spur von Kommunismus war festzustellen. Die zuhörende studentische Jugend jubelte ihm zu.

Als Nehru sich den deutschen Journalisten stellte, standen sie bis auf den „Rheinischen Merkur" einhellig unter dem zwingenden Eindruck seiner Persönlichkeit. Und wie ging es ihren amerikanischen Kollegen mit dem ägyptischen Ministerpräsidenten Nasser? Die Gründe für seine nationale Haltung konnten nicht widerlegt werden. Sein Freimut überzeugte dabei ebensosehr wie seine Mäßigung; beides Tatsachen, die zahlreiche hohe anglo-amerikanische Besucher Nassers schon vor der Suezkrise feststellen konnten. Der angeblich bedrohte Verkehr durch den Suezkanal läuft nicht nur reibungslos, sondern ist sogar lebhafter geworden. Der Durchfahrt israelischer Schiffe durch die ägyptischen Territorialgewässer des Golf von Akaba sind keine Hindernisse in den Weg gelegt. Die angebotene Schiedsgerichtschaft des Haag ist in keinem Fall in Anspruch genommen worden. Die kommunistische Ideologie konnte in Ägypten nicht Fuß fassen.

Die Beispiele, daß Zweck-Unwahrheiten und falsche Vorstellungen in ernsthafte politische Überlegungen eindringen und daß diese sich eines Tages gegen uns kehren, ließen sich leicht vervielfachen. Einen brennenden Fall politischer Wahrheitsklitterung erlebten wir in diesen Tagen im Vorderen Orient. Da hörten wir laufend von der Bolschewisierung

Syriens, der man wegen seiner geographischen und dadurch politischen Schlüsselstellung entgegentreten müsse. Die sechste USA-Flotte dampfte eilends ins östliche Mittelmeer, Raketenkreuzer bezogen türkische Häfen, die türkische Nato-Armee nahm an der syrischen Grenze Aufstellung, Angriffsabsichten wurden behauptet — kurz, alle Teufel dieser Welt an die Wand gemalt. Was ergibt nun eine Erkundigung bei zuverlässigen Gewährsleuten an Ort und Stelle? Es erweist sich, daß die Syrer keineswegs sowjetisch gesinnt sind. Jedoch hat die erst ablehnende, dann offen feindselige Haltung der USA sowie deren Bevorzugung Israels Syrien veranlaßt, auf die dauernd vorliegenden Hilfsangebote Sowjetrußlands, die von politischen Bedingungen freigehalten waren, einzugehen. Hörte man im Westen von einer Legion von Instrukteuren und Technikern aus Rußland, die sich in Syrien befinden sollten, so betrug die tatsächliche Anzahl — mit Ausnahme eines allerdings starken Stabes der russischen Botschaft — etwa 150 Personen, also jedenfalls nicht mehr, als die USA ihren Lieferungen zur technischen Einführung mitzuschicken pflegen. Es wäre zudem sehr leicht gewesen, in Bonn zu erfragen, wie die Dinge wirklich liegen. Seit Jahren hat Syrien dort einen Botschafter — bisher nur in Westdeutschland. Vor einigen Monaten sprach dieser auf Veranlassung des Industrie- und Handelstages zu führenden Vertretern von Politik und Wirtschaft. Wieder erlebten wir ein Erstaunen der Zuhörer. Der Botschafter sprach in fehlerlosem Deutsch, nur mit kleinem, anheimelndem Wiener Anklang. Der syrische Standpunkt war — so stellten die Zuhörer fest — durchaus richtig, logisch und annehmbar. Syrien, das nüchternste unter den arabischen Ländern, konnte unter den weithin unbekannt gebliebenen realen Verhältnissen gar keine andere Politik machen, auch wirtschaftlich nicht. Es dachte nicht im entferntesten daran, sich zu bolschewisieren. Man könnte einwenden, daß ein Zögling des Theresianums eigene Gedanken und nicht die seiner Regierung vertrete, und daß man ihn nur wie Schükri K u w a t l i auf seinem Posten belasse, um den Westen zu täuschen. Die letzten Ereignisse haben bewiesen, daß dies nicht der Fall ist. Wir meinen die Ausweisung amerikanischer Diplomaten, die beschuldigt wurden, an einem Komplott gegen die neue Regierung, die diese Aufdeckungen wesentlich an die Macht brachten, beteiligt gewesen zu sein. Wir hörten von H e n d e r s o n s Verhandlungen in der Türkei, erlebten den türkischen Aufmarsch an der syrischen Grenze. Was mochte wohl dahinterstecken? Man sprach uns von syrischen Angriffsabsichten und kommunistischen Machenschaften. Das eine war unwahrscheinlich, das andere bestätigte sich nicht. Der türkische Aufmarsch an der Südgrenze wurde dann alsbald mit routinemäßigen Manövern erklärt. Sie müssen in diesem Jahr reichlich spät stattgefunden haben, besonders wenn man bedenkt, daß in den armenischen Gebirgen um diese Zeit schon recht unangenehme Schneefälle drohen. Amerikanische Zeitungen stellten später die türkische Bewegung als einen Gegenzug zu russischen Truppenansammlungen hin; aber irgendeine Bestätigung über solche Ansammlungen oder militärische Infiltrationen in Syrien konnten selbst amerikanische Korrespondenten nicht finden.

Mit Enttäuschung stellte die amerikanische Presse fest, daß die Türkei schwieg; sie schien sich nicht irgendwie bedroht zu fühlen. Wie mag nun aber dieses türkische Verhalten zu erklären sein? Erinnern wir uns: Im zweiten Weltkrieg griff die türkische Presse Deutschland immer wieder heftig an, und dies trotz der damaligen vorteilhaften wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland. Im Gespräch mit Türken meinten diese, daß man doch für die englischen Waffenlieferungen und Subventionen zum mindesten eine Schimpfkanonade loslassen müßte. Das Papier sei geduldig und diese Art, sich seiner Verpflichtung zu entledigen, weitaus die billigste und für Deutschland ungefährlichste.

Der letzte Wahlkampf in der Türkei hat sich vollzogen, ohne daß auch nur ein Wort über die Grenzbesetzung — oder nennen wir es die Grenzmanöver — gefallen wäre. Was die Türken heute brauchen, das wird auch von der amerikanischen Presse offen ausgesprochen, ist eine Anleihe von 300 Millionen Dollar, um damit aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszukommen und die zu schnell und künstlich geförderte Industrie wieder in Gang zu bringen. Die anderen politischen Ereignisse haben auf die Presse in Ankara keinen Eindruck gemacht. Das ist nur allzu erklärlich und bestätigt nur unsere Vermutung, daß die Türken weder an einen Krieg glaubten, noch aus eigener Initiative vorgegangen sind, sondern lediglich militärische Bewegungen vielleicht unter der Direktive, bestimmt aber unter dem starken Schutz der Vereinigten Staaten durchführten.

Muß der nicht etwas betreten sein, der eine Sowjethörigkeit Syriens und eine Bedrohung der Türkei annahm, ja vielleicht sogar an syrische Angriffsabsichten glaubte? Das

kleine Syrien will doch gewiß nichts von der Türkei, die gerade in diesen Tagen wieder so jammervoll darüber klagt, daß sie in ihrer schweren wirtschaftlichen Lage eine für ihre Verhältnisse gewaltige Armee von über fünfhunderttausend Mann unter Waffen und auf der Höhe der modernen Waffentechnik zu halten hat. Syrien hätte allenfalls Veranlassung, daß nur zu 30 % türkische Hatai zurückzuverlangen; aber hierauf besteht nicht die geringste Aussicht. Die türkische Stellung ist zudem geographisch äußerst günstig und fast uneinnehmbar. Hinzu kommt noch die starke Stütze, die gerade jetzt der USA-Außenminister Dulles ihr — im Gegensatz zu Mitteleuropa — in allen Fällen und mit allen militärischen Mitteln versprach. Oder sollte diese Hilfe deshalb so willig und in solchem Umfang angeboten sein, weil man auch hier nur kalt Krieg führte und mit einem Ernstfall nicht rechnete?

Fragt man in diesem Zusammenhang, warum die von Saud angebotene Vermittlung nicht von Syrien angenommen wurde, während die Vereinigten Staaten und die Türkei ja keinen Einwand dagegen zu haben schienen, so gibt es eigentlich nur eine einigermaßen begründete Vermutung. Syrien hatte das stärkste Interesse, die Angelegenheit vor dem Forum der Vereinten Nationen aufgeklärt zu sehen, während dieser Wunsch bei den von den Vereinigten Staaten bestimmten Kräften nicht groß war und man die Angelegenheit lieber unter sechs Augen, entweder mit König Saud oder Hammarskjöld, erledigt gesehen hätte.

Wie stellen sich nun die ganzen Nahost-Schwierigkeiten — und hier beziehen wir uns wieder auf amerikanische Quellen — von Ägypten aus dar? Ein Eindruck ergibt sich von selbst und vor allem voraus, und dieser entspricht zugleich dem aller Araber: Der eigentliche Kampf spielt sich gar nicht zwischen arabischen und dritten Kräften ab, sondern im eigentlichen nur zwischen den beiden großen Machtblöcken, die sich auf dem nicht allzu gefährlichen Kampfgrund des Vorderen Orients aneinander messen. Alle Araber stehen, auch bei entgegengesetzten innerpolitischen Auffassungen, in einer Linie, wenn es sich um die Front gegen äußere Einmischungen handelt. Das ist die Erklärung dafür, daß König Saud und Nasser sich wieder fanden, als es klar wurde, welche Folgen die Eisenhower-Doktrin auch für König Saud haben konnte. Die arabische Welt wehrt sich dagegen, gewissermaßen das Pulverfaß zu sein, in das Dritte einen Funken schleudern, um sich gegenseitig zu bekriegen. Hätte König Saud in einem solchen Augenblick die ihm in Washington nahegebrachte Auffassung vertreten, so hätte er sich für die ihm zugedachte und von ihm übernommene Vermittlerrolle unmöglich gemacht. Aus dem gleichen arabischen Gesichtspunkt erklärt sich auch, daß König Hussein seinen Gegnern im Lande, den Linksparteilern, wieder die Hand reichte. Das amerikanische Vorgehen im Falle Syrien hat König Saud veranlaßt, seine Stellung grundlegend zu ändern. War er aus Washington abgefahren, um seine Landsleute für Eisenhowersche Gedanken zu gewinnen, so mußte er nun auf die Dulles'schen wieder einmal zum Abgrund hinführenden Machinationen den Amerikanern zur Mäßigung raten. Auch Nassers Schritt, Truppen nach Latakieh zu senden, konnte er nicht mißbilligen, war dieser doch ein Zeichen dafür, daß man wirklich unter gemeinsamem Oberkommando einander zu stützen bereit war. Eine Gefahr, daß 1200 Mann Landungstruppen von türkischer Seite als besonders bedrohlich angesehen würden, lag offensichtlich nicht vor. So bleibt eigentlich nur noch die Frage, ob die Sowjetunion es mit ihren Erklärungen, sich mit voller Macht einer Intervention in Syrien zu widersetzen, ernst meinte. Chruschtschow meint es so ernst wie Dulles: reactio par est actioni. Wem kann man es verübeln, wenn er den Ring der strategischen Stützpunkte an seinen Grenzen mit politischer Wühlarbeit beantwortet? Die Araber aber mußten erkennen, daß sie nur Steine im politischen Schachspiel sind. Sie sehen sich nur der Möglichkeit gegenüber, ihre eigenen Streitigkeiten zeitweise zu vergessen und sich zusammenzuschließen.

Von Washington her macht sich die Politik der Vereinigten Staaten gar nicht so bestimmt, wie das deutscherseits verbündeterweise angenommen wird. Nach einer Überschrift in der New York Times vom 20. 10. 1957 suchen die Vereinigten Staaten einen neuen Kurs und wissen nicht recht, wie sie dem sowjetrussischen Verhalten begegnen sollen. Zunächst einmal hat im Vorderen Orient die amerikanische Politik dazu geführt, sämtliche Araber gegen sie zu einen. Die Eisenhower-Doktrin hat sich als Bumerang erwiesen. Sie wurde eingesetzt in der Form einer Flottendemonstration und der Luftlieferung von Waffen an Jordanien, das ganz augenscheinlich nicht wußte, gegen wen sie es verwenden sollte. Wie die Dinge heute liegen, käme ein Einsatz eigentlich nur

gegen Israel in Frage. Von den arabischen Staaten aber hat keiner während der ganzen Entwicklung des Konfliktes um Hilfe in Washington nachgesucht, eine, wie wir uns erinnern sollten, jetzt allerdings kaum mehr erwähnte Voraussetzung für die militärische Hilfeleistung der USA. Zur Zeit spricht man nur von einer Verpflichtung, den Mittleren Osten gegen jede Art militärischer Angriffe seitens der Sowjets zu verteidigen. Die USA könnten heute lediglich, so meint man, den Staaten, die der UdSSR „entgegenzutreten" beabsichtigen, Waffen liefern und sie mit amerikanischen Streitkräften stützen. In dieser Lage schwankt Amerika zwischen einer festeren und nachgiebigeren Politik. So wird einerseits daran gedacht, Waffenlieferungen nach Syrien abzufangen, ebenso Waffenlieferungen durch die Luft zu verhindern. Dieser Ton allein, so heißt es, werde von den Russen verstanden. Andererseits möchte man, wenn man schon ein Vordringen russischer Interessen nicht verhindern kann, mit ihnen über eine Abgrenzung verhandeln. Das brächte allerdings die große Gefahr mit sich, daß die UdSSR sich in Syrien als dem Mittelstück auf dem Wege zum östlichen Öl festsetzt. An ein allgemeines Waffenembargo denkt man nicht gern, weil es ja die verbündeten Türken mittreffen würde. Mit einer ebenfalls erwogenen Unterstützung Israels aber würde man sich offen gegen die arabische Welt wenden. Die Hoffnungen, mit Israel Nasser aus der Nahost-Politik ausscheiden zu können, erfüllten sich nicht. Man sieht, die Vereinigten Staaten sind unentschlossen. Zusammen mit den eigenen Kritikern ist sich die Regierung der USA darüber einig, daß die bisherige Nahost-Politik völlig gescheitert ist und man eine neue suchen müsse.

Ein Volk, und zwar das stärkste des Westens, war wiederum einmal an den Abgrund des Krieges herangeführt worden, ohne es zu wissen, und ganz sicher, ohne es zu billigen. Allmählich fällt der Schleier, die Wahrheit tritt ans Licht. Lehren drängen sich uns auf. Die betrüblichste ist, daß für amerikanische Interessen, wo immer sie im Spiele sind, alle Waffen, einschließlich der Kernwaffen, eingesetzt werden sollen. Geringere Interessen — wie z. B. die Verhältnisse im heutigen Mitteleuropa — begründen nach letzten Erwägungen trotz aller entgegenstehenden Verpflichtungen ein solches Risiko der USA nicht mehr. Der Schluß, den wir gerade aus dieser so entscheidenden Erkenntnis ziehen müssen, ist, eine eigene, unseren und den europäischen Interessen angemessene Haltung mit jener Stetigkeit und Ruhe einzunehmen, die uns der Bundeskanzler mit Recht empfohlen hat. Möglichkeiten einer solchen Politik gibt es, und zwar gerade hier, außerhalb der militärischen Bündnis-Bindungen. Die Voraussetzung hierzu, wie bei aller Politik, ist aber, daß man sich an Wirklichkeiten hält und nicht an Wunschbilder oder Täuschungen.

„Setz den Helm auf!"

Wenn man unter der vielberufenen „modernen Menschheit" jene Völker versteht, deren Lebensform bereits überwiegend von der arbeitsteiligen Industriegesellschaft bestimmt wird, so offenbart sich die tiefe geistige Krise, in der diese Menschheit steckt, vor allem darin, daß zwischen dem allgemeinen Bewußtseinsstand und dem Erkenntnisgrad der Wissenschaft ein gewaltiger Riß klafft: während die Masse der Staatsbürger noch in Begriffen des neunzehnten Jahrhunderts denkt, ist die Technik mit ihrer Spitze bereits im einundzwanzigsten angelangt.

Ohne Zweifel könnte man eine ähnliche Diskrepanz für die meisten historischen Epochen nachweisen. Für unsere Zeit der allgemeinen Schulpflicht ist sie jedoch nicht nur hinlänglich beschämend, sondern in der Perspektive möglicherweise geradezu tödlich, wenn man beobachtet, wie die kühnsten naturwissenschaftlichen Errungenschaften im Waffenbau zu einem immer gewichtigeren Machtmittel der Weltpolitik gemacht werden.

Gerade wir Deutschen befinden uns da wieder in einer besonderen Gefahr. Infolge unzulänglicher Erziehungsmethoden neigen wir seit Generationen dazu, politische Tatbestände betont unpolitisch anzusehen und anzugehen. Viele nennen das „Romantik" — die einen mit einem lyrischen, die anderen mit einem verächtlichen Unterton. In bezug auf das Leben und auf die Kunst, das Leben zu erhalten, ist es jedoch in Wahrheit oft nur die vertrackte Neigung, den Erfordernissen und Konsequenzen des klaren Verstandes auszuweichen.

Den aktuellen Anlaß zu diesen Bemerkungen bilden Existenz, Einstellung

und Arbeitsweise des „Bundes-Luftschutzverbandes" (BLSV), Sitz Köln, einer bis jetzt noch auf der Basis der Freiwilligkeit wirkenden Organisation. Durch das Anfang September verkündete „Erste Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung" wurde sie gewissermaßen legalisiert. Sie möchte nun zu einer Volksbewegung werden, zu einer Massenorganisation, die ihr Ziel nicht darin sieht, einen künftigen Krieg zu verhindern, sondern die Bevölkerung glauben zu machen, daß sie sich vor den Auswirkungen eines künftigen Krieges zu schützen vermöge.

Die entscheidende Frage für uns aber ist: wird der zivile Luftschutz in einem kommenden Krieg überhaupt noch einen Sinn haben? Es wäre Narrheit, sich ihr zu nähern, ohne an einige Erfahrungstatsachen aus der Vergangenheit zurückzudenken. Großbritannien gibt jedenfalls heute nicht einen Shilling für „Luftschutz" aus, weil es ihn für nutzlos ansieht.

Der zivile Luftschutz Deutschlands war im zweiten Weltkrieg relativ gut durchorganisiert. Zwischen seinen Möglichkeiten und den tatsächlich zum Einsatz gekommenen Zerstörungswaffen bestand ein einigermaßen vergleichbares Verhältnis. Und trotzdem fielen dem Bombardement aus der Luft allein in Deutschland mehrere Millionen Menschen zum Opfer. Jeder Krieg hat uns bisher noch gelehrt, daß der Vernichtungs- dem Rettungsgedanken immer um mehrere Längen voraus war. Die Opfer des zweiten Weltkrieges wären zudem um ein Vielfaches höher gewesen, wenn die Gegner die effektiv vorhanden gewesenen chemischen Waffen ebenfalls eingesetzt hätten. Daß der zivile Luftschutz nicht schon damals ein vollständiges Desaster erlebt hat, ist nur der Zurückhaltung der kriegführenden Parteien vor dem Äußersten zu verdanken. Ansonsten wäre die Ausbeute des Todes bereits unbegrenzt gewesen.

Was hätten wir in einem künftigen Krieg zu erwarten? Die Tatsache, daß beide deutsche Staaten in zwei gigantische, einander hochgerüstet gegenüberstehende Militärblöcke eingebaut sind, macht es — wie die Dinge heute liegen — so gut wie sicher, daß selbst ein Konflikt zwischen Bundeswehr und Volksarmee über kurz oder lang zu einem Weltkrieg ausartet. Von einem solchen aber zu erwarten, daß er abermals nicht mit den neuesten, wirkungsvollsten Waffen ausgetragen, sondern daß er sich noch einmal mit einer Zerstörung zweiten Grades begnügen würde, wäre absolut heillos; jeder Mensch, der darauf setzt, ist ein klinischer Fall. Vielmehr würden die „konventionellen" Waffen — zu denen auch die mächtigsten Langstreckenbomber gehören — nur noch die Rolle haben, „auszuputzen", was die mit Atom- und Wasserstoffbomben ausgestatteten Raketengeschosse übriggelassen haben. Diese aber haben ihren Schrecken vor allem auch darin, daß eine rechtzeitige Warnung der bedrohten Bevölkerungsteile praktisch unmöglich ist.

Glaubt jemand nach alledem dennoch, Luftschutz habe auch in einem dritten, radikalsten Weltkrieg noch einen Sinn, so muß er das vor seinem eigenen Gewissen verantworten. Unter welchen Bedingungen sich im Ernstfalle die ohne Zweifel schnell dezimierten und demoralisierten Schutztrupps vermutlich zu bewähren haben würden, davon vermittelt unter anderem Hans Helmut Kirsts soeben erschienenes Buch „Keiner kommt davon" einen Vorgeschmack; es ist zwar hanebüchen im Stil, aber als Vision der europäischen Apokalypse sollte es allen Menschen, ob hoch oder niedrig, mindestens eine schlaflose Nacht bereiten, nicht zuletzt den Funktionären und Mitgliedern des BLSV.

In einer periodischen Veröffentlichung des „Bundes-Luftschutzverbandes" wird die Behauptung verbreitet: „Es gibt keine Todeszonen — wenn Luftschutz betrieben wird." Das steht in gänsehauterzeugendem Widerspruch zu dem, was jeder Kernphysiker und jeder Generalstabsoffizier heute weiß und was Millionen und Abermillionen vernünftige Menschen auf der Erde ahnen. Mit Löschzügen demonstrativ durch das Land zu brausen — wie man es heute bereits macht — und der Bevölkerung, Schulkinder eingeschlossen, an Hand von brennenden Holzstößen die Chancen der Bekämpfung einer explosiven Kernspaltung vorzugaukeln; dem Volk weiszumachen, es brauche sich nur korporativ den Luftschutzhelm aufzustülpen und die Gegend in ein Panorama von Deckungslöchern zu verwandeln, dann sei das Allergröbste schon geschafft und die Hoffnung auf ein Überleben begründet, — das alles läuft auf haarsträubende, im Effekt verbrecherische Scharlatanerie hinaus, weil es erstens den moralischen Widerstand gegen den Krieg unterhöhlt, weil es zweitens die grauenvolle Wirkung der Kernwaffen verniedlicht, und weil es drittens den Wahn kolportiert, als werde es

auch in einem zukünftigen Kriege immer noch zum Teil auf alte Mannestugenden ankommen (auf die es im Grunde schon im ersten Weltkrieg nicht mehr ankam).

Darum fordern wir diesen „BLSV" auf, er möge gefälligst das, was er „aufklären" nennt, damit beginnen, daß er dem Volk zunächst einmal über die in Hiroshima und Nagasaki erwiesene Wirkung der Atombombe und über die nicht geringere Wirkung der „taktischen" Atomwaffen sowie über die wissenschaftlich errechnete Wirkung der Wasserstoffbomben, von denen zehn für die Vernichtung der Bundesrepublik genügen, klaren Wein einschenkt! Unterläßt er das, so macht er sich — ob er das will oder nicht — der Verschleierung und eventuell der Mitschuld an einer künftigen Katastrophe schuldig!

Was uns den „BLSV" besonders verdächtig erscheinen läßt, ist der schwärmerische Stil seiner Adepten. Da wird gelobt, man werde „treu, tatkräftig und begeistert" bei der Sache sein, und einer seiner agilsten Verfechter fordert, man müsse in dieser Angelegenheit das Herz mehr beanspruchen als den Verstand, um schließlich den äußerst problematischen Luftschutz geradezu zu heiligen mit Worten, deren Zungenschlag auf fatale Weise an die Mystifikationen der Nationalsozialisten erinnert: „Im Grunde hungern wir doch alle in dieser nüchternen Zeit nach einer großen Aufgabe, nach einer Idee!", schließt sein Aufsatz, den er „Setz den Helm auf!" überschreibt.

O gewiß, wir hungern nach einer guten Sache, das tun wir: Es ist die kristallklare, ganz nüchterne politische Idee, den Frieden zu erhalten. Darin können wir gar nicht genug Nüchternheit an den Tag legen! Die Caritas, wenns brennt, in Ehren, — aber:

Das größere Feuerwehrgenie bleibt immer die Hausfrau, die peinlich bemüht ist, in ihrer Küche einen zündenden Kurzschluß gar nicht erst entstehen zu lassen.

Lassen wir deshalb die Helme des „BLSV" beiseite! Der beste, der einzig mögliche „Luftschutz" ist die Verständigung auf der nun einmal nicht wegzudiskutierenden Grundlage der politischen Realitäten, die Abrüstung, die Einstellung der Atomversuche, die Verwirklichung eines friedlichen Nebeneinanderlebens.

Johannes Weidenheim

Prof. Dr. Fritz Eichholtz

Wissenschaft und Gewissen

Die Wissenschaft steht am Scheidewege. Wir wollen keine Worte verlieren über ihre grandiosen Leistungen, die aus unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken sind; sie läßt aber auch einen gewaltigen, rasch sich vergrößernden Scherbenhaufen hinter sich.

Wie kommt es, daß die Forderung Albert Schweitzers, man solle Ehrfurcht vor dem Leben haben, in eine so wache und aufnahmebereite Zeit fiel? Wie kommt es, daß dieses der kategorische Imperativ wurde, der Wissenschaftler und Ärzte aus vielen Ländern vereint hat, wie H. A. Schweigart dies formulierte?

Es können nicht nur ethische und religiöse Motive im Spiel sein, denn immer hat es unter Wissenschaftlern ethisch hochstehende und tiefreligiöse Menschen gegeben, ohne daß der Gang der Wissenschaft dadurch wesentlich geändert worden wäre. Hier handelt es sich um eingreifende, fast möchte ich sagen philosophische Wandlungen im Geiste der Wissenschaft. Die Naturwissenschaften nämlich, zu denen in gewissem Sinn auch die Medizin gehört, gehen seit Jahrhunderten von einer Grundauffassung aus, die sich als überaus fruchtbar erwiesen hat. Ihre Methode besteht darin, daß sie aus dem großen, grenzenlosen Reich des Unbekannten ein kleineres, oft nur ein winziges Stückchen herausgreifen, dieses der wissenschaftlichen Prozedur unterwerfen und so zu Teilwahrheiten gelangen, die sie dann unmittelbar in praktischen Nutzen umzumünzen versuchen.

Dieses geschieht aber fast ohne Rücksicht auf die sekundären, entfernteren Konsequenzen und ganz ohne Rücksicht auf das große, grenzenlose Reich des Unbekannten. Nun aber kommen diese sekundären, entfernteren Konsequenzen und die Rückschläge aus dem

großen Reich des Unbekannten auf uns zu, auf jeden nämlich, der in dieser technisierten Welt lebt. Es sei nur hingewiesen auf die sekundären, entfernteren Konsequenzen der Atomexplosionen, die fern von uns irgendwo in den beiden Hälften der Welt in Gang gesetzt werden und die trotzdem möglicherweise die biologischen Eigenschaften unseres Volkes im ungünstigen Sinne verändern werden.

Es sei weiter hingewiesen auf die bedrohlich anwachsende Zahl von Menschen, die an Lungenkrebs sterben, eine Krankheit, die vor 50 Jahren noch praktisch unbekannt war. Der Geschäftsführer der belgischen Liga zur Bekämpfung des Krebses und der Verseuchung der Luft, Prof. R e d i n g, hat hierzu überaus eindrucksvolles Material beigebracht. Hier sei nebenbei erwähnt, daß in Belgien nicht nur die zuständigen Wissenschaftler, sondern die Kirchenvertretungen, alle Gewerkschaften, der königlich-belgische Automobilklub und viele andere Organisationen sich dieser Liga angeschlossen haben. Auch in der Aufklärung der Bevölkerung sind uns die Belgier weit voraus.

Zu solchen sekundären, entfernteren Konsequenzen zählen weiterhin die Leukämie, der zunehmende Krebs der Brustdrüsen der Frau, die rasch zunehmende Lebercirrhose, eine typische Ernährungskrankheit, der vorzeitige Tod an Herz- und Kreislauferkrankungen und viele andere Zivilisationskrankheiten, die Verseuchung von Erde, Wasser, Luft und Nahrungsmitteln durch chemische Substanzen. Alle diese Bedrohungen aber sind fast immer ungewollt und unvorhergesehen entstanden aus der Nichtberücksichtigung der sekundären, entfernteren Konsequenzen von an sich vielleicht nützlichen Erfindungen.

Auch der Naturwissenschaftler kann sich nicht mehr mit irgendwelchen Ausreden diesen handgreiflichen entfernteren Konsequenzen seiner Entdeckungen und Erfindungen entziehen. Überall in der Welt treten daher weitsichtige und realistisch denkende Männer der Wissenschaft auf, die die Wurzel des Übels erkannt haben. Der unvoreingenommene Blick in diese technisierte Welt lehrt, daß es zwar schön und gut ist, wenn man Physik, Chemie, Agrikulturchemie, Entomologie, technische Medizin oder andere Naturwissenschaften treibt, — aber nur unter der Voraussetzung, daß eine solche einseitige Betätigung ergänzt wird durch die Ehrfurcht vor den ewigen Gesetzen der lebenden Natur.

Die engstirnigen, überlieferten Denkgewohnheiten müssen besseren Platz machen. Jeder Naturwissenschaftler und jeder Arzt wird aufgerufen, er möge sein Gewissen prüfen, ob nicht auch er selbst dieser Ergänzung in seiner täglichen Arbeit, in seiner Forschungsarbeit dringend bedarf. Diese größere, realistische Sicht der heutigen Welt wird in Zukunft den Gang der Wissenschaften verändern.

Wir wollen uns nicht zu weit aus dieser mehr durch Triebe und Emotionen als durch Vernunft regierten Welt entfernen. „Ehrfurcht ist unbequem", sagt Rameaus Neffe bei Goethe, „ich habe mit Leuten zu tun, denen die Zeit lang wird, und sie wollen lachen!" Die Vorteile und Nachteile materieller Art wiegen in allen Ständen und Berufen schwerer als das, was hinterher kommt. Wieviel bequemer ist es, auch gewinnreicher, den Menschen als Knäuel materieller Bedürfnisse zu betrachten, die sich mit billigen Nützlichkeiten befriedigen lassen. Jetzt wird jedem einzelnen die Rechnung präsentiert. Möge er das Menetekel erkennen.

Wir leben also in der düsteren Zeit der Herrschaft des reinen Nützlichkeitsprinzips, d. h. der Nichtachtung der sekundären, entfernteren Konsequenzen von an sich vielleicht nützlichen Erfindungen. Die Nützlichkeit ist unser eigentlicher Gott, ganz gleichgültig, welcher Religion wir anhängen. Man sollte aber nicht vergessen, daß es die Naturwissenschaften waren, die uns das verführerische Werkzeug in die Hand gaben, um fast alle legitimen und fast alle überspannten Bedürfnisse des Menschen mit nützlichen Erfindungen zu befriedigen und um immer neue Bedürfnisse zu ersinnen. Das Nützlichkeitsprinzip ist nämlich das eigentliche Triebmittel wissenschaftlicher Forschung, wie nunmehr an einigen Beispielen erörtert werden soll.

Seit 10 Jahren leben wir im Schatten der I n s e k t i z i d e. Sachverständige und Gesundheitsämter in aller Welt sind in größter Sorge über deren regelmäßiges Vorkommen in unseren Lebensmitteln. Forscht man aber nach den Ursachen der technischen Notwendigkeit dieser Stoffe, die vorher fast gänzlich unnötig waren, so stößt man auf die unmittelbare Nützlichkeit, nämlich die Abtötung bestimmter Schadinsekten. Dieses allein und ausschließlich veranlaßt die Sachverständigen, solchen Stoffen durch ihr Gutachten den Weg in die Welt zu öffnen. Diese Stoffe sind seinerzeit eingeführt worden:

1. Gleichgültig, ob sie im Erdboden über Jahre beständig sind, dort u. U. die Bodenflora schädigend, die wichtigste Quelle der Bodenfruchtbarkeit.

2. Gleichgültig, ob sie auch anderes Leben wie nützliche Säuger, Nager, Vögel, Nutzinsekten u. a. abtöten. Die natürliche, durch Insekten vermittelte Bestäubung der Apfelblüte ist bereits gemäß Zeitungsnachrichten in bestimmten Teilen von Columbia (Kanada) durch künstliche Sammlung von Pollenstaub ersetzt, welcher mit geeigneten Apparaten der Blüte zugeführt wird, weil die Insekten ausgerottet sind.

3. Gleichgültig, ob es nur oberflächlich der Pflanze anhaftet, dort vielleicht mit geeigneten Waschmitteln wie Mineralöl entfernt werden kann, oder ob die Substanz im Säftestrom der Pflanze aufsteigt, die ganze Pflanze durchtränkend; gleichgültig, ob sie dort mit chemischen Methoden nachweisbar ist oder nicht.

4. Gleichgültig, ob die Insektizide sich auf den Pflanzen zersetzen oder dort völlig stabil sind und gleichgültig, wie sie sich in dieser Hinsicht bei der technischen Verarbeitung der Lebensmittel verhalten.

5. Gleichgültig daher, ob sie mit der Nahrung in den Menschen übergehen, ob sie im Körper des Menschen zersetzt werden oder sich dort anhäufen, gleichgültig, ob sie in den Organen, dem Gehirn des Menschen wiedergefunden werden, ob sie in die Frauenmilch, auf die Frucht im Mutterleib übergehen.

6. Gleichgültig, ob sie Leberschäden, allergische Reaktionen u. a. auslösen, ob Tausende von Menschen durch mißbräuchliche Anwendung der Stoffe ums Leben kommen.

7. Gleichgültig, ob die Ursache der immer zunehmenden technischen Notwendigkeit der Insektizide darin zu suchen ist, daß die natürlichen Feinde der Schädlinge ausgerottet werden, die Insektizide sich so ihre eigene technische Notwendigkeit erst künstlich verschaffen, daß diese technische Notwendigkeit immer dringender wird, je mehr ausgerottet wird; ein Prinzip, das mit solcher Präzision antwortet, daß in anderen Ländern den Farmern durch Versuchsspritzungen demonstriert wird, wie man durch Insektizide einen eigentlichen Befall mit Schadinsekten erst erzeugen kann, daß Schildlaus auftritt, wenn man in weiten Gebieten die Marienkäfer mit E 605 vom Flugzeug aus ausrottet. Ich wundere mich darüber, daß solche Flugzeugfanatiker noch nicht entschädigungspflichtig gemacht worden sind.

8. Gleichgültig, ob das Insekt schnell oder langsam resistent wird, ob es daher zum Vorteil der Hersteller von Jahr zu Jahr in immer höheren Mengen angewandt werden muß, gleichgültig, ob daher die Konsumentenschaft von Jahr zu Jahr mehr von diesen Dingen mit der Nahrung aufnimmt, die Kosten ordnungsgemäß auf den Konsumenten abgewälzt werden, die Lebensmittel von Jahr zu Jahr teurer werden.

9. Gleichgültig zuletzt, ob die Insektenplage als Antwort auf die Anwendung der Insektizide immer schlimmer wird, ob der Kampf zwischen Mensch und Insekt immer heftiger entbrennt, sein Ausgang immer zweifelhafter wird. Vor dem DELANEY-Committee des US-Repräsentantenhauses hat der Entomologe R. F. Peters, San Francisco, eidlich ausgesagt, daß für sein Gebiet der Zeitpunkt vorauszusehen ist, an dem alle 1952 bekannten Insektizide zur Fliegen- und Mückenbekämpfung gänzlich wirkungslos sein würden, daß man daher gezwungen wäre, zu den üblich physikalisch-technischen Maßnahmen der Bekämpfung zurückzukehren. Diese eindrucksvolle Darlegung veranlaßte den Abgeordneten Dr. Miller dem Zeugen zuzurufen: „Je schneller Sie arbeiten, um so mehr glaube ich hoffen zu dürfen, Sie könnten schneller sein als die Insekten; wenn diese jemals schneller sind als wir, so werden sie uns beherrschen!"

Wenn aber, wie vielleicht zu erwarten, die Insektizide nach einiger Zeit doch versagen, dann der einzige Ausweg in biologischer Schädlingsbekämpfung besteht, dann könnte dieser Ausweg verblockt sein, weil nämlich auch die Nutzinsekten u. a. inzwischen ausgerottet wurden. Weshalb will man entsprechend den Stuttgarter Beschlüssen der Internationalen Gesellschaft für Nahrungs- und Vitalstoffe nicht gleich den richtigen Weg einschlagen?

Während am Beispiel der Insektizide Nützlichkeiten legitimer Natur unbestreitbar sind, das Hauptgewicht der Bedenken auf den sekundären, entfernteren Konsequenzen liegt, soll im folgenden als Gegenstück dazu von gewissen Nützlichkeiten sehr umstrittener Natur gesprochen werden.

Gewisse Polyphosphate können sehr amüsante und gewichtsnotorisch technische Effekte haben. Bei der Herstellung von Wurst z. B. erlauben sie das Hineinemulgieren von Wasser,

welches dann — natürlich ungesetzlich, aber kaum geahndet — zum Preise von Wurst verkauft werden kann. Man kann schlechtbindiges, strohiges Fleisch von niedrigem Schlachtwert verwenden anstelle von gutem Fleisch; man kann insbesondere sonst schwer verwertbaren Rinder- und Hammeltalg in die Wurst geben, ohne daß der Konsument dies merkt. Nach dem USA-Patent 2 513 094 (1950) kann man in Frankfurter Würstchen verhindern, daß sie beim Altwerden die Farbe verändern. Es ist schon zu verstehen, daß gewisse Kreise sich mit solcher Energie für die Polyphosphate einsetzen. Es ist für den Konsumenten wissenswert, daß es deutsche Bundesstaaten gibt, die dies bereits zulassen.

Auch diese Art von Nützlichkeiten sind Triebmittel wissenschaftlicher Forschung, ja, nachdem diese Dinge in so und so hoher Dosis von jedermann, ob er will oder nicht, täglich konsumiert werden, ist es unumgänglich, daß man darüber wissenschaftlich arbeitet. Sogar Kongresse für Kinderärzte werden heute bereits im Zeichen der Polyphosphate abgehalten.

Über die sekundären, entfernteren Konsequenzen der Polyphosphate wissen wir sehr wenig. Den Kinderärzten dürfte am ehesten bekannt sein, wie diffizil das Gleichgewicht von Calcium und Phosphat gerade im Kindesalter ist; dort kennt man Fälle von Phosphatstauung, die unter den verschiedensten Krankheitsbildern verlaufen; dort weiß man, daß bei solchen Kindern u. U. jedes Mehr an Phosphaten peinlichst vermieden werden muß, daß man sogar versucht, die normale Phosphatresorption im Darm durch Gaben von Aluminiumhydroxyd zu verhindern. Für den Erwachsenen kennt man den Zusammenhang von Phosphaten mit Phosphatsteinen und Phosphaturie.

Für viele Kinderkliniker ist dies noch zu wenig des Bösen. Wenn aber ein solcher Wissenschaftler „ein Sandkorn gefunden hat am Rande des Ozeans des unbekannten Wissens" und wenn dieses Sandkorn für die Harmlosigkeit der Polyphosphate zu sprechen scheint, so zögert man keinen Augenblick, der Gesundheitsbehörde ans Herz zu legen, daß solche „harmlosen" Substanzen natürlich vom Gesetzgeber behandelt werden müssen wie Kochsalz oder Zucker. Einem solchen Wissenschaftler ist derzeit nicht einmal ein Vorwurf zu machen, denn dies ist der übliche Lauf der Wissenschaft bei der Bearbeitung derartiger Probleme, was aber die Öffentlichkeit wissen muß. Um im Hinblick auf solche Polyphosphate deutlich zu sein, so besteht meines Erachtens in der jetzigen Situation eine Lösung darin, daß diese Stoffe in Fleischwaren und Kindernahrung grundsätzlich verboten werden, daß aber für alle übrigen Anwendungszwecke eine Deklaration der Stoffe zu erfolgen hätte.

Die Aufgabe des Staates besteht darin, offensichtlichen B e t r u g zu verhindern; der Staat ist weiterhin zwar kein Patriarch, der Menschen gegen Chemikalien schützen muß, wenn diese gar nicht geschützt sein wollen; wohl aber hat der Staat d i e P f l i c h t, diejenigen zu schützen, die sich aus triftigen Gründen gegen die permanente Belastung mit Chemikalien zur Wehr setzen. Alle diese Aufgaben werden gelöst durch D e k l a r a t i o n s p f l i c h t für alle Stoffe, bei denen Meinungsverschiedenheiten im Hinblick auf das gesundheitliche Risiko bestehen. „Deklaration auf dem Etikett ist von höchster Bedeutung für die Verhinderung einer unkorrekten, trügerischen und betrügerischen Werbung . . . Eine saubere Deklaration ist die Grundlage jeder ehrlichen Werbung, der einzigen Werbung nämlich, die die Verbraucherschaft und die Lebensmittel-Industrie im eigenen Interesse erlauben können." (Council on Food and Nutrition der amerikanischen Ärzteschaft). Die für den S c h u t z d e s K o n s u m e n t e n e n t s c h e i d e n d e F o r d e r u n g aber besteht darin, daß kein solcher Stoff den Lebensmitteln zugesetzt werden sollte, dessen t e c h n i s c h e U n v e r m e i d b a r k e i t nicht vorher den Behörden nachgewiesen worden ist. Ohne eine solche gesetzliche Vorschrift wird jedes kommende Lebensmittelgesetz von vornherein für den Untergang bestimmt sein. Es ist dies die einmütige Forderung der Sachverständigen aus 21 Nationen, die sich im August 1956 in Rom vereinigt hatten.

Jeder Wissenschaftler, der in guten Treuen seine Probleme verfolgt, wird sich mit Recht wehren, wenn ihm Gewissenlosigkeit vorgeworfen wird. Gewissen oder Gewissenlosigkeit ohne klare Definition dieser Begriffe werden selten oder nie ein beweisbares Faktum werden können. Was uns fehlt, und zwar auf allen Gebieten der Wissenschaften, sind m e h r Männer, die durch ihr Gewissen getrieben werden, nicht nur die Nützlichkeiten,

sondern auch die sekundären, entfernteren Konsequenzen dieser Nützlichkeiten zu bedenken und zu bearbeiten, und an diesem Maßstab wird in Zukunft die moralische Größe der Forscher gemessen werden.

Eine neue Schrift von Prof. Eichholtz, dessen verdientes Wirken als Direktor des pharmakologischen Instituts der Universität in Heidelberg durch seine Berufung in die Weltgesundheitsorganisation und seine Ehrenmitgliedschaft in der Internationalen Gesellschaft für Nahrungs- und Vitalstoff-Forschung gewürdigt worden ist, wird im Januar im Verlag G. Braun, Karlsruhe, unter dem Titel „Vom Streit der Gelehrten, dem deutschen Arzt und dem deutschen Konsumenten" erscheinen.

General a. D. Dr. Franz Beyer

Deutschland zwischen den Atommächten

Heute steht im Vordergrund allen militärischen Denkens die Möglichkeit eines Krieges mit Atom und Rakete, die beide aus einem Blickwinkel gesehen werden müssen, weil wegen ihrer geringeren Treffsicherheit die Rakete als Flächenwaffe im Ernstfalle immer mit einem Atom- bzw. Wasserstoffkopf versehen sein wird, in ihrer Wirkung also zumindest der Atom-Artillerie des schwersten Kalibers entspricht.

Diese neueste Waffe der interkontinentalen Fernrakete ist zweifellos, wie die Trägerrakete der Sputniks beweist, in Rußland aus dem Stadium des rein wissenschaftlichen Versuchs heraus und befindet sich im sogenannten Truppenversuch, d. h. sie wird bei bestimmten Truppenteilen im Rahmen der allgemeinen Taktik und Waffenanwendung praktisch erprobt. Die amerikanische Forschung sieht sich noch vor eine Reihe von Problemen gestellt, die sich anhand der dortigen Versuchsergebnisse etwa so skizzieren lassen:

1. Bei den in Frage kommenden Reichweiten dieses Geschosses — man spricht heute bereits von Reichweiten über 10 000 km — genügt der Antrieb durch einen einzigen Raketensatz nicht, sondern es sind dazu eine Reihe solcher Raketensätze erforderlich. Es ist nun technisch ungeheuer schwer, die nacheinander erfolgenden Antriebsstöße so auszugleichen, daß eine annähernd gleiche Flugrichtung während des ganzen Fluges zum Ziel erreicht wird, die aber wiederum für die Treffsicherheit erforderlich ist (Einfluß des Windes, Luftwiderstand, Einfluß der Erdrotation usw.).
2. Herstellung eines Sprengkopfes, der sich nicht in den ungeheuren Hitzegraden auflöst bzw. explodiert, die beim Aufprallen des Geschosses von der Jonosphäre, in die die Rakete auf ihrer Flugbahn gelangt, in die dichtere Erdatmosphäre erzeugt werden.
3. Entwicklung eines Steuerungsverfahrens, das sowohl elektronisch funktioniert als auch nach dem Radar-Prinzip auf die Anziehungskraft der infraroten Strahlen reagiert, die große Ziele wie Städte, Industriewerke, Befestigungsanlagen, Flugplätze, Häfen usw. ausstrahlen.

Es ist nun ein müßiges Spiel, mit Worten zu prophezeien, wer in der Entwicklung dieser satanischen Raketenwaffen wem voraus ist. Dabei muß auf die Erfahrung hingewiesen werden, daß auf dem Gebiete neuer Erfindungen die Amerikaner schon im allerersten Stadium die Öffentlichkeit zu informieren pflegen, wohl weil sie sich davon eine günstige Propagandawirkung versprechen, während der Russe seine Versuche in aller Heimlichkeit betreibt und dann überraschend — wie während der Londoner Abrüstungskonferenz — das fertige Resultat der erstaunten Öffentlichkeit vorlegt und damit eine Schockwirkung erzielt, die wohl abschreckend und damit kriegsverhütend wirken soll, aber — bei dem heutigen labilen Zustand der Welt — auch die Angst vermehrend, also kriegstreibend wirken könnte.

Und gerade auf dem Gebiet der nuklearen Waffen ist der Abschreckungsgedanke heute ein beliebtes Phantom, mit der der Publizist seine Modernität beweisen, der Staatsmann und Politiker sein Gewissen beruhigen möchte.

Sicherlich sind die Folgen eines Krieges mit nuklearen Waffen — im Folgenden kurz „Atomkrieg "genannt — für Sieger wie Besiegte gleich verderblich, ja existenzvernichtend, sowohl für die Generation der Kriegführenden, als auch biologisch und wirtschaftlich für die nachfolgenden Generationen. Da die wissenschaftlichen Forschungen auf diesem Gebiet erst aus jüngster Zeit datieren, kann eine abschließende Bewertung dieser Atomkriegswirkungen heute noch nicht erwartet werden, und allerlei Überraschungen sind möglich. Aber das eine ist gewiß: da Atom wie Rakete Flächenwaffen sind, also nicht wie die bisherige Artillerie planmäßig Punktziele bekämpfen können, werden sie vor allem gegen militärisch wichtige Räume (Flugplätze, Radarstationen, Funkstellen, Befestigungen, Kriegshäfen, Kriegswerften) und industrielle Ballungen angewandt werden, wobei nicht nur Anlagen der eigentlichen Rüstungsindustrie, sondern auch ihrer sogenannten Zubringerindustrien (chemische Industrie, atomare und andere Energie-Anlagen, optische Industrie usw.) in Frage kommen. Und man möge sich erinnern, daß die gefährlichsten und verheerendsten Luftangriffe der Alliierten auf Deutschland im zweiten Weltkrieg in der Mehrzahl nicht auf eigentliche Rüstungszentren erfolgten, sondern aus der modernen Konzeption des „totalen" Krieges heraus auf dichtbesiedelte Wohngebiete und Wohnviertel, besonders der Arbeiterschaft, um den Kriegswillen der Bevölkerung zu lähmen. Und da nun beide Teile Deutschlands — die Bundesrepublik ebenso wie die Deutsche Demokratische Republik — bei einem europäischen Krieg in vorderster Front liegen, also auch vom Atomkrieg zeitlich zuerst erfaßt werden, kann man sich vorstellen, wie nach Entfesselung eines solchen Krieges gleich in den ersten Kriegstagen die deutschen Räume etwa im Ruhrgebiet oder im Rhein-Main-Dreieck oder auch im Raume der Leuna-Werke bei Halle und Merseburg aussehen werden!

Nun braucht man bei der Vorstellung über die Wirkung des Atomkrieges keineswegs nur die Phantasie walten zu lassen, sondern es liegen militärisch einwandfreie Ergebnisse von militärischen Atom-Manövern und allgemeinen Luftschutzübungen der Atommächte vor: sowohl das Atom-Manöver „Carte blanche" als auch das Atom-Manöver „Lion noir" brachten von vornherein die — durch die Wirklichkeit durchaus begründete — Manöverausgangslage, daß 80% der Bevölkerung Westdeutschlands bei Atomexplosionen und in radioaktiven Staubwirbeln umgekommen seien. Das gesamte Gebiet der Bundesrepublik zwischen Nordsee und den Alpen galt als atomverseucht. Der Spessart und dessen Ausläufer waren auf den Manöverkarten als „Atomwüste" eingezeichnet, und alle größeren Städte Westdeutschlands wurden als „zertrümmert" angenommen. Die Restbevölkerung der Bundesrepublik flüchtete panikartig nach West und Ost.

Man muß sich einmal ausmalen, was solche P a n i k - F l u c h t zu Tode erschreckter Menschen durch die Hölle der Explosionen bedeutet, über die weitere Bombengeschwader hinwegbrausen und durch die hindurch prominente Regierungsmitglieder und das Besatzungsgefolge, gelegentlich auch Truppenteile, sich mit brutaler Gewalt die Vorfahrt erzwingen. Demgegenüber müssen die Flüchtlingsströme 1945 aus dem deutschen Osten geradezu als geordnete Prozessionen erscheinen.

Und der atlantische Oberbefehlshaber in Europa, der amerikanische General Norstad, hat dieses Inferno ganz klar ausgedrückt mit der Feststellung, „daß im atomaren Kriegsfalle in Europa bereits in den ersten Kriegstagen auf westlicher Seite mit mindestens 120 Millionen Toten (Atom- und Verkehrstoten) gerechnet werden müsse".

Und in Heft 8 dieser Blätter wird auf S. 262 das Ergebnis der amerikanischen Luftschutzübung des Jahres 1957 geschildert, eine Schilderung, die wir wegen ihrer Prägnanz und Eindringlichkeit hier wiederholen wollen:

> „Am 12. Juli 1957 um 11 Uhr vormittags wird in den 48 Staaten der USA zur gleichen Minute Luftalarm gegeben. Die Atomluftschutzübung ‚Operation Alert 1957' beginnt. In den nächsten Stunden erfolgt über den Nordpol der angenommene Angriff. 166 Ziele werden von Atom- und Wasserstoffbomben getroffen. 95 Millionen Menschen sind betroffen, von ihnen 54 Millionen getötet. Strahlungszonen und radioaktive Wolken gefährden das Land. Mit langanhaltender Strahlungsverseuchung ist zu rechnen. Washington ist durch eine feindliche nukleare Waffe unberechenbarer Größe zerstört; in New York gibt es durch eine einzige 20-Megatonnen-Bombe 6,5 Millionen Tote und 650 000 Verwundete. Die militärischen Verteidigungsmittel haben versagt. Ob ein Gegenschlag gleicher Art erfolgt, dessen radioaktive Rück-

wirkung das eigene Gebiet zusätzlich verseucht, ob von beiden Seiten noch ein zweiter oder dritter Endschlag geschieht, um das totale Todesergebnis zu erreichen, ist unerheblich."

Solche Feststellungen, die nicht dem Gehirn eines Jules Verne entsprungen sind, sondern das Ergebnis nüchterner Generalstabsarbeit darstellen, lassen sich mutatis mutandis auf jedes Land anwenden, wobei zu berücksichtigen wäre, daß Rußland mit seinen gewaltigen Räumen und seiner dünnen Besiedlung das am wenigsten atomgefährdete Land ist.

Man hat eine Zeit lang in der Welt gehofft, daß die neuen makabren Waffen Atom, Wasserstoff (Kobalt) und Rakete infolge ihrer abschreckenden Wirkung die Ära des „Ewigen Friedens" einleiten würden. Und man wurde in dieser Abschreckungstheorie bestärkt durch die historische Tatsache, daß der massive Abschreckungsbrief Bulganins vom 5. November 1956 den Suezkrieg Englands, Frankreichs und Israels schon am folgenden Tag praktische beendete. Und ebenfalls hat Norstad immer wieder betont, daß die Abschreckung mit Atom, Wasserstoff und Rakete heute die Konzeption der Abwehr-Planung der Nato ist. Trotzdem kann sich unter den militärischen Fachleuten Europas nur ein geringer Teil mit dieser Theorie befreunden, und zwar aus folgenden, u. E. überzeugenden Gründen:

Die Umrüstung Englands auf Atom und Rakete, die Amerika mit technischen und finanziellen Hilfeleistungen nach der Bermuda-Konferenz Eisenhowers und McMillans begann, bedeutet keineswegs — den Behauptungen der westlichen Propaganda entsprechend — eine Stärkung und Verbesserung der westlichen Verteidigungskraft Europas, sondern stärkt das eigene Verteidigungspotential der Amerikaner. Die Insel England ist verhältnismäßig dicht bestückt mit amerikanischen Flugplätzen, auch für Atom- und Wasserstoffverbände, die teilweise schon im zweiten Weltkrieg angelegt wurden. Dazu kommen aus jüngster Zeit noch zahlreiche amerikanische Abschußrampen für Raketen. Nun aber hat Großbritannien ein vertragliches Vetorecht gegenüber Amerika gegen den Einsatz dieser Waffen von britischem Boden aus. Und die USA brauchen vorerst noch diese Abflug- bzw. Abschußbasis England, da ihre Bomberwaffe hauptsächlich aus Mittelstreckenbombern besteht, die nur von der Insel England aus ihre Ziele in Rußland diesseits des Urals erreichen können, und ihre Raketenwaffe noch nicht über praktisch unbegrenzte Reichweiten verfügt. Es ist deshalb für Amerika eine vertretbare Kapitalanlage, den Briten dieses Vetorecht mit den Kosten für eine eigene, britische, atomare und Raketen-Aufrüstung abzukaufen, zumal Amerika mit den vorerst notwendigen Instrukteuren eine gewisse Kontrolle ausüben kann. Darüber hinaus will Amerika sogar seine Basen in England ganz an die Briten abtreten, um im Sinne der in Washington immer mehr beliebten „Isolation der amerikanischen Verteidigung" — nämlich sein Stützpunktsystem und sein strategisches Bomberkommando — und im Hinblick auf seine durch Industrie- und Menschenballungen besonders hohe Luftempfindlichkeit bei einem rein „lokalen" Krieg zwischen Rußland und Großbritannien nicht automatisch in einen globalen Fernwaffenkrieg hineingezogen zu werden und sich damit der freien Entscheidung über seinen eigenen Kriegseintritt vorzeitig zu begeben.

So liegt die britische Umrüstung durchaus im Interesse Amerikas, das sich in seiner autonomen Verteidigung lieber auf seine Atomträger (strategisches Bomberkommando und 6. und 7. amerikanische Flotte im Mittelmeer und in der Straße von Formosa) verläßt, so daß — wie Dulles zunächst für das Mittelmeer äußerte — „der amerikanische Soldat lieber allein kämpft als Schulter an Schulter mit einem englischen oder französischen Soldaten." Diese, dem amerikanischen Außenminister viel verdachte Äußerung zeigt, wie wenig Zutrauen Amerika zu Militärbündnissen wie Nato, Seato und Bagdad-Pakt hat. Zu diesem militärpolitischen Rückzug Amerikas aus den Händeln Europas im Zuge seiner militärischen Konzentration kommen nun noch die guten Erfahrungen, die man mit der Eisenhower-Bulganin'schen Entspannungspolitik gemacht hat.

Wenn auch diese neue militärpolitische Konzeption die Möglichkeit bietet, durch Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Europa eine Verständigung mit Rußland über eine entmilitarisierte Zone in Mitteleuropa (Eden-Plan) zu erlangen, so bringt sie andererseits die Gefahr mit sich, daß in Europa die Entscheidung über Krieg und Frieden westlicherseits in die Hand einer Rest-Nato gelegt werden könnte — und

damit wahrscheinlich auch die Entscheidung über die Entfesselung eines Atom- und Raketenkrieges, der gespenstisch heute hinter jedem Lokalkrieg steht.

Die N a t o aber hat in der jüngsten Kriegsgeschichte eindeutig bewiesen — vgl. Suez, wo sich England und Frankreich, die europäischen Hauptmächte der Nato, nicht scheuten, in der kritischsten Zeit Europa bis aus ein „Anerkennungsminimum an Stationierungstruppen" zu entblößen —, wie leicht nationalistische Tages-Gesichtspunkte ihre „Verteidigungsaufgabe" zunichte machen konnten.

Am allergefährlichsten für die Entfesselung des Atomkrieges ist es aber, wenn man diese Waffe in die Hand von k l e i n e r e n S t a a t e n gibt, selbst wenn man dieses Danaergeschenk auf die sog. „taktischen" Waffen beschränkt. Es hat sich eine gefährliche, atomare Großmannssucht breitgemacht, die da meint, die Bedeutung eines Landes in der Weltöffentlichkeit beruhe auf seinem Vermögen, die Welt in die Luft zu sprengen. Atomwaffen in der Hand der „Kleinen" bedeuten, daß sie auch bei kleinen „Querellen" eingesetzt werden können, während sie in der Hand der großen Weltmächte USA und UdSSR, zweier politisch und wirtschaftlich autarker und militärisch allen anderen überlegener Staaten, aller Voraussicht nach nur bei der Entscheidung weltweiter und lebenswichtiger Auseinandersetzungen und nach letzter Überlegung Verwendung finden werden.

Aber auch diese beiden Weltmächte bieten keine absolute Garantie dafür, daß es bei der Abschreckung bleibt, selbst wenn der feste Wille dazu vorhanden ist. Denn auch die Atom-Strategie ist den Grundsätzen der allgemeinen Strategie unterworfen, die sich nicht ändern, während die Taktik, die stark von der Technik abhängig ist, eine stets variable Größe darstellt. Nun ist aber eines dieser unveränderlichen, militärischen Grundgesetze, das übrigens ebenso für die Strategie wie für die Taktik gilt, die Ausnutzung des Ü b e r r a s c h u n g s m o m e n t s. In tragischer Anwendung dieses Prinzips könnte eine Militärmacht mit Atom-Rüstung der Versuchung unterliegen, mit einem überraschenden Atom- bzw. Raketenangriff den Feind zu überfallen, um sein militärisches Potential (Streitkräfte, Rüstung) zu zerschlagen oder wenigstens entscheidend zu schwächen, ehe dieses selbst gegen die angreifende Macht eingesetzt werden kann. Diese ernste Einschätzung des Überraschungsmomentes ist wohl auch der Grund dafür gewesen, daß Eisenhower in den kritischen Novembertagen des Jahres 1956 — nach dem Brief Bulganins — seine Luftwaffe, insbesondere das strategische Bomberkommando, in die Luft steigen und seine Seestreitkräfte in See gehen ließ, um eine Wiederholung von Pearl Harbour zu vermeiden. Und militärisch muß man es als durchaus realistisch ansehen, wenn gerade in diesen Tagen eine Wiener Zeitung auf die unheimliche Möglichkeit hinweist, daß in Spannungszeiten die zufällige Radar-Erfassung niedergehender Meteoriten oder Kometenteilchen als „ankommende feindliche Raketen" gedeutet würden und zur sofortigen Auslösung des „Vergeltungsschlages" in Form von Raketen- und Atomkrieges führen könnte.

Jedenfalls ergibt sich aus all dem Vorgesagten, daß der Atomkrieg nicht mehr als „Mittel zur Fortsetzung der Politik" im klassischen Sinne von Clausewitz angesehen werden kann.

Wenn daher für Deutschland im Zustand seiner Teilung eine militärische Renaissance abgelehnt werden muß, so gilt das ganz besonders für eine atomare Aufrüstung, die unserem Vaterlande nicht nur gar nichts nützt, sondern im Gegenteil seine Existenz aufs höchste gefährdet.

O. Gasenko und A. Genin

Medizinische Probleme der Weltraumflüge

Die von sowjetischen Gelehrten geschaffenen ersten künstlichen Erdsatelliten bedeuten einen entscheidenden Schritt auf dem Wege der Eroberung des Weltraumes durch die Menschen. Eine neue Ära hat begonnen: die Ära von Flügen über den Bereich der Erdatmosphäre hinaus. Hunderte spezieller Beobachtungspunkte, Tausende von Radioamateuren in allen Teilen der Welt verfolgen mit gespannter Aufmerksamkeit die Bahn der „kleinen Monde", der sowjetischen Erdbegleiter.

Der erste Schritt ist also getan. Die erfolgreiche Verwirklichung dieser schwierigen technischen Aufgabe löst jedoch noch nicht alle Probleme, die mit dem Weltraumflug von Menschen verbunden sind. Damit derartige Flüge dem Menschen weder Schaden zufügen noch ihn in Gefahr bringen, müssen vor allem die medizinischen Wissenschaftler noch eine große Arbeit bewältigen. Die Zeit ist gekommen, da Kosmosflüge vom medizinischen Aspekt her keine Phantasie mehr sind, kein Traum einer fernen Zukunft, sondern eine aktuelle Aufgabe großer Wissenschaftlerkollektive. Ein neuer großer Zweig der Wissenschaft mit umfangreichen Aufgaben ist im Entstehen: die „kosmische Medizin". Einerseits muß die Wirkung der verschiedenen, oft ungünstigen Faktoren des Kosmosfluges auf den Organismus des Menschen erforscht werden; andererseits müssen die Fachleute der „kosmischen Medizin" zusammen mit den Konstrukteuren Mittel und Wege finden, die dem Menschen hinreichend komfortable Bedingungen während des Fluges garantieren und die ferner seine Gesundheit und Arbeitsfähigkeit wahren, schließlich im Falle einer Havarie die Möglichkeit bieten, der Besatzung des Weltraumschiffs das Leben zu retten. Viel kann hierzu die bisherige Erfahrung der Luftfahrt-Medizin beitragen. Immerhin sind einige Probleme noch ungenügend erforscht und völlig neu.

Nach dem Abflug muß die Rakete die Anziehungskraft der Erde überwinden. Während die Triebwerke arbeiten und die Geschwindigkeit des Fluges rasch zunimmt, werden das Weltraumschiff und seine Besatzung unter der Einwirkung dieser Beschleunigung stehen. Der physiologische Effekt des Überdrucks auf den Organismus ist bereits eingehend studiert: es wurde festgestellt, daß die meisten gesunden Menschen ohne wesentliche Benachteiligung ihrer Arbeitsfähigkeit einen vier- bis fünffachen Überdruck aushalten, wenn die Kräfte in Richtung der Körperachse (vom Kopf zu den Füßen hin) wirken. Bei horizontaler Lage wächst die Widerstandsfähigkeit des Menschen gegen den Überdruck noch weiter. Größere Beschleunigungen, die eine weitere Erhöhung des Überdrucks verursachen, führen allerdings zu Störungen des Blutkreislaufs und der Tätigkeit des zentralen Nervensystems. Doch ist es möglich, durch spezielle Anzüge sowie durch Training und eine entsprechende Körperlage während des Starts der Rakete die Widerstandsfähigkeit des menschlichen Organismus gegenüber der Wirkung des Überdrucks auf das Zwölf- bis Fünfzehnfache zu erhöhen. Aber dies trifft nur für eine verhältnismäßig kurzfristige Einwirkung der Beschleunigung zu.

Einstweilen ist noch nicht klar, wie solche Beschleunigungen im Laufe von 20, 30 und mehr Minuten überstanden werden, d. h. in der Zeit, die für den Anflug eines Weltraumschiffes oder für seine Rückkehr auf die Erde erforderlich ist.

Nachdem die Erdanziehungskraft überwunden und der Raketenantrieb ausgeschaltet ist, tritt ein Zustand dynamischer Schwerelosigkeit ein. Die Frage, wie weit derart ungewöhnliche Verhältnisse den funktionellen Zustand des Organismus verändern können, war Gegenstand einer ausführlichen Diskussion in der Fachliteratur, wobei eine Reihe von Wissenschaftlern die Möglichkeit einer Anpassung des Organismus an diese Verhältnisse bezweifelte. Es wurde angenommen, daß bei längerer Einwirkung der Schwerelosigkeit die Regulierung der physiologischen Funktionen durch das Nervensystem, besonders der Blutkreislauf ernstlich gestört werde. Auf Grund der theoretischen Unterlagen kann man sich vorstellen, daß das Leben der Besatzung eines Weltraumschiffes physiologischen und psychologischen Besonderheiten ausgesetzt ist, die mit der Aufhebung der Schwerkraft und einer wesentlichen Reduzierung jeder Art äußerer und innerer Reizimpulse zusammenhängen. All das muß die Forscher veranlassen, Möglichkeiten ausfindig zu machen, um den Funktionszustand des zentralen Nervensystems der Passagiere des Weltraumschiffes nach Kräften aufrechtzuerhalten. Ein längere Zeit anhaltender Zustand der

Schwerelosigkeit erfordert höchstwahrscheinlich spezielle Hilfsmittel, die es der Besatzung gestatten, sich im Weltraumschiff zu bewegen, zu essen, zu trinken usw.

Bereits in den oberen Schichten der Lufthülle beträgt der atmosphärische Druck nur einige Millionstel desjenigen auf der Erde. Darum ist der Flug für Menschen nur in hermetisch abgeschlossenen Kabinen möglich. Gegenwärtig ist es technisch möglich, hermetische Kabinen anzufertigen, in denen für längere Zeit durch Regenerierung und Konditionierung der Luft normale Verhältnisse für das Leben des Menschen geschaffen werden können. Auch die Möglichkeit der Sicherung der Kabine gegen Beschädigung durch Meteoriten muß geprüft werden. Wenn nämlich in großen Höhen die Kabine infolge von Beschädigungen nicht mehr hermetisch abgeschlossen ist, führt dies unweigerlich zu schweren Störungen des Organismus, ja sogar zum Tod, wenn nicht die entsprechenden Schutzmaßnahmen getroffen werden. Aus diesem Grunde sowie auch für den Fall einer Havarie muß die Besatzung mit besonderen Höhenanzügen versehen sein. Besondere Schwierigkeiten bereitet noch das Problem des Einflusses der kosmischen Strahlung; die experimentellen Unterlagen dafür sind beschränkt.

Ein wesentlicher Teil der Probleme des Weltraumfluges kann von den Wissenschaftlern in der ganzen Welt mittels Laborexperimenten an Menschen und Tieren gelöst werden. Doch können selbst in besteingerichteten Laboratorien nicht alle Voraussetzungen des Fluges auf einem Weltraumschiff experimentell geschaffen werden. Vor allem eine längere Zeit anhaltende dynamische Schwerelosigkeit und die kosmische Strahlung können nicht künstlich herbeigeführt werden. Deshalb wurde es eine unvermeidliche Notwendigkeit, zur Vorbereitung der Eroberung des Weltraums durch den Menschen Versuche an Tieren vorzunehmen. Die Entwicklung der Raketentechnik in der UdSSR gestattete es, Tiere durch Raketen in eine Höhe von 100 bis 210 km zu bringen. Einige dieser Raketen stiegen nach Ausschaltung des Triebwerks noch in weitere Höhen, um dann mit Schwerkraftbeschleunigung wieder herunterzugehen. Dabei wurden für kurze Zeit die Versuchstiere über die dichten Atmosphärenschichten hinausgetragen und sie befanden sich unter den Bedingungen des Zustandes der dynamischen Schwerelosigkeit, der charakteristisch für den Kosmosflug ist. Diese Versuche wurden mit Hunden angestellt, welche man zuvor in einem längeren Training an den Aufenthalt in hermetischen Kabinen gewöhnt hatte. Zugleich waren diese Hunde an das Tragen einer speziellen, an ihrem Körper befestigten Apparatur gewöhnt, durch die es möglich war, ihre Atmung, ihren Blutdruck und ihren Puls zu registrieren, und mittels derer es möglich wird, ein EKG (Elektrokardiogramm) aufzuzeichnen. Während des Fluges der Raketen wurden neben dieser Registrierung ihrer physiologischen Funktionen zur Erkundung ihres Verhaltens Filmaufnahmen gemacht. Besonders kompliziert war das Problem, die Tiere und die Filmaufnahmen beim Absturz der Rakete glücklich zur Erde zu bringen. Man beschritt hierbei zwei Wege. In einem Falle gelangten die Tiere zusammen mit der Kabine auf die Erde zurück, und zwar mit Hilfe spezieller Fallschirme. Im anderen Falle wurden die Hunde und die Apparaturen auf verschiedenen Höhen der absteigenden Flugbahn aus der Rakete herauskatapultiert. Nach der Loslösung von der Rakete traten hierbei Fallschirme automatisch in Aktion; die Hunde steckten hierbei in Höhenanzügen. Beide Rettungsmethoden bewährten sich. Die wohlbehaltene Rückkehr ins Laboratorium ermöglichte es nun, die späteren Folgen des Fluges genau zu untersuchen.

Die registrierten Angaben über die physiologischen Funktionen der Tiere während des Fluges beweisen uns, daß der Zustand der dynamischen Schwerelosigkeit keinerlei spezifische Einwirkung auf das Herz- und Gefäß-System oder auf die Atmung der Tiere hatte. Die anfängliche Erhöhung des Blutdrucks sowie die Beschleunigung des Pulses und der Atmung sind mit Sicherheit als eine vegetative Komponente oder Orientierungsreaktion auf den ungewöhnlichen Reizimpuls anzusprechen. Bereits nach wenigen Minuten Flug unter den Bedingungen der Schwerelosigkeit konnte bei allen Versuchstieren eine Normalisierung der registrierten Funktionen beobachtet werden. Interessant ist die Feststellung, daß bei einigen Hunden, die während des Fluges narkotisiert waren, sich Puls und Blutdruck während des Zustandes der Schwerelosigkeit nicht erhöhten, sondern im Gegenteil eine abfallende Tendenz zeigten. Der jetzt in dem zweiten sowjetischen Erdsatelliten in eine Höhe von über 1500 km geschickte Versuchshund wird unsere Erkenntnis in bezug auf die Einwirkungen eines längeren Verweilens im Zustand der dynamischen Schwerelosigkeit und in bezug auf die kosmische Strahlung in entscheidender Weise bereichern. Die bisherigen Filmaufnahmen der Versuchstiere zeigen, daß während des

Raketenfluges keine krassen Veränderungen in ihrem Verhalten zutage getreten sind. Motorische Reizungen oder Versuche, sich von den Riemen an ihrem Körper zu befreien, wurden nicht festgestellt. Auch die längere Zeit durchgeführten Beobachtungen der Hunde nach dem Flug ließen keinerlei Störungen bemerkbar werden, die man in irgendeiner Weise als Folgen des Fluges ansehen könnte. Man darf also als bewiesen ansehen, daß kurzfristige Flüge über die Atmosphäre hinaus unter den Versuchsbedingungen des Einflusses in hermetischen Kabinen keine bemerkenswerten Störungen in den physiologischen Funktionen der Tiere hervorrufen.

Der Kosmosflug der Zukunft erfordert allerdings einen unter Umständen viele Tage dauernden Aufenthalt des Menschen im Weltraum. Deshalb werden die Ergebnisse des Tierversuches mit dem zweiten Erdsatelliten für den Menschen von außerordentlicher Bedeutung sein. Die Arbeit aller beteiligten Wissenschaftler kann uns sehr bald zu ungeahnten Fortschritten verhelfen und kühne Menschheitsträume bereits in absehbarer Zeit verwirklichen.

Die beiden Verfasser dieses Beitrages, O. Gasenko und A. Genin, sind bekannte Mitglieder der „Sowjetischen Akademie der Wissenschaften" und gehören der sowjetischen Kommission für kosmische Forschungen an.

Dr. Richard Grundler

Zu Deutschlands Rechtslage

In der Auseinandersetzung um den Weg zur deutschen Einheit sind es vor allem zwei Thesen, die in den außen- und innenpolitischen Verlautbarungen der Bonner Regierung mit apodiktischer Beharrlichkeit immer wieder wiederholt werden. Einmal, die Bundesrepublik sei im Rechtssinne der einzige deutsche Staat, sie sei entweder identisch mit dem Deutschen Reich oder dessen alleiniger Rechtsnachfolger, die „Sowjet-Zone" sei Deutschlands Irredenta. Zum anderen, die vier Besatzungsmächte trügen die Verantwortung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Wie verhält es sich mit beiden Behauptungen, wenn man sie im Lichte des allgemeinen, im Westen und Osten gleichermaßen anerkannten Völker- und Staatsrechts betrachtet?

Ist die Bundesrepublik Deutschland?

Die Bundesrepublik sagt es schon in dem Namen, den sie sich gab. Zur Rechtfertigung der These, die Bundesrepublik sei die einzige legitime Repräsentanz deutscher Staatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene, dient vor allem der Hinweis auf Verlautbarungen der Bundesrepublik, der USA und der anderen Westmächte. Die gern hervorgehobene Londoner Schlußakte vom 3. Oktober 1954 besagt indes mit der Proklamation, die Westalliierten sähen die Bundesregierung als Sprecher des deutschen Volkes an, nichts, was nicht schon seit Gründung des westdeutschen Staates bekannt gewesen wäre. Damit wurde, wie die französische Regierung am 6. Dezember 1954 ausdrücklich erläutern ließ, die Bundesregierung „weder de jure noch de facto als Regierung ganz Deutschlands" anerkannt.

Es leuchtet ein, daß der gesamtdeutsche Legitimationsanspruch der Bundesregierung nicht allein auf ihre Selbsteinschätzung zu gründen ist. Die Devise „mehr scheinen als sein" ist charakteristisch für unser Wirtschaftswunderdasein. Für die rechtliche Qualifizierung der Bundesrepublik ist aber nicht das maßgebend, was ihre Regierungsspitze subjektiv von sich hält, sondern das, was sie objektiv darstellt. Es gibt nur einen Ausgangspunkt, von dem aus ihr Anspruch, der einzige deutsche Staat im Rechtssinne zu sein, sachlich geprüft werden kann. Er liegt in der Frage nach der Ursache und Qualität ihrer staatlichen Existenz.

Zur Untersuchung der These von der bundesrepublikanischen Identität oder alleinigen Rechtsnachfolge zum Deutschen Reich ist auf das Jahr 1945 zurückzugehen. Von den

Wesensmerkmalen konkreter Staatlichkeit — Volk, Gebiet, Staatsgewalt — ist das dritte durch den Sieg der Alliierten auf deutschem Boden vernichtet worden. Die Vernichtung des Hitler-Staates war ihr erklärtes Kriegsziel gewesen. In der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Armee, der Zerschlagung des nazistischen Staatsapparats, der Verhaftung und teilweisen Hinrichtung der letzten Reichsregierung war es erreicht. Mit dem Wegfall seiner Staatsgewalt war das Reich unserer Väter und Großväter, das Werk Bismarcks, zerstört. Deutschland als Staat hatte aufgehört zu bestehen. Es blieb ein einheitlicher geographischer, nationaler, historischer, kultureller Begriffszusammenhang, es wurde eine Aufgabe, ein ständiger Aufruf zur nationalen Besinnung und Erneuerung, aber es war kein Staat mehr. An Stelle eigenständiger Staatsmacht trat die oberste Herrschaftsgewalt der vier Alliierten, die von „jedem in seiner Besatzungszone nach den Instruktionen der betreffenden Regierung" und „in bezug auf Deutschland als Ganzes" durch den interalliierten Kontrollrat über das deutsche Volk ausgeübt wurde (Berliner Erklärung vom 5. 6. 1945, Potsdamer Abkommen, Abschnitt III A 1) [1]*).

Abgesehen von dem ominösen politischen Sinn, welcher der behaupteten Identität der Bundesrepublik mit dem Hitler-Staat zukommt, kann eine staats- und völkerrechtliche Identität mit dem Deutschen Reich schon deshalb nicht vorliegen, weil dieses Reich im Strudel des Zusammenbruchs von 1945 untergegangen ist. Dieser rechtlich unabweisbaren Konsequenz sind allerdings westdeutsche Autoren und Gerichte, an der Spitze der Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht, mit der Lehre vom Fortbestand Deutschlands als Staat über den Zusammenbruch von 1945 hinaus entgegengetreten [2]. Die gekünstelte These vom staatlichen Fortbestand Deutschlands, welche von maßgeblichen Völkerrechtslehrern des In- und Auslandes abgelehnt wird, ist eine reine Fiktion ohne tatsächliche oder juristische Substanz. Es sind rückwärts gerichtete Vorstellungs- und Gefühlsreflexe, welche diese nur noch in Westdeutschland vertretene Lehre dazu bringen, krampfhaft die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen. Denn ein Staat ohne Staatsgewalt ist ein ebenso imaginäres Wesen wie ein Mensch ohne Haut und Knochen.

Kann aber die Bundesrepublik mit dem 1945 untergegangenen Reich nicht identisch sein, so könnte sie doch dessen alleinige Rechtsnachfolge angetreten haben. Diese Möglichkeit wäre Wirklichkeit, wenn die Errichtung der Bundesrepublik eine Neukonstituierung deutscher Staatlichkeit durch das deutsche Volk dargestellt hätte.

Die Bundesrepublik ist aber nicht in einem Staatsgründungsakt der deutschen Nation, sondern von den westlichen Besatzungsmächten gezeugt und geboren worden. Als Kind des kalten Krieges verdankt sie ihre Gründung dem in den sog. „Londoner Dokumenten" erteilten Befehl der drei Westalliierten an die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder. Ihre Verfassung war dem Besatzungsstatut untergeordnet und bedurfte zum Inkrafttreten der Genehmigung der westalliierten Militärgouverneure. Die Bundesrepublik stellte sich mithin als eine aus besatzungs- und machtpolitischen Erwägungen der Westalliierten erfolgte verwaltungsmäßige Zusammenfassung ihrer Besatzungszonen dar. Das war deren erklärte Ansicht und Absicht. So folgt beispielsweise aus der im Helgolandprozeß vom Britischen Court of Appeals gefällten Entscheidung, daß der westdeutschen Regierung eine andere Funktion als die, Willensvollstrecker der Besatzungsmacht zu sein, nicht beigemessen wurde.

Eine völkerrechtliche Legitimation zur alleinigen Repräsentanz deutscher Staatlichkeit kann ihr mithin von Haus aus nicht zukommen. Dessen war sich der Parlamentarische Rat durchaus bewußt. Eines seiner Mitglieder, der Abgeordnete Carlo Schmid, hat, ohne Widerspruch zu finden, die der grundgesetzgebenden Versammlung gestellte Aufgabe folgendermaßen bestimmt: „Es handelt sich nicht um die Verfassung eines souveränen Staates, sondern das Geschäft, das wir hier zu erledigen haben, besteht darin, eine Organisation als staatsähnliches Wesen zu schaffen, eine Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft." Demgemäß sieht auch der letzte Artikel des Grundgesetzes vor, daß es seine Gültigkeit an dem Tage verliert, „an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen" wird, eine Wendung, die sinnlos wäre, wenn das Grundgesetz selbst schon auf der Ausübung deutscher Volkssouveränität beruhen würde. Damit wird der gesamtdeutsche Legitimationsanspruch der Bundesrepu-

*) Quellennachweis siehe Seite 432.

blik durch den gegenteiligen Willen ihres grundgesetzgebenden Organs und des Grundgesetzes selbst widerlegt.

Freilich ist der Bundesrepublik nach Aufhebung des Besatzungsstatuts die „volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten" gemäß Artikel 1 des sog. „Deutschlandvertrages" verliehen worden. Souveränität ist die rechtliche Unabhängigkeit eines Staates von jeder anderen Macht. Sie ist Voraussetzung seiner völkerrechtlichen Handlungsfreiheit. Die der Bundesrepublik von den Westalliierten verliehene Souveränität hört indes dort auf, wo die westalliierten Interessen in Deutschland anfangen. Denn die Verantwortung und Zuständigkeit „in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung" steht nach Art. 2 des Deutschlandvertrages nicht der Bundesrepublik, sondern den Westmächten zu. D. h., wenn Worte einen Sinn haben: Die Bundesrepublik ist aus eigenem Recht zu selbständigen Wiedervereinigungsinitiativen nicht befugt, wogegen die Westmächte eine Wiedervereinigung zu ihnen annehmbaren Bedingungen vereinbaren und anordnen dürfen, ohne auf das Einverständnis der Bundesrepublik angewiesen zu sein. Demgemäß hat das Bundesverfassungsgericht im KPD-Urteil aus dem Souveränitätsvorbehalt der Westmächte für die Bundesrepublik die Zuständigkeit zum Verbot, für die Besatzungsmächte die Zuständigkeit zur jederzeitigen Neuzulassung einer verbotenen Partei hergeleitet, da die Bundesrepublik in Sachen Wiedervereinigung nach wie vor der übergeordneten Besatzungsgewalt unterworfen sei und die Besatzungsmächte infolgedessen die Maßnahmen, „die sie zur Wiedervereinigung Deutschlands für geboten halten", unter sich vereinbaren und den Staatsorganen der Bundesrepublik zur Durchführung aufgeben könnten [3]. Das zeigt, daß von echter Souveränität der Bundesrepublik keine Rede sein kann. Denn eine höherer Gewalt rechtlich untergeordnete Souveränität ist ein Widerspruch in sich, ein schwarzer Schimmel.

Der Unmöglichkeit einer historisch-juristischen Fundierung der These von der alleinigen gesamtdeutschen Legitimation der Bundesrepublik suchen ihre Wortführer durch ein scheindemokratisches Argument abzuhelfen. Der gesamtdeutsche Repräsentationsanspruch der Bundesrepublik soll durch die in Westdeutschland erfolgten Wahlen demokratisch legitimiert sein. Wegen des Fehlens solcher Wahlen wird die Staatlichkeit der DDR verneint. Doch auch die Karte der besseren demokratischen Legitimation sticht nicht. Einmal schon darum, weil die Billigung der Staatsgewalt durch die Volksmehrheit kein Wesensmerkmal des Staatsbegriffs ist [4]. Staat ist nicht mit idealer Demokratie gleichzusetzen. Zum anderen aber ist die Bundesrepublik ebensowenig wie die Deutsche Demokratische Republik im Ergebnis einer Volksabstimmung zustande gekommen. Nach Errichtung der beiden Teilstaaten sind lediglich die beiderseitigen Regierungen auf Grund von Parlamentswahlen gebildet worden. Wenn gegen die Gültigkeit der ostdeutschen Wahlen der Einwand des Zwanges erhoben wird, so hält die andere Seite gegenüber den westdeutschen Wahlen das Argument arglistiger Täuschung der Massen durch den Propaganda-Apparat wirtschaftlicher Machtgruppen bereit, und zwar sowohl bezüglich der Herbeiführung als der Auslegung des Wählerwillens. Oder sollte es keine Mißdeutung des Volkswillens sein, wenn das Ergebnis der Bundestagswahlen 1949, welche in der Parteienpropaganda durch die alles andere überschattende Auseinandersetzung zwischen Markt- und Planwirtschaft gekennzeichnet war, als Votum für den gesamtdeutschen Legitimationsanspruch der Bundesrepublik gewertet würde? Entsprechendes gilt auch für die Wahlen von 1953 und 1957. Auch ohne daß man das wohl allzu pessimistische Dichterwort, Mehrheit sei Unsinn und Verstand stets bei wenigen nur gewesen, sich zu eigen machen muß, erscheint es mißlich, die Beurteilung staatsrechtlicher Tatbestände von der Mehrheitsentscheidung von Wählermassen abhängig zu machen, die dem Einfluß unehrlicher Propaganda meist hilf- und kritiklos ausgeliefert sind. Wahlergebnisse beweisen die rechnerische, nicht die sachliche Richtigkeit der Mehrheitsentscheidung. Sie zeigen dem wissenschaftlich Denkenden nur den politischen Reifegrad der Wählerschaft an. Schon Rousseau wußte, daß die Summe der Einzelwillen, die durch verführerische Demagogie und falsch verstandene Individualinteressen leicht irregeleitete volonté de tous, sich keineswegs immer zu decken braucht mit der volonté générale, dem mit den Geboten des Rechts und wohlverstandenen Gesamtinteresses übereinstimmenden echten demokratischen Gemeinwillen. Wäre es anders, so stünde die demokratische Legitimation des Faschismus außer Frage.

Die gesamtdeutsche Verantwortung der Alliierten

Die Ansicht, die Wiedervereinigung sei Sache der Besatzungsmächte, ist in Bonn offiziell. Mit Nachdruck wird betont, daß die Westalliierten in Art. 7 Abs. 2 des sog. „Deutschlandvertrages" der Bundesrepublik versprachen, „mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist".

Die „freiheitlich-demokratische" Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik ist staatsrechtlicher Ausdruck ihrer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, die europäische Gemeinschaft, der sie sich eingliedert, ist Bestandteil des Atlantik-Paktes. Das Wiedervereinigungsversprechen der Westalliierten richtet sich also nicht schlechthin darauf, die deutsche Einheit zu im einzelnen näher auszuhandelnden, allen interessierten Teilen annehmbaren Bedingungen herbeizuführen. Vielmehr haben sich die Westalliierten nur zu einer solchen Art der Wiedervereinigung verpflichtet, durch welche die wirtschaftliche und soziale Ordnung der Bundesrepublik auf den anderen Teil Deutschlands übertragen und der andere Teil Deutschlands dem westlichen Militärblock gegen die Sowjetunion einbezogen würde.

Die Sowjetunion hat zwar durch ihre Ankündigung vom 23. Oktober 1954, die Ratifizierung der Pariser Verträge werde alle Verhandlungen mit ihr über die deutsche Wiedervereinigung auf lange Zeit gegenstandslos machen, die Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Militärallianz nicht zu verhindern vermocht. Für jeden, der denken kann, ist indes klar: Unter keinen Umständen kann und wird die Sowjetunion jemals damit einverstanden sein, daß nach dem Westen auch noch der Osten Deutschlands dem amerikanisch geführten Militärbündnis gegen sie eingegliedert wird. Es ist offenkundig, daß dieses Ziel der Westalliierten mit friedlichen Mitteln unerreichbar ist. Dessen war sich der Bonner Regierungschef bewußt, wenn er nach Meldung des amerikanischen Nachrichtenmagazins „Newsweek" vom 30. 8. 1954 schon vor Abschluß der Pariser Verträge in Brüssel erklärte, er sei bereit, die deutsche Einheit zu opfern, wenn er dafür die Einbeziehung der Bundesrepublik in ein starkes westliches Militärlager erreiche. Das Ziel der friedlichen Wiedervereinigung ist mit der West-Integration Deutschlands unvereinbar. Mit anderen Worten: Die Wiedervereinigungsverpflichtung der Westalliierten gemäß Art. 7 Abs. 2 des Deutschlandvertrages ist auf ein unmögliches Ziel gerichtet. Nicht anders als im Privatrecht ist auch im Völkerrecht eine Verpflichtung, die Unmögliches erstrebt, unheilbar nichtig. So erscheint die Wiedervereinigungsverpflichtung der Westalliierten im sog. „Deutschlandvertrag", auf die sich manche so viel zugute tun, im Licht der Realität und des Rechts betrachtet, als eine Deklamation ohne Rechtsverbindlichkeit.

Besteht aber nicht eine grundsätzliche Verpflichtung aller vier Besatzungsmächte, die staatliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen? Diejenigen, die mit Pathos davor warnen, „die Besatzungsmächte aus ihrer Verantwortung zu entlassen", behaupten, die Besatzungsmächte hätten eine solche Verpflichtung im Potsdamer Abkommen übernommen.

Diese These kann auf ihren Wahrheitsgehalt nur geprüft werden, indem man sich die Kriegsziele der Alliierten und den Text des Potsdamer Abkommens vergegenwärtigt. Bekanntlich haben die Westalliierten die Zerstückelung Deutschlands zum Kriegsziel erklärt. Der von dem amerikanischen Außenminister Hull auf der Teheraner Konferenz vom 28. 11. bis 1. 12. 1943 im Einverständnis Churchills vorgelegte Plan [5] sah eine Fünfteilung Deutschlands, der Plan von Sumner Welles vom Juni 1944 eine Dreiteilung [6], der im Quebec Agreement vom 16. 9. 1944 zwischen Roosevelt und Churchill vereinbarte Plan sah in Übereinstimmung mit dem Morgenthau-Plan außer der Vernichtung der deutschen Industrie und der Internationalisierung von Rhein und Ruhr die Zweiteilung Deutschlands in einen süddeutschen und norddeutschen Staat vor. Frankreich, dessen letzter Botschafter bei Hitler und erster Botschafter bei Heuss, François-Poncet, in einer Schrift „Les trois Allemagnes" die Dreiteilung Deutschlands in einen „romanischen", „germanischen" und „slawischen" Staat vorschlagen ließ, forderte gleichfalls die Annexion von Rhein und Ruhr. Das Kriegsziel der Sowjetunion war ausschließlich darauf gerichtet, die deutsche Armee und den Hitlerstaat zu zerschlagen. In der Proklamation vom 9. 5. 1945 erklärte sie ausdrücklich, sie schicke sich nicht an, „Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten". Der ursprünglich in der Kapitulationsurkunde

enthaltene Passus von der „Zerstückelung Deutschlands" ist auf sowjetischen Einspruch gestrichen worden [7]. Doch noch auf der Potsdamer Konferenz legte Truman den Plan einer Dreiteilung Deutschlands in einen west-, nord- und süddeutschen Staat vor, der am Njet Stalins scheiterte. Leahy berichtet darüber, es sei „auf der Seite der Passiva zu buchen, daß die amerikanischen Vorschläge zur Zerstückelung Deutschlands und die Internationalisierung des industriereichen Rheinlandes der Ablehnung verfielen" [8].

Bei solcher Einstellung wäre es recht erstaunlich, wenn die angelsächsischen Kontrahenten trotzdem eine ausdrückliche Rechtspflicht, Deutschland zu vereinigen, eingegangen sein sollten. In der Tat ist eine derartige Selbstverpflichtung der vertragschließenden Mächte aus dem Potsdamer Abkommen nicht herauszulesen. Richtig ist nur, daß das Potsdamer Abkommen, nachdem die ursprünglichen Teilungspläne unter dem Widerstand der Sowjetunion fallengelassen waren, vom Fortbestand einer einheitlichen deutschen Nation, deren Behandlung „in ganz Deutschland die gleiche" sein sollte (Potsdamer Abkommen Abschn. III A 2), ausgehen mußte und ausgegangen ist. Die zum Zweck einer Gleichbehandlung des deutschen Volkes in allen Besatzungszonen vorgesehene Errichtung von Staatssekretariaten unter der Leitung des Kontrollrats (Abschn. III A 9 IV des Potsdamer Abkommens) ist jedoch am französischen Veto gescheitert. Ebenso schlug der zur Zeit der Kontrollratsherrschaft in der Moskauer Konferenz gemachte Versuch der Sowjetunion vom 7. 4. 1947 fehl, die Deutschen selbst durch Volksabstimmung darüber entscheiden zu lassen, ob sie einen Einheitsstaat nach Vorbild der Weimarer Verfassung oder ein föderalistisch-dezentralisiertes Staatswesen, wie die Westalliierten damals vorzogen, zu errichten wünschten. Der amerikanische Außenminister Marshall bezweifelte im Einklang mit seinen englischen und französischen Kollegen, Bevin und Bidault, daß das deutsche Volk die nötige politische Einsicht für eine solche Wahl besäße, da die Deutschen ja auch Hitler gewählt hätten. Bevin erklärte, er sei „nicht gewillt, die Sicherheit Großbritanniens einer Volksabstimmung durch die Deutschen auszusetzen". Damit waren die unter dem Kontrollratsregime unternommenen Versuche zur einheitlichen Verwaltung Deutschlands an der Uneinigkeit der Alliierten selbst gescheitert.

Nach dem Potsdamer Abkommen war der Kontrollrat das für „Deutschland als Ganzes" zuständige Gremium der Alliierten. Ein auf das Potsdamer Abkommen gestützter Appell an die Besatzungsmächte, Deutschland staatlich zu vereinigen, läuft mithin auf die Forderung hinaus, den Kontrollrat wiederherzustellen. Die Geschichte ist über den Kontrollrat, der schon vor Ausbruch des kalten Krieges vor der deutschen Frage versagt und seit 1948 seine Tätigkeit eingestellt hat, hinweggegangen. Seine Wiedererweckung erscheint weder zeitgemäß noch erfolgversprechend. Von dem Anachronismus, der in der Neubelebung des Kontrollrates läge, ganz abgesehen, wäre dies auch für die Wiedervereinigung sinnlos. Denn das Potsdamer Abkommen enthält für die Alliierten kein positives Gebot zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Die im Potsdamer Abkommen Deutschland gewidmeten Einzelbestimmungen enthalten, wie es überschriftlich heißt, die „politischen und wirtschaftlichen Grundsätze, die als Richtschnur zur Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle" dienen sollten. Schon wegen ihrer zeitlichen Begrenzung erscheint es ohne Rücksicht darauf, ob diese Grundsätze überhaupt jemals in ganz Deutschland verwirklicht wurden, verfehlt, aus ihnen das Rezept zur Lösung der Wiedervereinigungsfrage abzuleiten. Dies um so mehr, als alle vier Alliierten selbst den Besatzungszweck, zu dessen Verfolgung die Richtlinien des Potsdamer Abkommens aufgestellt waren, längst als erreicht erklärt haben. Der im Potsdamer Abkommen niedergelegte Besatzungszweck liegt darin, „für immer ein Wiederaufleben oder eine Reorganisation des deutschen Militarismus und Nazismus zu verhüten" (Potsdamer Abkommen Abschn. III A 3 I). Dieser Zweck ist, wie Art. 4 Abs. 2 S. 1 des sog. „Deutschlandvertrages" belegt, heute noch die juristische Rechtfertigung für die weitere Anwesenheit von Besatzungstruppen auf deutschem Boden im Verhältnis der Alliierten zueinander. Objekt der zu dem Zweck der Entmilitarisierung und Entnazifizierung errichteten Besatzungsherrschaft war nicht ein imaginärer, der Idee nach fortbestehender Staat, sondern das deutsche Volk. Aus der Unterwerfung des deutschen Volkes unter das Besatzungsregime zur Erreichung des Besatzungszwecks läßt sich jedoch keine Selbstverpflichtung der Besatzungsmächte folgern, das im Ergebnis ihres Sieges zerstörte deutsche Staatsgebäude für die Deutschen wieder aufzubauen [9]. Eine derartige Verpflichtung, die der demokratischen Gestaltungskraft des deutschen Volkes ein Armuts-

zeugnis ausstellen würde, müßte sich zudem bei denjenigen, die noch nach Kriegsende die Zerstückelung der deutschen Nation offiziell gefordert hatten, höchst unglaubwürdig ausnehmen. Weder Wortlaut noch Sinn des Potsdamer Abkommens statuieren eine Verpflichtung der Alliierten zur deutschen Wiedervereinigung. Vielmehr ist die „Umgestaltung seines Lebens auf demokratischer und friedlicher Grundlage" als eine vom deutschen Volk selbst zu bewältigende Aufgabe bezeichnet und betont, es werde dem deutschen Volk, wenn es nur „seine eigenen Bemühungen unablässig auf dieses Ziel richten" werde, gelingen, „im Laufe der Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen". So heißt es ausdrücklich in der Präambel zum dritten Abschnitt des Potsdamer Abkommens, in der die allgemeinen nicht nur für die „Anfangsperiode der Kontrolle" geltenden Grundsätze der Alliierten gegenüber Deutschland niedergelegt sind.

Damit ist in der Präambel des Potsdamer Abkommens der einzige Rechtstitel angesprochen, auf den sich der Anspruch auf Wiedervereinigung gründen läßt: Das nationale Selbstbestimmungsrecht. Das Selbstbestimmungsrecht ist in der Charta der Vereinten Nationen (Art. 1 Abs. 2, Art. 55, 73) als internationales Ordnungsprinzip und nationales Grundrecht jedes Volkes garantiert. Wenn auch eine positive Verpflichtung der Besatzungsmächte, die staatliche Einheit Deutschlands herbeizuführen, nicht besteht, so haben sie doch als Mitglieder der UNO die negative Verpflichtung, alles zu unterlassen, was die Ausübung der nationalen Selbstbestimmungsfreiheit durch das deutsche Volk behindern oder erschweren würde. In diesem Sinn der UNO-Satzung haben die vier Regierungschefs der Besatzungsmächte auch in der Genfer Konferenz am 23. 7. 1955 ihre „gemeinsame Verantwortung für die Regelung der deutschen Frage" anerkannt.

Kein Volk ist in seiner Selbstbestimmung frei, das fremde Truppen auf seinem Boden dulden muß. Nachdem der im Potsdamer Abkommen verkündete Besatzungszweck, wie die Aufhebung des ursprünglichen Besatzungsregimes in West- und Ostdeutschland beweist, von den Siegermächten als erreicht betrachtet worden ist, wären diese mithin zum Abzug ihrer Truppen aus Deutschland verpflichtet. Wenn es eine gesamtdeutsche Verpflichtung der Alliierten gibt, so liegt sie vor allem darin

Die Wiedervereinigung als Selbstbestimmungsproblem

Ungeachtet ihrer juristischen Haltlosigkeit sind die Thesen, die Bundesrepublik sei der einzige deutsche Staat und die Besatzungsmächte seien für die deutsche Wiedervereinigung verantwortlich, ein gemeinsamer Aberglaube der großen westdeutschen Parteien. Es ist ein gefährlicher Aberglaube. Denn so lange er wirkt und gepflegt wird, sind Fortschritte auf dem Weg zur deutschen Einheit von westdeutscher Regierungsseite nicht zu erwarten. Insbesondere kann die von der Sowjetunion ausdrücklich zurückgewiesene Behauptung, die Zuständigkeit für die Wiedervereinigung liege bei den Besatzungsmächten, dazu dienen, die eigene Untätigkeit in der Wiedervereinigungsfrage zu rechtfertigen und die Verantwortung für die Lösung dieser ureigenen deutschen Aufgabe auf andere abzuwälzen.

In der Frage seiner nationalen Einheit gilt die Kompetenz-Kompetenz des deutschen Volkes. Erst kürzlich wurde auf der NATO-Tagung in Princeton als Ansicht maßgeblicher westalliierter Kreise erklärt: „Es ist vielleicht für uns besser, wenn die Wiedervereinigung ausbleibt" [10]. Warum auch nicht? Die Fortdauer der deutschen Spaltung verwirklicht die westalliierten Zerstückelungspläne aus der Kriegszeit in zeitgemäßer Form. Wer, wenn nicht das deutsche Volk, sollte interessiert und berechtigt sein, dies zu ändern?

Das deutsche Volk hat den Untergang seines Staates 1945 überdauert. Deutschland als Rechtsbegriff — das ist das deutsche Volk. Das deutsche Volk als Völkerrechtssubjekt war Träger der im Potsdamer Abkommen ihm auferlegten Pflichten. Es ist auch Träger seines Lebensrechts, seines Anspruchs auf nationale Einheit und Freiheit.

Die von der Völkerrechtsgemeinschaft anerkannte Grundlage seines Wiedervereinigungsanspruchs ist das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung. Die Wiedervereinigung ist eine Selbstbestimmungsfrage. Die Freiheit der Selbstbestimmung, also das Recht einer Nation, ihre innere Ordnung und ihr Verhältnis zu anderen Völkern unabhängig von fremder Einmischung zu regeln, ist ein unzerstörbares, unveräußerliches, unverzichtbares Grundrecht jeder Nation. Ebensowenig wie ein einzelner sich rechtswirksam zum Sklaven eines anderen bestellen kann, vermag irgendeine Regierung auf das Selbstbestimmungsrecht ihrer Nation wirksam zu verzichten. Es ist daher verkehrt, wenn in der Polemik

gegen die Pariser Verträge der Bundesregierung vorgeworfen wurde, sie habe auf das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation verzichtet. Ein solcher Verzicht wäre völkerrechtlich wirkungslos. Allerdings hat die Bundesregierung sich selbst die Hände gebunden, in dem sie den Westalliierten gem. Art. 2 des sog. „Deutschlandsvertrages" die alleinige Entscheidungsbefugnis in der Wiedervereinigungsfrage, die ihnen zuvor auch gegenüber der Bundesrepublik nicht zustand, eingeräumt hat. Diese Übertragung ursprünglicher eigener Entscheidungsbefugnis an die Westalliierten bindet jedoch nur die vertragschließende Bundesregierung. Das deutsche Volk und sein unverzichtbares Selbstbestimmungsrecht bleiben davon unberührt.

Der unveräußerliche Anspruch der Nation auf Wiedervereinigung ist die konkrete Ausprägung des allgemeinen Völkerrechtsprinzips nationaler Selbstbestimmung, das sowohl in der Atlantik-Charta (Punkt 3), der UNO-Satzung (Art. 1 Abs. 2, Art. 55, 73), dem Potsdamer Abkommen (Präambel zu Abschnitt III) als auch im Vorspruch und letzten Artikel des Bonner Grundgesetzes festgelegt worden ist. Die Selbstbestimmungsfreiheit ist der demokratische Kern nationaler Souveränität. Atlantik-Charta, UNO-Satzung, Potsdamer Abkommen und Grundgesetz sind getragen von den Prinzipien der Friedenswahrung, Freiheit und Demokratie. Das Grundrecht völkischer Selbstbestimmung ist von diesen Prinzipien durchdrungen. Denn kein Volk kann wahrhaft frei sein, das andere unterdrückt und den Völkerfrieden bricht. Infolgedessen ist die formale Norm des nationalen Selbstbestimmungsrechts inhaltlich so ausgefüllt, daß sie nicht irgendwie, auf irgendeine Weise, sondern nur im Einklang mit den Prinzipien der Friedenswahrung, Freiheit und Demokratie anwendbar ist.

Der von den Grundsätzen der Friedenswahrung, Völkerfreiheit und Demokratie erfüllte Inhalt der Selbstbestimmungsnorm bestimmt zugleich die Art und Weise, in der sie in der politischen Praxis zu verwirklichen ist. Wer auf der Ebene des Rechts bleiben und nicht auf die Bahn politischer Abenteuer abgleiten will, kann dies nicht verkennen. Das Völkerrechts- und Verfassungsprinzip, das Volk und Staatsorgane in West- und Ostdeutschland zur Mitwirkung bei der nationalen Wiedervereinigung auf friedlicher, freier und demokratischer Grundlage aufruft, ist daher zugleich auch richtungsweisend für den Weg, auf dem allein dies Ziel rechtmäßig erreicht werden kann.

Der friedliche Weg bedeutet, daß die Wiedervereinigung weder mit Gewalt noch durch Drohung mit Gewalt erfolgen darf, sondern nur in friedlicher Verhandlung und Übereinkunft bevollmächtigter Organe der Bundesrepublik und DDR als der alleinzuständigen nationalen Machtträger, in denen sich nach dem Untergang des Reiches teildeutsche Staatsgewalten gegeneinander gebildet haben.

Der freie Weg zur Wiedervereinigung bedeutet, daß sie nur dadurch zu erringen ist, daß die beiden Teilstaaten befreit werden von ihren fremden Besatzungstruppen und Bindungen an die westlichen und östlichen Militärbündnisse. Die Freiheit eines Volkes besteht zunächst einmal darin, daß es in seiner Willensbildung von unmittelbarer Fremdeinwirkung unabhängig ist. Eine wirklich unabhängige, nur dem Gesamtinteresse der Nation verpflichtete Übereinkunft der beiden Teilstaaten ist unmöglich, bevor nicht deren eigene Freiheit von fremden Truppen und Militärpakten hergestellt ist. Durch ihre bloße Anwesenheit in Deutschland und die ihnen vertraglich zugestandenen Rechte (Art. V Abs. 2 S. 2 des „Deutschlandvertrages") besitzen die Besatzungstruppen die tatsächliche und rechtliche Möglichkeit, Wiedervereinigungsmaßnahmen, die die Deutschen untereinander beschließen würden, durch Einsatz militärischer Gewalt zu vereiteln. Sie könnten solche Wiedervereinigungsmaßnahmen jederzeit als Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit bezeichnen. Das haben die Westalliierten in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 27. 5. 1952 für den Fall einer das Ausscheiden der Bundesrepublik aus ihrer Militärallianz bewirkenden Wiedervereinigungsaktion bereits ausdrücklich festgestellt. Auch eine echte innere Entscheidungsfreiheit der am Wiedervereinigungsgespräch beteiligten deutschen Instanzen erscheint fragwürdig, so lange diese als bündnistreue Mitglieder zweier gegeneinander bewaffneter Militärblocks miteinander verhandeln würden. Da das begreifliche Sicherheitsbedürfnis der beiden Weltmächte, deren Bündnissystemen die deutschen Teilstaaten eingegliedert sind, keiner Art der Wiedervereinigung freiwillig zustimmen wird, welche die Kraft des gegnerischen Militärblocks bestärken müßte, ergibt sich außerdem das tatsächliche Erfordernis der vorherigen Klarstellung, daß ein wiedervereinigtes Deutschland die Bündnisfreiheit von Ost und West für sich beanspruchen würde. Das deutsche In-

teresse daran hat Prof. Heuss auf dem gesamtdeutschen Parteitag der LDP vom 5. bis 7. 7. 1947 in die Formel gefaßt: „Wir dürfen uns nicht in eine Ost- oder Westoption hineindrängen lassen. Für uns gibt es nur eine Option: Für Deutschland."

Der demokratische Weg zur Wiedervereinigung auf der Grundlage deutscher Volkssouveränität bedeutet, daß die Bundesrepublik die Sperre des alliierten Souveränitätsvorbehalts in der deutschen Frage (Art. 2 des „Deutschlandvertrages") durchbrechen muß, bevor sie zur Wiedervereinigungsinitiative aus eigener Verantwortung schreitet. Nur wenn die Bundesrepublik aus der Passivität, zu der sie Art. 2 des „Deutschlandvertrages" verdammt, heraustritt und sich dem notwendigen innerdeutschen Gespräch stellt, kann die deutsche Frage aus ihrer langjährigen Erstarrung befreit und der Lösung nähergebracht werden. Demokratie heißt nämlich unter anderem auch Diskussion, Bereitschaft zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Andersdenkenden, um mit Argument und Gegenargument, Forderung und Zugeständnis ein befriedigendes Ergebnis im Kampf der Interessen und Meinungen zu erringen. Ohne die Bereitschaft zu solcher Auseinandersetzung, zunächst im kleinen Gremium der miteinander verhandelnden teilstaatlichen Organe, später im Laufe der allmählichen Annäherung beider Staaten in immer weiterem, schließlich das gesamtdeutsche Volk in Ost und West umfassenden Rahmen, wird es niemals zu einer aus gesamtdeutschen demokratischen Wahlen hervorgehenden Nationalversammlung, welche die Verfassung des künftigen deutschen Staates zu beschließen hätte, kommen können.

Die Erkenntnis dieses bei den realen Bedingungen einzig gangbaren Weges nationaler Selbstbestimmung erhellt zugleich die theoretische und praktische Gefährlichkeit des bundesrepublikanischen Kernspruchs, der da lautet: „Es gibt keinen deutschen Staat jenseits der Elbe" [11]. Denn die Konsequenz der These von der Alleinstaatlichkeit der Bundesrepublik auf deutschem Boden heißt: Ablehnung des innerdeutschen Ost-West-gesprächs, Ablehnung der Wiedervereinigung, an deren Stelle die Forderung des Anschlusses und die Befreiung der „Sowjet-Zone" erhoben wird.

Dabei kann nur eine verblendete Apologetik, der es statt der rechtlichen Analyse realer Tatbestände bloß um die juristische Etikettierung politischer Konzeptionen geht, die Augen vor der normativen Kraft des Faktischen verschließen, die auf deutschem Boden zwei Staatsgebilde von grundlegend unterschiedlicher gesellschaftlicher, sozialer, politischer und ideologischer Struktur geschaffen hat. Nur blindes Wunschdenken kann übersehen, daß die östlich der Elbe errichtete Staatsmacht nicht nur im innern unangefochtene Hoheitsgewalt ausübt, sondern auch im äußeren Bereich von einer Gruppe von Staaten anerkannt wird, welche den Staaten, die die Bundesrepublik diplomatisch anerkennen, an Bevölkerungszahl und machtpolitischer Bedeutung gleichrangig ist. Es ist das gleiche Wunschdenken, welches das 1945 zerschlagene Reich als fortbestehend und den einen der beiden 1949 errichteten Teilstaaten als nicht vorhanden fingiert. Das eine ist so irreal wie das andere. Tatsachen sind durch Fiktionen weder zu ersetzen noch zu widerlegen.

Der objektiv unbestreitbare Tatbestand ist die Zerreißung Deutschlands in zwei Staaten gegensätzlicher Gesellschaftsstruktur, von denen keiner behaupten kann, das ganze Deutschland zu sein und zu vertreten. Die deutsche Spaltung kann nur dadurch beseitigt werden, daß die beiden Teilstaaten, die bisher keinerlei Rechtsbeziehung zueinander unterhielten, zunächst einmal durch gemeinsame Beratungskörperschaften miteinander in Verbindung treten, um in dem Prozeß eines allmählich enger werdenden Zusammenschlusses schließlich zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuwachsen.

Kein Geschenk des Himmels oder der Besatzungsmächte, kein diplomatisches Wunder wird den Deutschen die Wiedervereinigung bescheren. Die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands wird das Ergebnis sein eines bei aller Verständigungsbereitschaft zähen, langwierigen Ringens der beiden Teilordnungen um die günstigsten Ausgangspositionen im gemeinsamen Staatsverband — oder sie wird nicht sein. Da weder dem Weststaat eine Wiedervereinigung auf der Basis des Sozialismus noch dem Oststaat eine Wiedervereinigung auf der Basis des Kapitalismus annehmbar ist, erscheint der in beiden Teilen Deutschlands in unterschiedlicher Form geäußerte Vorschlag eines föderativen Zusammenschlusses der beiden Teilstaaten als realistischer und konstruktiver Ansatzpunkt für die Lösung der deutschen Frage. Warum soll das Nebeneinander zweier verschiedenartiger Wirtschaftssysteme in einem Staatsverband nicht genau so möglich sein wie es im Bis-

marckreich möglich war, die buntscheckigen Dynastien und Fürstentümer nebst den drei Hanse-Republiken mit verschiedenen Rechtsordnungen unter einem Reichsdach zu vereinen? Da jedes der beiden ökonomischen Systeme an seine Überlegenheit glaubt, braucht keines den Wettbewerb mit dem anderen im gleichen Staatsverband zu fürchten. Wer das Ziel der Wiedervereinigung will, darf nicht den Weg scheuen, auf dem es erreichbar ist.

Man kann demgegenüber den Standpunkt vertreten, schon der bloße Gedanke an die Möglichkeit eines Wiedervereinigungsgesprächs mit dem Oststaat sei Blasphemie an Europas heiligsten Gütern, und dazu singen: „Die sind des Teufels Knechte all', nur wir sind fromme Seelen." Doch auf diese Weise ist die deutsche Einheit nicht zu erzwingen. Wer sagt, mit Pankow dürfe um keinen Preis verhandelt werden, auch um den Preis der Wiedervereinigung nicht, weil die Ostrepublik kein deutscher Staat sei, setzt sich dem Vorwurf aus, die Wiedervereinigung nicht zu wollen.

Solche These, die das Dasein des anderen Teilstaats negiert und die Überwindung der deutschen Spaltung gleichsetzt mit der Überwindung der im anderen Teilstaat herrschenden Gesellschaftsordnung, ist steril. Wiedervereinigung heißt nicht Anschluß, sondern Zusammenschluß. Denn nicht durch den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, nicht durch die Übertragung des westdeutschen Wirtschaftssystems auf die DDR oder umgekehrt läßt sich die Lösung der deutschen Frage erzielen. Eine solche ist nur möglich, indem das feindselige Gegeneinander der deutschen Teilstaaten in beiderseitigem Einvernehmen aufgehoben wird, über ein friedliches Nebeneinander zu einem demokratischen Miteinander der wiedergeeinten Nation.

Quellenachweis: 1. Kelsen, Principles of International Law. New York 1952, S. 263. — Nawiasky in: Veröffentlichungen der Vereinigung deutscher Staatsrechtslehrer. Berlin 1955, Heft 13, S. 65 f. — Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland 1951, S. 7502 ff. — 2. Bundesverfassungsgericht in: Neue juristische Wochenschrift 1953, S. 21 ff.; 1954, S. 465; Bundesgerichtshof in: Neue juristische Wochenschrift 1952, 466. — Stödter, Deutschlands Rechtslage. Hamburg 1948. — 3. Bundesverfassungsgericht im Urteil vom 17. 8. 1956 in: Neue juristische Wochenschrift 1956, S. 1395. — 4. Helfritz, Allgemeines Staatsrecht. Erlangen 1949, S. 122. — 5. Hull, The Memoirs of Cordell Hull, Bd. II, S. 1205. — 6. Sumner Welles, The Time for Decision, S. 336. — 7. Mosley in: Europa-Archiv 1946, S. 213. — 8. Leahy, I was there, S. 499. — 9. Rumpf, Aktuelle Rechtsfragen der Wiedervereinigung Deutschlands in: Europa-Archiv 1957, S. 9726 f. — 10. Die „Welt" vom 7. 10. 1957. — 11. Kiesinger, im „Spiegel" 1957, Nr. 44, S. 20.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,— DM zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15–17 Uhr.
Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw